

EIN DIALOG FINDET (NICHT) STATT ESSAYS

Herausgegeben von
Tomasz Skonieczny



**EIN DIALOG FINDET
(NICHT) STATT
ESSAYS**

Herausgegeben von
Tomasz Skonieczny

Wrocław 2020

Die vorliegende Publikation ist im Rahmen des Projekts „Laboratorium für Dialog und Versöhnung“ entstanden, das von der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen realisiert wurde.



© by Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung, 2020

HERAUSGEBER
Tomasz Skonieczny

ÜBERSETZUNG
Piotr Nowak

SPRACHLICHE REDAKTION
Thomas Behrens, Jan Obermeier

GRAFIK UND SATZ
Adam Kolenda

AUF DER TITELSEITE
Foto von Katarzyna Maziej-Choińska. Archiv der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung

ISBN 978-83-949751-3-5

Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung
Krzyżowa 7, 58-112 Grodziszczce
www.krzyzowa.org.pl/de

DRUCK
I-BIS Wrocław
i-bis@i-bis.com.pl
tel. +71/342 25 17, 602 65 14 13

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	7
ANDRZEJ KRAJEWSKI	
Dialogdämmerung.....	13
ANTONI DUDEK	
Ursachen und Etappen politischer Spaltungen in Polen nach 1989 ...	23
AGNIESZKA ŁADA	
Zu oft nebeneinander und zu selten miteinander. Herausforderungen des deutsch-polnischen Dialogs	37
ANNA KUDAREWSKA, ROBERT ŻUREK	
Kreisau als Ort des Dialogs. Erbe und Herausforderung	55
CAROLIN WENZEL	
Dialog, Polarisierung und Antidiskriminierung. Eine Reflexion und Erfahrungen aus der Bildungsarbeit der Kreisau-Initiative e.V.....	67
SARAH REINKE	
Begegnung – Dialog – Veränderung. Aus den Erfahrungen der Stiftung Adam von Trott, Imshausen e.V.....	75
KRISTINA TONN	
Lasst uns reden, wirklich reden!.....	85
EDWARD SKUBISZ	
Warum können Empathie und Mitgefühl ein Wegweiser sein im gesellschaftlichen Dialog?	97
ANNA GRACZYK-OSOWSKA	
Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am Schulleben	111
Die Autoren	121

VORWORT

„Die Stiftung Kreisau wurde im Rahmen des deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses gegründet, um die europäische Verständigung zu fördern. Während des Zweiten Weltkrieges versammelte sich auf dem niederschlesischen Gut der Familie von Moltke eine Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus, die später „Kreisauer Kreis“ genannt wurde. Unter Einsatz ihres Lebens entwickelten diese Frauen und Männer Pläne für eine demokratische, auf christlich-moralischen Werten aufbauende Erneuerung Deutschlands und Europas. An diese Erfahrung knüpfte ein Teil der Oppositionellen in Polen und in der DDR an, deren Widerstand gegen die kommunistische Diktatur auch in einem unabhängigen deutsch-polnischen Dialog seinen Ausdruck fand. Die Vordenker der Stiftung – einige Menschen aus Polen, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, aus Amerika und den Niederlanden – wollten dieses geistige Erbe aufgreifen und in Kreisau einen Ort der Begegnung schaffen. Auch deswegen konnte hier am 12. November 1989 die deutsch-polnische Versöhnungsmesse unter Beteiligung der Regierungschefs Tadeusz Mazowiecki und Helmut Kohl fast zeitgleich mit dem Fall der Berliner Mauer stattfinden. Durch das Erbe der Versöhnung und des

Widerstandes wird Kreisau in doppelter Hinsicht zum Symbol der europäischen Verständigung.“

Der vorstehende Präambeltext des „Leitbilds“, eines Dokuments, das erstellt wurde, um die Werte festzuhalten, auf denen die Tätigkeit der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung basiert, weist auf zwei Aspekte unmittelbar hin, denen für die Arbeit dieser Organisation eine Schlüsselbedeutung zukommt. Zum einen geht es dabei um das Pflichtgefühl des Hüters des Vermächnisses des Kreisauer Kreises, das einen fortwährenden Impuls gibt, die zivilgesellschaftliche Verantwortung, die Haltung gegenüber dem Bösen sowie die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg zu reflektieren¹, zum anderen um das unüberschätzbare Erbe der deutsch-polnischen Versöhnung, zu deren symbolträchtigem Meilenstein die am 12. November 1989 in Kreisau veranstaltete Heilige Messe wurde².

Der dritte Aspekt, der in diesem Zusammenhang nicht explizit zum Ausdruck kommt, der aber sowohl die Grundlage bildete für die Entstehung des Kreisauer Kreises als auch der – vom Fatalismus gegenseitiger Feindschaft belasteten – deutsch-polnischen Annäherung nach der tragischen Erfahrung des Zweiten Weltkrieges zugrunde lag, ist der Dialog. Ein Dialog, bei dem die Haltung der Offenheit, der Wertschätzung und der Bemühung, die Argumente des anderen zu verstehen, sichtbar wird.

Die in Polen, Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern stattfindenden Ereignisse, die wir in den letzten Jahren beobachten, deuten eindeutig darauf hin, dass wir als Einzelne immer weniger geneigt sind, eine gemeinsame Haltung an den Tag zu legen. Viel häufiger lässt sich stattdessen ein Anstieg extremer Tendenzen feststellen, die sich zugleich in einer ausgeprägten Abneigung manifestieren, Andersdenkenden zunächst einmal mit allgemeiner, unvoreingenommener Wertschätzung zu begegnen. Eine wachsende Polarisierung innerhalb der Gesellschaft lässt sich

¹ Siehe hierzu: *Das (un)sichtbare Erbe. Gedanken über den Kreisauer Kreis*, T. Skonieczny (Hg.), Wrocław 2017.

² Siehe hierzu: *(Un)versöhnt? Gedanken über die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945*, T. Skonieczny (Hg.), Wrocław 2019.

auch daran festmachen, dass vermehrt Aktivitäten zu verzeichnen sind, die darauf abzielen, eine starke – auf der Beziehung „wir und die da“ basierende – Gruppenidentität aufzubauen. Daraus resultieren Bestrebungen, die nicht nur darauf abzielen, einen Gegensatz zu außerhalb der jeweiligen Gemeinschaft stehenden Personen zu konstruieren, sondern gar diejenigen, die sich nicht in das imaginierte Modell einfügen, aus dieser auszugrenzen.

Die Ursachen für diese zunehmende Polarisierung und die Tribalismen sind zu sehen sowohl in den dynamischen Veränderungen, die sich in der heutigen Kultur und im gegenwärtigen Wirtschaftsmodell des Medienmarktes vollziehen, das darauf ausgelegt ist, identitätsstiftende Inhalte bereitzustellen, als auch in Phänomenen, die vielfach unserer Wahrnehmung entgehen; etwa in komplizierten Algorithmen, die darüber entscheiden, welche Inhalte unsere Browser und unsere Social-Media-Kanäle anzeigen, und die uns in immer undurchdringlicheren „Informationsblasen“ verschließen. Unabhängig aber davon, worauf wir diese Tendenzen zurückführen, bleibt es eine unbestreitbare Tatsache, dass die Abkehr vom Dialog und von einer Haltung, die darauf ausgerichtet ist, die Ansichten des anderen Menschen zu verstehen (wenn auch nicht notwendigerweise zu akzeptieren), ein sehr besorgniserregendes Phänomen darstellt, dem es sich entgegenzustellen gilt.

Die vorliegende Publikation soll nicht nur ein Versuch sein, zu zeigen, wie es um den Dialog in der heutigen Welt bestellt ist, sowie die Erfahrungen und Schwierigkeiten zu schildern, denen man beruflich unweigerlich begegnet, wenn man im Bereich zivilgesellschaftlicher Bildung tätig ist, sondern sie soll – hoffentlich – auch eine Anregung bedeuten, sich der Kultur der Polarisierung und des Streits zu widersetzen.

Entstanden ist diese Textsammlung im Rahmen des Projekts „Labor für Dialog und Versöhnung“, das von der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen durchgeführt wurde. An dem Vorhaben beteiligt war ein internationaler Kreis von Expertinnen und Experten, die sich sowohl theoretisch als auch praktisch mit Maßnahmen

befassen, deren Ziel darin besteht, einen konstruktiven, gegenüber dem Mitmenschen aufgeschlossenen Dialog zu fördern.

* * *

Die vorliegende Publikation eröffnet ein Text von Andrzej Krajewski. Der Autor führt Beispiele an, die deutlich machen, wie sich im Kontext der westlichen Welt Tendenzen verstärken, sich nicht nur vom Dialog abzuwenden, sondern sich überhaupt gegenüber andersartigen Ansichten zu verschließen. Das Gut der Meinungsfreiheit, das vor allem eine der wichtigsten „Sicherungen“ der Demokratie ist, kann – so der Autor – nicht nur aufgrund der sich polarisierenden politischen Szene, sondern auch infolge der voranschreitenden Abschottung von „Informationsblasen“, in die uns die immer weniger für Dialog offenen Medien und Social-Media-Portale hineinzwängen, gefährdet sein.

Mit den Problemen von Spaltungen, wachsender politischer Polarisierung und einer Brutalisierung der Sprache, die sich mittlerweile in öffentlichen Diskussionen zeigen, beschäftigt sich anhand beispielhaft aufgeführter und untersuchter Erfahrungen aus dreißig Jahren in einem freien Polen Antoni Dudek. Der Autor charakterisiert die einzelnen Etappen im Prozess der politischen Polarisierung in der Periode der III. Republik – von der postkommunistischen bis hin zur heutigen postliberalen Spaltung – und macht dabei u. a. auf den überaus wichtigen Aspekt aufmerksam, wie sich im Laufe der Jahre die Themen gewandelt haben, um die herum sich der Hauptstrang allgemeiner Kontroversen entwickelt hat.

Der anschließende Text von Agnieszka Łada führt uns scheinbar weit weg von den Problemen der politischen Szene. Die Autorin weist darin auf ausgewählte Rahmenbedingungen hin, die darüber entscheiden, auf welche Schwierigkeiten gegenwärtig der deutsch-polnische Dialog stößt. Sie bezieht sich dabei u. a. auf neueste Forschungsergebnisse auf Grundlage von Umfragen und erläutert, wie die schwierige historische Erfahrung, der derzeitige Stand des gegenseitigen Wissens und der Wahrnehmung sowie der breit verstandene

internationale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontext die täglichen deutsch-polnischen Beziehungen prägen.

Eine von politologischen und soziologischen Betrachtungen abweichende und auf die zwischenmenschlichen Beziehungen hin ausgerichtete Sichtweise nehmen demgegenüber die Verfasser von vier weiteren Beiträgen ein, die verschiedene institutionelle und persönliche Erfahrungen aus der täglichen Dialogarbeit schildern.

Anna Kudarewska und Robert Żurek zeigen, wie das historische Erbe des Widerstandes gegen Totalitarismen und des deutsch-polnischen Dialogs, das in Kreisau gegenwärtig ist, eine wichtige und aktuelle Inspiration darstellen kann für eine Zusammenarbeit ungeachtet aller Spaltungen, und wie dies kreativ im Rahmen der täglichen Arbeit der Stiftung Kreisau genutzt wird, um einen Raum für Begegnung, Dialogaufnahme sowie den Aufbau und die Förderung einer dialogischen Kultur zu schaffen. Überlegungen und Erfahrungen aus der Bildungsarbeit, bei der die Methode der „Dialogkreise“ zur Anwendung kommt, stellt Carolin Wenzel von der Kreisau-Initiative vor. Die Autorin macht zugleich auf die Herausforderungen aufmerksam, die eine in Zeiten der Pandemie in den sozialen Medien voranschreitende Polarisierung mit sich bringt. Über ihre Beobachtungen betreffend die zunehmende Radikalisierung des öffentlichen Lebens in Deutschland sowie über Tipps und gute Praktiken, wie man dieser Entwicklung entgegenwirken kann, schreibt Sarah Reinke, die sich dabei auf die Erfahrungen aus der Bildungstätigkeit der Stiftung Adam von Trott bezieht. Und Kristina Tonn weist darauf hin, welche Rolle beim Aufbau eines dialogfördernden Raumes die konstruktive Kommunikation spielt, bei der unterschiedliche Auffassungen und abweichende Ansichten erlaubt sind. Sie schildert dies am Beispiel ihrer Erfahrungen in der Arbeit mit Soldaten, einer recht untypischen Gruppe, die zudem eine besondere Herangehensweise erfordert.

Im Weiteren schlägt Edward Skubisz vor, in einer philosophisch-theologischen Reflexion nach Methoden zu suchen, mit denen sich die Verkümmerng von Dialog und Wertschätzung gegenüber dem anderen überwinden ließe, und dabei den Weg der Empathie und des

Mitfühlers einzuschlagen. Dabei führt er konkrete Beispiele an, in denen eine ähnliche Vorgehensweise geholfen hat, sich der Polarisierung entgegenzustellen und einen Dialog einzuleiten, womit letztlich Probleme gelöst werden konnten, vor die sich die jeweilige Gemeinschaft zuvor gestellt sah.

Den Abschluss der vorliegenden Textsammlung bildet anschließend der Beitrag von Anna Graczyk-Osowska, in welchem herausgearbeitet wird, wie es um die Praxis des Dialogs an einer für die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Haltungen grundlegenden Einrichtung, d. h. an der Schule, bestellt ist und was in diesem Kontext möglich erscheint.

Wir hoffen, die hier vorgestellten Überlegungen mögen als Impuls und Inspiration dienen – als ein Impuls zu tiefgehenden Gedanken zum Thema Dialog und zur Haltung, die wir gegenüber anderen Menschen einnehmen, und als Inspiration dazu, sich auszusprechen gegen die derzeit vorherrschende Konfliktlogik und Polarisierungskultur. Der Versuchung einer klaren, eindeutigen Aufteilung in „Wir“ und „Sie“ nachzugeben, scheint zwar überaus einfach. Doch wird es später sicher ungemein schwierig sein, Spaltungen zu widersagen und eine zerbrochene Gemeinschaft wieder zusammenzuführen – sofern dies letztlich überhaupt noch möglich sein wird.

Tomasz Skonieczny
Robert Żurek

ANDRZEJ KRAJEWSKI

DIALOGDÄMMERUNG

Die „Eskalation aller Spannungen beginnt mit der Verweigerung des Dialogs“, sagte Julius Kardinal Döpfner, einer der Moderatoren des Zweiten Vatikanischen Konzils. Den Begriff Dialog kann man dabei vielfältig verstehen. Angefangen bei einem offenen Gespräch, das zwischen Menschen geführt wird, bis hin zu der von Sokrates erarbeiteten Methode der dialektischen Wahrheitsfindung. Wie dem auch sei, der Dialog ist ein seit jeher bestehendes Bedürfnis des Menschen, Informationen und eigene Anschauungen dem anderen zu vermitteln und von ihm verstanden zu werden. Selbst dann, wenn die Ansichten des Gegenparts höchst abweichend sind. Nach Sokrates erlaubt es eben der Dialog nicht nur, Standpunkte einander anzunähern, sondern er bedeutet zusätzlich etwas Metaphysisches, und zwar die Sorge um die Seele des anderen und die gegenseitige Hilfe beim Auffinden der im Verborgenen liegenden Wahrheit. Verkümmert folglich der Dialog, geschieht dasselbe mit der Wahrheit, und an deren Stelle treten Konflikte. Ausgehend von dieser Beobachtung Kardinal Döpfners lässt sich gewiss folgende These aufstellen: Je weniger Dialog es im öffentlichen Raum gibt, desto größer ist das Ausmaß an Spannungen. Die Richtigkeit dieser Behauptung zeigt sich eindrucksvoll bestätigt in der sukzessiven Zunahme an Spannungen, die in solchen Ländern festzustellen ist, die wir im Allge-

meinen zum Westen zählen. Dies ist somit gerade dort der Fall, wo die Meinungsfreiheit nach wie vor eines der Fundamente der Demokratie bildet. Doch diese weicht immer mehr von den Standards ab, die nach dem Zweiten Weltkrieg angenommen wurden, als jegliche Formen der Zensur als unzulässig galten. Deren Fehlen sollte demokratisch verfasste Länder zu einem Ort des stets im Gange befindlichen Dialogs und der Debatten machen. Und dadurch wiederum sollte es möglich sein, zur Wahrheit zu gelangen.

Eine Epoche später

Inzwischen ist etwas mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen, und es hat eine Entwicklung eingesetzt, durch die die alten Ideen komplett verdreht werden. Wohin dies führt, zeigt ein kleiner, aber sehr symptomatischer Vorfall. Als nach dem Tod von George Floyd eine Welle von Unruhen unter der Losung „Black Lives Matter“ durch die Vereinigten Staaten von Amerika rollte, erschien im Juni 2020 im Meinungsteil der „New York Times“ (NYT) ein Beitrag von Tom Cotton. Der republikanische Senator postulierte darin, die Armee zu entsenden, um die immer brutaleren Krawalle unter Kontrolle zu bringen. Der Herausgeber der liberalen „NYT“, Arthur G. Sulzberger, der keinen Hehl aus seinen Sympathien für die Demokratische Partei macht, ließ sich daraufhin auf eine Polemik mit dem republikanischen Politiker nicht ein, sondern entließ den Chef des Meinungsressorts, James Bennet. Dieser protestierte nicht einmal, sondern übernahm die Verantwortung für die falsche Entscheidung, die in der Redaktion als Versuch eines Dialogs mit den Republikanern erachtet worden war. Und zusammen mit ihm verließ auch die Publizistin Bari Weiss die Zeitungsredaktion. In die „NYT“ hatte Bennet diese Kollegin geholt, damit sie – als eine Person, die rechte Ansichten teilt – eine andere Weltsicht als die übrigen Journalisten präsentiert. Bennet wollte mit Weiss' Feuilletonbeiträgen den Lesern der Zeitung, die in den USA als ein Bollwerk des Liberalismus gilt, zu verstehen helfen, warum Donald Trump die Wahlen gewonnen hatte.

„Die Erkenntnis, die sich nach den Wahlen hätte durchsetzen sollen, die Lehre von der Bedeutung des Verständnisses für die „anderen“ Amerikaner, die Notwendigkeit, sich dem Tribalismus entgegenzustellen, und die zentrale Rolle eines freien Ideenaustausches in einer demokratischen Gesellschaft, hat sich nicht eingestellt“, schrieb Bari Weiss in einem offenen Brief, nachdem sie ihren Job hingeworfen hatte. Ferner erklärt sie, dass sie die renommierte Zeitung deshalb verlassen habe, weil dort, ähnlich wie in vielen anderen Medien, „die Wahrheit kein Prozess des kollektiven Entdeckens mehr ist, sondern eine Orthodoxie, die nur wenigen Aufgeklärten bekannt ist, deren Aufgabe darin besteht, alle anderen zu informieren“. In ihrem Brief schilderte sie ferner die vergangenen drei Jahre als eine Zeit von Verfolgungen seitens ihrer Redaktionskolleginnen und -kollegen, die sie habe durchmachen müssen, weil jene eine – ihnen in ideeller Hinsicht fremde – Person nicht hätten ertragen können. „Sie nannten mich eine Nazistin und Rassistin“, berichtete sie. „Meine Arbeit und meine Persönlichkeit werden über allgemeine Slack-Firmenkanäle offen heruntergemacht (...). Manche Mitarbeiter behaupten, ich müsste ausgemerzt werden, wenn die Firma wahrhaft »inklusiv« sein soll, während andere neben meinem Vornamen Emoticons mit einem Beil veröffentlichen“, so Weiss' Beispiele für psychisches Drangsalieren. Dabei ist eine solche Welle des Hasses, die einem Andersdenkenden entgegenschlägt, anstatt den Versuch eines Dialogs zu unternehmen, in heutigen Zeiten nichts Ungewöhnliches. Journalisten, Redakteure und Mitarbeiter der „NYT“ machten genau das, wonach die Leser verlangten. Mit allen Kräften arbeiteten sie daran, diejenige Person zu verdrängen, die andere Ansichten als die in der die Feuilletonistin umgebenden Gruppe offiziell zulässigen vertrat. Dieses Ziel wurde schließlich in gemeinsamer Anstrengung erreicht, und so wurde man diese Person schließlich los. Anlässlich ihres Abschieds aus der ihr inzwischen verhassten Redaktion schrieb Bari Weiss Folgendes: „Twitter steht nicht im Impressum der »New York Times«. Twitter aber ist zu ihrem Endredakteur geworden“. Doch Weiss' Geschichte ist inzwischen keine ungewöhnliche mehr. Gerade so entsteht eine neue Normalität in Zeiten von „Informationsblasen“.

Die Schwäche des Mittelstands und der Niedergang der Sachlichkeit

Das Ende eines guten Klimas für den Dialog begann im Westen geradezu unbemerkt Anfang der 1990er Jahre; just in dem Moment – welch Ironie –, als die Sowjetunion zerfiel und der Triumphzug der liberalen Demokratie unaufhaltsam zu sein schien. Es war die Zeit, in welcher der amerikanische Politikwissenschaftler der Harvard-Universität, Francis Fukuyama, das „Ende der Geschichte“ verkündete. Die berühmte These besagte, dass die gesamte Welt unvermeidlich darauf zusteuere, die westlichen politischen und wirtschaftlichen Modelle zu übernehmen, deren Funktionsweisen dem Ideal am nächsten kämen. Dabei wurde – statt des „Endes“ – leise damit begonnen, ein neues Kapitel in der Geschichte der Menschheit zu schreiben. Als deren Prolog kann der sich beschleunigende Abzug von Industrieinvestitionen aus hochentwickelten Ländern des Westens nach Fernost angesehen werden. Große Konzerne fanden dort viel billigere Arbeitskräfte. Auch erwartete dort niemand, dass Arbeitnehmerrechte eingehalten würden. Die demokratischen Regierungen wiederum hatten nichts dagegen, dass einheimische Korporationen ihre Gewinne leicht vervielfachten. So gingen die Zahlen der Arbeiternehmer in Westeuropa und in Nordamerika systematisch zurück. Die Menschen fanden Beschäftigung im Dienstleistungssektor, in Büros, auf Auftragsbasis. Es gab immer mehr freie Berufe. Diese erwiesen sich – im Unterschied zu den industriellen Zeiten – aber allesamt als bedeutend schlechter bezahlt. Die neue Generation des Mittelstands verarmte so rasch, und Emigranten aus Afrika, der Türkei und dem Nahen Osten, die einst – als für die Wirtschaft unentbehrlich – mit offenen Armen aufgenommen worden waren, füllten fortan die Großstadtghettos. Die politischen Eliten beschäftigten sich unterdessen mit Sittenfragen und taten so, als ginge nichts Schlimmes vor sich. Dieser Umstand führte zu einem Anstieg gesellschaftlicher Spannungen. Die stärker werdende Welle von Ängsten nutzten Populisten, die nun dauerhaft im politischen Spektrum Einzug hielten. Deren Aufkommen brachte eine sich vertiefende Polarisierung der politischen Szene mit sich. Politiker begrif-

fen zudem, dass unter diesen Umständen nur die auffälligsten überleben würden. Zusammen fielen diese Ereignisse zeitlich mit zwei technologischen Revolutionen – der Verbreitung des Internets und der Smartphones. Blitzschneller Informationsfluss sowie die Möglichkeit, in ständigem Kontakt mit anderen Menschen zu bleiben, bewirkten, dass vor unseren Augen ein „globales Dorf“ entstand, wie es bereits vor sechzig Jahren Herbert Marshall McLuhan vorhergesagt hatte. Es wurde jedoch nicht rund um das Fernsehen, sondern rund um die neu geschaffenen sozialen Medien errichtet. Deren Übermacht gegenüber den herkömmlichen Kanälen zeichnet sich seitdem insbesondere dadurch aus, dass jeder sich an der Gestaltung und Weiterleitung von Informationen aktiv beteiligen und diese auch mit eigenen Meinungen auszuschnücken fähig ist. Dabei müssen diese Informationen gar nicht wahr sein. Gleichzeitig erzwingen die Hauptträger der neuen Kommunikation – SMS, Tweets, Posts in Foren, Chats oder selbst bei Facebook – verkürzte, lapidare Inhalte. Dies wiederum hat zur Folge, dass inzwischen emotionale Inhalte wichtiger geworden zu sein scheinen als sachliche. Sender vermitteln ihr Wissen und ihre Überzeugungen heutzutage, indem sie sich vor allem auf Emotionen und viel seltener auf rationale Argumente stützen. Letztgenannte sind weniger überzeugend und verlangen zugleich nach längeren Einträgen. Kurze Mitteilungen hingegen, die darauf beruhen, mit den emotionalen Eindrücken ihrer Verfasser zu schockieren bzw. in Erstaunen zu versetzen, fügen sich in den sozialen Medien zu etwas in der Art eines Binärcodes zusammen. Bei diesem handelt es sich bekanntlich um die einfachste Kommunikationssprache von Computern, die aus den Ziffern „0“ und „1“ besteht. Mit diesem Code aus Nullen und Einsen wird in einem Programm eine Sequenz von Bejahungen und Verneinungen erstellt. Im Falle der menschlichen Kollektivität haben wir es mit einem ähnlichen Binärcode in den sozialen Medien zu tun. Gebildet wird dieser mit Bezug auf jede Information, These, Idee, Meinung etc. Wir können sie insgesamt als eine Mitteilung bezeichnen. Stoßen die Nutzer auf eine neue Mitteilung, so akzeptieren die meisten diese und werben für sie, oder sie lehnen sie ab und äußern sich über deren

Inhalt hasserfüllt. Nach selbigem Binärschema vollzieht sich im Netz die Aufteilung der Menschen mit voneinander abweichenden Weltansichten. Menschen mit vergleichbaren Ansichten fühlen sich zueinander hingezogen und bilden homogene Gruppen. Zugleich lehnen sie diejenigen ab, von denen sie sich unterscheiden. Die Aufspaltung in geschlossene „Blasen“ verläuft dabei schnell und erweist sich als überaus dauerhaft.

Eine Vielzahl fremder Welten

In demokratischen Ländern hat sich die Polarisierung der politischen Szene auf bemerkenswerte Art und Weise in die Revolution der sozialen Medien eingereiht. Beide Phänomene beschleunigen und potenzieren sich gegenseitig. Die Menschen schließen sich freiwillig in „Informationsblasen“ ein. Dies trägt dazu bei, dass sich ganze Gruppen in der jeweils vertretenen Weltanschauung bestärkt fühlen. Das wiederum kommt Politikern, genauer gesagt Anführern von politischen Bewegungen, sehr gelegen. Denn auf diese Weise gewinnen sie einen „harten Wählerkern“, der sich aus eigenem Willen gegenüber allen Zweifeln abschottet, die den eigenen Glauben an das täglich angebotene Bündel an weltanschaulich-ideologischen Informationen in Frage stellen. Gleichzeitig verlangt dieser geradezu nach solchen Nachrichten, die ihn weltanschaulich festigen. In dem Bestreben, mit diesen Trends Schritt zu halten, haben sich die herkömmlichen Medien – Presse, Rundfunk, Fernsehen – darauf konzentriert, die Festigkeit von „Filterblasenwänden“ zu stärken. Wobei sie die Erwartungen ihrer Rezipienten anhand dessen ablesen, was die Redakteure in den sozialen Medien finden. An Bedeutung gewonnen haben bei dieser Gelegenheit die so genannten Redaktionslinien, d. h. de facto das politische Programm, mit dem sich die Redaktionsleitung und der Inhaber des jeweiligen Mediums identifizieren. In den 1970er Jahren belehrte Mieczysław F. Rakowski, der Chefredakteur des Presseorgans des ZK der PVAP – der Wochenzeitschrift „Polityka“ –, seine Untergebenen, dass „ein Journalist

zugleich ein Politiker sein muss und unter dem politischen Gesichtspunkt der politischen Prioritäten und der Folgen prüfen muss, was er schreibt“. Ähnliche Anforderungen werden heute immer öfter an Journalisten in Redaktionen gestellt. Deren Durchsetzung läuft dabei auf Folgendes hinaus: Es wird Sorge dafür getragen, dass der Rezipient aus „unserer Informationsblase“ keine kognitive Dissonanz erfährt. Mit Blick auf unbequeme Informationen bedeutet das, dass diese in den Hintergrund gedrängt, verschwiegen oder gar verfälscht werden. Und selbst dann, wenn zu solchen Medien Andersdenkende eingeladen werden, dient ein Gespräch mit ihnen nicht dazu, Meinungen auszutauschen, sondern dazu, gegen den Gegner zu hetzen, um die Empfänger zu versichern, dass er auf keinen Fall recht hat. So werden weltanschaulich zunehmend homogenere Gemeinschaften gestärkt, während aufgrund der Kohäsion der „Informationsblasen“ die Fähigkeit dieser Gemeinschaften, einen Dialog mit anderen zu führen, gering ist und mit jedem Jahr weiter abnimmt. So setzt (im Einklang mit der Regel von Kardinal Döpfner) unvermeidlich eine Eskalation von Konflikten und Spannungen ein. Mit dem Verkümmern des Dialogs können diese nur zunehmen – bis zu dem Moment, in dem die angestauten Emotionen einen kritischen Punkt überschreiten.

Die spanische Krankheit

Entwirft man Szenarien für die Zukunft, so lohnt es sich, eine äußerst beispielhafte Geschichte in Erinnerung zu rufen. Es war einmal ein armes, konservatives, katholisches Land, dessen Gründe, Stolz zu empfinden, vor allem in seiner großartigen Vergangenheit lagen, als es im 16. und 17. Jahrhundert eine Schlüsselrolle auf dem Alten Kontinent spielte. Danach verlor es leider alles. Aber erst die Konfrontation mit der Moderne Westeuropas und der Vereinigten Staaten im 20. Jahrhundert machte dessen Eliten bewusst, wie rückständig es eigentlich ist. Große Ambitionen und die stolze Vergangenheit verlangten danach, sich darum zu bemühen, die

am weitesten entwickelten Länder einzuholen. Im wirtschaftlichen Bereich gelang dies mit der Zeit auch tatsächlich, in gesellschaftlicher und moralischer Hinsicht stießen die postulierten Änderungen auf ein für die Progressiven überraschendes Paradoxon. Nicht jeder Bürger wünschte sich solche. In den drei Jahrzehnten der Modernisierung zerfielen die Eliten und mit ihnen gesellschaftlich aktive Bürger in zwei verfeindete Lager, die in nahezu alternativen Wirklichkeiten lebten. Die Fortschrittlichen gewannen den Sozialismus, ja sogar den Kommunismus, lieb und priesen kritiklos alles, was sich als modern bezeichnen ließ. Die Konservativen hassten wiederum jede Idee, die Assoziationen mit dem Fortschritt weckte, und diejenigen, die nicht ostentativ genug den eigenen Katholizismus zur Schau trugen, wurden aus der nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen. Beide Lager scharten eine ähnlich große Zahl an aggressiven Anhängern um sich und zeichneten sich durch eine vergleichbare Intensität an fanatischer Gewissheit hinsichtlich der Richtigkeit der eigenen Argumente aus. Das Einzige, worin sie übereinstimmten, war die Notwendigkeit, die „Symmetristen“, sprich das politische Zentrum, zu eliminieren, weil dieses den Dialog mit beiden Seiten suchte, schlimmer noch, für diesen Dialog warb und es somit schwierig machte, Hass zu schüren. Diejenigen, die übermäßig zum Dialog neigten, wurden schließlich aus dem öffentlichen Leben beseitigt. Nach der Abschaffung des Zentrums war die bipolare politische Szene endlich Wirklichkeit geworden, so dass die Emotionen ihren Höhepunkt erreichten. Die Anführer beider Lager führten in der Folge ihre Gläubigen mit Freude zur Schlachtbank, woran auch solche Bürger teilnehmen mussten, die sich gar nicht für Politik interessierten. In den knapp drei Jahren des spanischen Bürgerkrieges (denn entgegen dem Anschein ist dies keine Geschichte über das heutige Polen) kamen mehr als eine halbe Million Menschen ums Leben, und Spanien benötigte danach Jahrzehnte, um sich wieder aus den eigenen Trümmern zu erheben. Interessanterweise konnten nicht einmal die Hekatombe und schließlich der Triumph der Konservativen die Spaltungen aus der Vorkriegszeit vollständig überwinden. Diese kamen im Laufe der Zeit in ihrer alten Form wieder zum Vorschein.

Diese Geschichte aus der Zeit vor dem Aufkommen der sozialen Medien sollte zur allgemeinen Reflexion anregen – darüber, dass neue technologischen Revolutionen und die damit voranschreitende Polarisierung der Gesellschaften mit sehr klassischen und zugleich dramatischen Folgen enden können. Szenarien, in deren Rahmen der Dialog stirbt, durchlief die Menschheit bereits hunderte Male, in Zeiten kurz bevor Bürger- oder Religionskriege über sie hereinbrachen. Der erste Schritt ist dabei regelmäßig ein auf beiden Seiten zunehmend einsetzendes Misstrauen, das von Angst begleitet ist. Diese lässt in der Folge Hass und Aggression ansteigen. Der Schlusseffekt, d. h. die Art und Weise, wie die direkte Konfrontation abläuft, hängt maßgeblich davon ab, über welche Gewaltinstrumente die Konfliktparteien verfügen. Und dies gilt es, als einen kleinen Funken Zuversicht zu sehen, denn bislang werden Ideenkriege zwischen „Informationsblasen“ hauptsächlich lediglich in der virtuellen Welt des weltweiten Internets ausgetragen.

Alte Sicherungen

Es gibt nach wie vor viele „Sicherungen“, die demokratische Länder vor einem spanischen Szenario schützen. Da die Meinungsfreiheit ein Fundament ihres politischen Systems bildet, ist die allgemeine Informationszirkulation nicht unterbrochen worden. Und dies, obwohl zunehmend die Gefahr besteht, dass sich ein solches Szenario im Laufe der Zeit einstellen kann. Amerikanische Korporationen, die de facto die Kontrolle über die sozialen Medien – Facebook, Google, Twitter – ausüben, greifen immer selbstbewusster zu Instrumenten der Zäsur. Was derartige Aktionen einfacher macht, ist die allgemein akzeptierte Losung vom Kampf gegen Fake News. Das im Zuge dieses Kampfes verabreichte Medikament kann sich freilich als schlimmer erweisen als die Krankheit selbst. Der endgültige Abbruch von Kontakten zwischen den „Informationsblasen“ wird darüber hinaus immer noch durch den allen Bürgern gemeinsamen Staat verhindert, der die Rolle des Schlichters über-

nommen hat, obgleich die Frage, welche Seite die Wahlen gewinnt und ob sie die Macht danach nicht etwa teilen muss, immer relevanter wird. Denn die Polarisierung der politischen Szene erschüttert vollständig das Vertrauen in die Opponenten, insbesondere in die siegreichen. Und es bestehen zugleich Zweifel daran, ob die siegreiche Seite bei einer künftigen Wahlniederlage diese anerkennen und anschließend die Macht freiwillig abgeben werde. Derartige Ängste sind fast schon universell. Sie sind bereits zu besichtigen sowohl im seitens der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) regierten Polen als nun auch in den USA, wo Donald Trump vor der Präsidentschaftswahl ein klares Statement vermissen ließ, ob er nach einer möglichen Niederlage das Weiße Haus widerstandslos räumen werde. In solchen Momenten gehören die Rechtsstaatlichkeit sowie die Bindung an demokratische Verfahren und damit verbundene Traditionen zu weiteren Sicherungen in Zeiten eines verkümmerten Dialogs. Sie zwingen den feindlichen Gruppen die Einhaltung alter Regeln auf. Solange diese niemand dauerhaft bricht, schützen sie vor dem Ausbruch eines offenen Krieges. Und schließlich bleibt auch noch ein Teil der Eliten, der weiterhin gegenüber dem Dialog aufgeschlossen ist. Der Vorteil alter Sicherungen besteht darin, dass sie ihre Wirksamkeit schon mehrmals bewiesen haben. Leider aber gibt es keine Gewissheit, inwiefern diese Wirksamkeit auch weiterhin in neuen Zeiten bewahrt werden kann. Und es kommen auch keine weiteren Sicherungen hinzu, die auf das kommende Zeitalter zugeschnitten sind. Doch eigentlich wären solche sehr hilfreich, deutet doch nichts darauf hin, dass der Trend zu einer Abkehr im öffentlichen Raum – weg vom Dialog und hin zur Polarisierung und Intensivierung von Konflikten – umgekehrt wird. Schlimmer noch: Dies alles geschieht, ohne dass die langfristigen Folgen bedacht werden.

ANTONI DUDEK

URSACHEN UND ETAPPEN POLITISCHER SPALTUNGEN IN POLEN NACH 1989

Der Begriff „Polarisierung“ ist in Polen in den letzten Jahren sehr populär geworden und dient meist dazu, den Prozess eines sich verstärkenden politischen Konflikts zu beschreiben. Dieser zeigt sich vor allem in der von vielen Beobachtern angeprangerten Brutalisierung der politischen Sprache in der Öffentlichkeit. Wie der renommierte polnische Sprachforscher Prof. Jerzy Bralczyk bereits vor über einem Jahrzehnt treffend feststellte, stieg bereits „in der ersten Hälfte 2007 in den Medien Polens die Zahl der Äußerungen, die auf eine fortschreitende Brutalisierung des öffentlichen, vornehmlich politischen Diskurses hindeuten. Dieses Phänomen wird vereinfacht als »Brutalisierung der Sprache« bezeichnet“¹. Die Ursachen dieser Entwicklung sind aber wesentlich älter und reichen in die Entstehungszeit der Dritten Republik zurück. Im Folgenden sollen die wesentlichen Etappen, die der Prozess der politischen Polarisierung in Polen seit 1989 durchlief, aufgezeigt und knapp erläutert werden.

¹ <http://www.etykaslowa.edu.pl/wp-content/uploads/2016/03/BRUTALIZACJA-J%20C4%98ZYKA-PUBLICZNEGO.pdf> (letzter Zugriff: 06.10.2020).

Die postkommunistische Spaltung (1990-2004)

Der Begriff „postkommunistische Spaltung“ wurde von der bekannten Soziologin Prof. Mirosława Grabowska geprägt, die ihre 2004 erschienene Abhandlung über die politischen Konflikte in Polen in den ersten 15 Jahren der Dritten Republik unter eben diesen Titel stellte². Das Wesen dieser Spaltung lief nicht nur auf die Streitigkeiten um die Beurteilung der kommunistischen Ära hinaus, sondern beinhaltete auch die Aufteilung der politischen Bühne Polens in die aus der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei – PZPR) hervorgegangene Allianz der Demokratischen Linken (SLD) und die auf der Basis der Vereinigten Bauernpartei (ZSL) entstandene Polnische Bauernpartei (PSL) sowie die Vielzahl von „Solidarność“-Gruppierungen. Von der Dauerhaftigkeit dieser Spaltung zeugen die wiederholten Bestrebungen, diese zu überwinden und eine Art historischen Kompromiss zu schließen. Die Gründung der Arbeitsunion (Unia Pracy – UP) 1992 war dabei wohl die wichtigste Initiative. Es handelte sich bei der UP um die erste bedeutende politische Partei Polens nach der Wende, die sich darum bemühte, ehemalige Aktivist*innen der PVAP und der „Solidarność“ nach gleichen Prinzipien zu konsolidieren. Trotz des anfänglichen Erfolges, der darin bestand, dass die Partei 1993 in den Sejm der II. Legislaturperiode einzog, brach sehr schnell ein interner Konflikt aus, der vier Jahre später damit endete, dass der bisherige Parteiführer Ryszard Bugaj die Reihen der UP verließ. Zusammen mit ihm traten auch die meisten Aktivist*innen der „Solidarność“ entstammenden Mitglieder aus. Die Parteiführung wurde daraufhin von ehemaligen PVAP-Mitgliedern mit Marek Pol an der Spitze, der schon früher zu Bugajs Hauptgegnern gehört hatte, übernommen. Unter Pols Leitung geriet die UP rasch in die Einflussphäre der postkommunistischen SLD und wurde allmählich marginalisiert. Die Versuche, eine Zusammenarbeit mit der SLD aufzunehmen, die von manchen Aktivist*innen des linken Flügels

² M. Grabowska, *Podział postkomunistyczny. Społeczne podstawy polityki w Polsce po 1989 roku* (Die postkommunistische Spaltung. Gesellschaftliche Grundlagen der Politik in Polen nach 1989), Warszawa 2004.

der Demokratischen Union (Unia Demokratyczna – UD) und später der Freiheitsunion (Unia Wolności – UW) unternommen wurden, endeten ebenfalls mit einem Fiasko.

Parallel zur „postkommunistischen Spaltung“ zeichnete sich bereits 1990 auch eine weitere ideologische Aufspaltung ab, die rasch zu einer Zersplitterung des „Solidarność“-Lagers führte. Gemeint ist der sog. „Krieg an der Spitze“ (*wojna na górze*), der häufig fälschlicherweise einzig und allein auf den persönlichen Streit zwischen Lech Wałęsa und Tadeusz Mazowiecki reduziert wird. In Wirklichkeit prallten hier zum ersten Mal zwei Strömungen aufeinander, die bis dahin innerhalb des „Solidarność“-Lagers friedlich koexistiert hatten und bis zum Wahlsieg vom 4. Juni 1989 durch die Ablehnung der monopolistischen Herrschaft der PVAP zusammengehalten wurden. Die Anhänger der einen Strömung beschworen die Vision eines liberalen, weltlichen Staates herauf und sahen dabei die Hauptgefahr in Nationalismus, Klerikalismus und Fremdenfeindlichkeit von Teilen der polnischen Bevölkerung. Zu ihrem wichtigsten Sprachrohr wurde die Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“, während sich ihre Anhänger zunächst in der Demokratischen Union (UD) und später in der Freiheitsunion (UW) parteipolitisch artikulierten. Die zweite Strömung stand hingegen dem Katholizismus und Nationalismus nahe. Für den Hauptgegner hielten ihre Anhänger die Postkommunisten, deren wirtschaftlichen und politischen Einfluss sie nach wie vor als sehr groß einschätzten. Für die Befürworter der ersten Option bedeutete die Auflösung der PVAP das definitive Ende des Kampfes gegen den Kommunismus, während aus der Sicht der Anhänger der zweiten Option, die seit 1990 zumeist der Zentrumsallianz (PC) angehörten, das Jahr 1989 lediglich das Ende einer bestimmten Etappe des Kommunismus in Polen bedeutete.

Das nationalkatholische Lager sah anfänglich Lech Wałęsa in der Rolle des politischen Anführers. Nach dessen Sieg in den Präsidentschaftswahlen 1990 unterlag dieses Lager aber sehr schnell einer inneren Desintegration, wobei Wałęsa selbst – vor allem nach seiner Mitwirkung am Sturz der Regierung Jan Olszewski 1992 – für die meisten seiner Vertreter zu einem der Hauptgegner wurde. Der erste

in der 1996 gegründeten Wahlaktion *Solidarność* (*Akcja Wyborcza Solidarność – AWS*) unternommene Versuch, die verstreuten Kreise der politischen Rechten zu konsolidieren, erwies sich jedoch recht bald als unbeständig. Erst der 2001 ins Leben gerufenen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) gelang es, unter Ausnutzung der damals geänderten staatlichen Parteienfinanzierung, schrittweise die rechte Seite der politischen Bühne zu dominieren. Genau zur selben Zeit, im Jahre 2001, entstand auch die Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*), die ergänzt durch kleine konservative Kreise, die eine in Richtung Nationalismus abdriftende PiS ablehnten, zur weiteren politischen Emanation liberal-säkularer Orientierungen wurde.

In den ersten Jahren arbeiteten Politiker der PO und der PiS noch zusammen, wobei sie gemeinsam gegen die regierenden Postkommunisten der SLD und den dieser Formation entstammenden Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski voringen. Unter den mit PO und PiS sympathisierenden Intellektuellen wurden damals rege Diskussionen darüber geführt, inwiefern der Aufbau einer Vierten Republik realistisch war. Denn eben diese Losung war bereits Ende 1990er Jahre vom Politikwissenschaftler Rafał Matyja ausgegeben und dann vom Soziologen Paweł Śpiewak erneut aufgegriffen worden.

Die Post-„*Solidarność*“-Spaltung (2005-2009)

Der Sieg der PiS in den Parlamentswahlen 2005 und der Erfolg Lech Kaczyńskis in den anschließenden Präsidentschaftswahlen führten dazu, dass anstelle von Kooperation zwischen PiS und PO rasch erbitterte Rivalität herrschte. Im November 2005 kam es bei einer Debatte über die Regierungserklärung von Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiewicz zu einem heftigen Meinungs austausch zwischen den Spitzenpolitikern beider Parteien, d.h. zwischen Jarosław Kaczyński und Donald Tusk. Der PiS-Vorsitzende offenbarte dabei „seine“ Gründe für die Uneinigkeit mit der PO und warf dieser vor allem vor, sich nicht „dem“ stellen zu wollen, „was das Wesen des

Misstandes ausmacht, der unser Leben erfasst hat. Ein Viereck, das sich aus Teilen der Geheimdienste, Teilen des kriminellen Milieus, Teilen der Politiker und Teilen der Unternehmerkreise zusammensetzt, könnte daher munter [weiter]bestehen“. Eben dieses pathologische Viereck -gemeinhin auch „układ“ [dt. informelles Netzwerk, Interessenkartell bzw. -pakt – A. d. Ü.] genannt – wurde zum Hauptziel der Angriffe seitens der PiS-Politiker, die dessen Einflüsse nicht nur in den Reihen der Opposition, sondern auch in einem beträchtlichen Teil der Medien ausmachten, die das neue Regierungslager von Anfang an äußerst scharf angingen. In seiner Polemik gegen Kaczyński versuchte Tusk davon zu überzeugen, dass sich die von der PiS angekündigte „moralische Wende“ nicht gemeinsam mit dem Anführer der populistischen „Selbstverteidigung“ („Samoobrona“ – SO), Andrzej Lepper, vollziehen lasse. „Polen ist wirklich nicht auf die »Mohair-Koalition« („moherowa koalicja“)³ angewiesen“, fügte Tusk dabei hinzu. Der PO-Führer spielte damit auf die bei älteren Polinnen beliebten Mohair-Baskenmützen an, die viele Hörerinnen des Thorner Rundfunksenders „Radio Maria“ trugen. Es war eben dieser Sender, der für zahlreiche Beobachter als mächtiger medialer Schirmherr der entstehenden Regierungskoalition galt. In der Folgezeit traten PiS-Politiker häufig in den Sendungen von „Radio Maria“ und auch in den Programmen des mit dieser Rundfunkanstalt eng verbundenen Fernsehsenders „TV Trwam“ auf.

Die ersten Jahre nach 2005 waren von entscheidender Bedeutung für die zunehmende Verfestigung der Post-„Solidarność“-Spaltung, in deren Rahmen man immer noch u.a. über Fragen der „Entkommunisierung“ und „Lustration“ stritt. Zu Streitparteien wurden dabei aber Formationen, die in erster Linie an die historische Tradition der „Solidarność“ anknüpften. Diese wurde allerdings immer unterschiedlicher wahrgenommen. Zugleich versuchte das PiS-Lager, alle politischen Widersacher aus dem Kreis der gemeinsamen „Solidarność“-Vergangenheit zu verdrängen. „Heute sind wir da, wo

³ Siehe R. Marzęcki, *Polisemiczność pojęcia „układ” w języku liderów Prawa i Sprawiedliwości* (Die Vieldeutigkeit des Begriffs „układ“ in der Sprache der PiS-Führer) [in:] „Athenaeum“, 2008, vol. 19, S. 67-77.

wir auch früher waren, sie dagegen sind an der Stelle, an der einst die Motorisierten Einheiten der Bürgermiliz (ZOMO) standen“, bemerkte Jarosław Kaczyński in einer Rede im Oktober 2006 vor dem historischen Tor der Danziger Werft und meinte damit die Gegner seiner Regierung.⁴ Begleitet wurde diese Rivalität von Versuchen, sich mit der Anzahl von Spitzenvertretern der „Solidarność“ aus den Jahren 1980-1981, die ihre Unterstützung seit 2005 entweder der PO (z. B. Lech Wałęsa, Bogdan Borusewicz) oder der PiS (z. B. Andrzej Gwiżdza, Anna Walentynowicz) zusicherten, gegenseitig zu überbieten.

Bei diesem Streit ging es freilich nicht ausschließlich um historische Fragen, unter denen die Frage der Verbindungen Lech Wałęsas zum kommunistischen Sicherheitsdienst (SB) in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die Gemüter am meisten erregte. Der Wahlkampf der vorgezogenen Parlamentswahlen von 2007 zeigte dies ganz deutlich. Die Führung der PiS beschloss damals, den größten Nachdruck auf eine scharfe Kritik ihres Hauptkonkurrenten, also der PO, zu legen. Deshalb wurden eigene positive Programminhalte, wie etwa die schwer infrage zu stellenden Wirtschaftserfolge der Jahre 2005-2007, von einschlägigen Werbespots überdeckt, bei denen allein schon die Titel („Netzwerke“, „Der Salon“, „Affären“) das Bild von der PiS als einer gegen das PO-Establishment kämpfenden Formation bestätigen sollten. „Man muss mit diesem Ziobro und Kaczyński Schluss machen, und dann sind wir wieder im Spiel“, sprach z.B. in einem Wahlkampfsport der PiS ein dämonisch anmutender Oligarch, der korrumpierte PO-Politiker mit den Worten „mordo ty moja“ [dt. „du mein Schnäuzchen“ – A. d. Ü.] anredete. Das Bild der PO als eines willfährigen Instruments der von normalen Bürgern abgehobenen Salone pointierte Jarosław Kaczyński in einem anderen Spot wie folgt: „Unsere Gegner sagen das, was sie in den Salonen zu hören bekommen– wir tun das, was die Polen wollen“.

Die PO provozierte ihrerseits die PiS auf öffentlichen Reklametafeln, auf denen die Regierungszeit von Jarosław Kaczyński als eine von Aggressivität und Verleumdungen geprägte Amtszeit dargestellt

⁴ „Dziennik“ vom 2. Oktober 2006.

wurde. So lautete z.B. ein dabei zu sehender Kommentar: „Die PiS regiert, und die Polen schämen sich“. Ferner drehte die PO einen besonderen Wahlwerbespot in Antwort auf die Videobeiträge der PiS. Dieser Spot bildete eine satirische Anspielung auf die persönliche Bekanntschaft zwischen dem Milliardär Ryszard Krauze und Lech Kaczyński. Dabei rief der Oligarch Krauze, dessen Residenz von Beamten der Agentur für Innere Sicherheit (ABW) durchforscht wurde, den Präsidenten an und verlangte schimpfend, die Durchsuchung zu unterbrechen. Begleitet wurde dies von folgendem Kommentar: „Werden sie weiterhin Polen regieren? Die Entscheidung liegt bei dir!“⁵

Mit dem Wahlsieg der PO im Jahre 2007 begann eine Zeit der turbulenten politischen Kohabitation zwischen der Regierung Donald Tusk und Staatspräsident Lech Kaczyński. In deren Verlauf zeigte sich deutlich, dass eine der wesentlichen Ursachen für die Polarisierung der politischen Szene Polens in der fehlerhaften Struktur der staatlichen Exekutivgewalt liegt. Die Exekutive war bereits durch die Verfassung von 1997 gefestigt worden, die die Einbettung des durch allgemeine Wahlen konstituierten Staatspräsidentenamtes in das Kabinettsystem etablierte. Die Rivalität zwischen Regierungschef und Staatspräsident wurde dabei hauptsächlich auf dem Feld der Außenpolitik ausgetragen. Überaus aufsehenerregend zeigte sich diese Rivalität im Streit darüber, wer Polen auf dem Brüsseler EU-Gipfel im Oktober 2008 repräsentieren sollte. Auf die Nachricht hin, dass sich auch Präsident Kaczyński mit einem Regierungsflugzeug dorthin begeben wolle, richtete der damalige Leiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten, Tomasz Arabski, einen Brief an das Staatsoberhaupt, in dem er es ablehnte, ihm dieses zur Verfügung zu stellen und dies damit begründete, dass „die Reise des Herrn Präsidenten

⁵ W. Pieszyński, *Walka na spoty po polsku. Przypadek kampanii parlamentarnych z lat 2001-2007* (Kampf mit Werbespots nach polnischer Art. Die parlamentarischen Wahlkämpfe der Jahre 2001-2007), Toruń 2012, S. 218, 220, 232-234; M. Kolczyński, *Strategie wyborcze Platformy Obywatelskiej – trudna sztuka politycznego branding* (Die Wahlkampfstrategien der Bürgerplattform. Von der schwierigen Kunst des politischen Marketings) [in:] *Platforma Obywatelska*, Marek Migalski (Hg.), Toruń 2009, S. 245-252.

privat ist und er nicht der Delegation angehört“. Als dann die Staatspräsidentenkanzlei einen eigenen Jet charterte und Lech Kaczyński in Brüssel erschien, wurde er vom polnischen Regierungschef wie folgt begrüßt: „Ich sage es brutal: Ich brauche den Herrn Präsidenten nicht, [und] darin liegt das Problem. Wir können es uns nicht leisten, dass es (...) in der polnischen Delegation zwei Politiker gibt, die eine andere Meinung haben“⁶. Zum Schluss kam es zu peinlichen Spekulationen darüber, ob einer der Tusk begleitenden Minister seinen Stuhl im Plenarsaal an den Staatspräsidenten abtreten würde, was letztlich der Fall war. Das enorme Ausmaß der Emotionen, die damals die Äußerungen des Präsidenten auslösten, veranlassten den Publizisten Piotr Zaremba dazu, sogar von einer „Industrie der Verachtung“ gegenüber dem Staatsoberhaupt zu sprechen.

Auf die gegen Lech Kaczyński gerichteten Angriffe „spezialisierte“ sich insbesondere der PO-Abgeordnete Janusz Palikot, der wesentlich zur verstärkten Deformierung der politischen Sprachwelt beitrug. Die öffentlichen Auftritte Palikots wurden dabei nicht nur von der PO-Führung geduldet (im Oktober 2009 avancierte er sogar zum stellvertretenden Vorsitzenden der PO-Parlamentsfraktion), sondern stießen auch auf Zustimmung von bekannten Journalisten und Prominenten, die aus ihrer persönlichen Abneigung gegenüber dem Staatspräsidenten keinen Hehl machten.

Die Spaltung nach der Flugzeugkatastrophe bei Smolensk (2010-2014)

Der tragische Absturz des Präsidentenflugzeugs bei Smolensk am 10. April 2010, bei dem außer Lech Kaczyński weitere 95 Personen tödlich verunglückten, eröffnete eine neue, besonders dramatische Etappe im Prozess der politischen Polarisierung in Polen. Denn bereits unmittelbar nach der Katastrophe wurden erste Vermutun-

⁶ P. Semka, *Lech Kaczyński. Opowieść arcypolska (Lech Kaczyński. Eine erzpolnische Erzählung)*, Warszawa 2010, S. 291; S. Grabias, *Donald Tusk. Pierwsza niezależna biografia (Donald Tusk. Eine erste unabhängige Biographie)*, Łódź 2011, S. 217.

gen laut, dass die Katastrophe möglicherweise das Ergebnis eines gezielten Anschlags gewesen sei. Die Initiative, den Staatspräsidenten auf der Krakauer Wawel-Burg beizusetzen, löste zudem Proteste einer Reihe prominenter Persönlichkeiten – mit Andrzej Wajda an der Spitze – aus. Die von der einberufenen Regierungskommission letztlich ausgeschlossene Attentatsthese wurde von der im Juli 2010 auf Betreiben von PiS-Parlamentariern ins Leben gerufenen Parlamentarischen Gruppe zur Erforschung der Ursachen der Katastrophe der „Tu-154M“ unter Leitung von Antoni Macierewicz jedoch weiter aufrechterhalten. In dem im Juni 2011 von dieser Gruppe veröffentlichten Weißbuch wurde die Regierung Tusk beschuldigt, „mit den Behörden der Russischen Föderation zum Schaden der polnischen Ermittlungen – um die Wahrheitsfindung unmöglich zu machen – bewusst zusammengewirkt zu haben“⁷.

Zu einem ungestümen Ausbruch der Emotionen in Politik und Gesellschaft kam es nach dem Sieg des PO-Kandidaten Bronisław Komorowski bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen. Denn als dieser sich dafür aussprach, das von Pfadfindern während der Staatstrauer vor dem Präsidentenpalast aufgestellte Holzkreuz wieder zu entfernen, löste dies heftige Proteste in der Bevölkerung aus und führte zu einer Reihe von Zwischenfällen im Zentrum der Hauptstadt. Dabei prallten zwei Radikalismen heftig aufeinander: der national-katholische und der antireligiöse. Jarosław Kaczyński stellte damals empört fest, dass Komorowski „in hohem Maße infolge eines Missverständnisses zum Präsidenten gewählt wurde“⁸ und weigerte sich dann, sich an den Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates (RBN) zu beteiligen. Am 19. Oktober 2010 stürmte –der Taxifahrer (ehemaliges PO-Mitglied) Ryszard Cyba in ein Abgeordnetenbüro der PiS in Lodz und tötete dort einen Assistenten des PiS-Europarlamentariers Janusz Wojciechowski. Außerdem verletzte Cyba einen weiteren sich dort aufhaltenden Mann schwer. Bei seiner Festnahme

⁷ *Biała księga smoleńskiej tragedii (Weißbuch zur Tragödie von Smolensk)*, Warszawa 2011, S. 168.

⁸ http://www.se.pl/wydarzenia/kraj/kaczynski-komorowski-zosta-wybrany-przez-nieporozu_149349.html (letzter Zugriff: 06.10.2020).

machte er keinen Hehl daraus, dass sein Ziel darin bestanden habe, Jarosław Kaczyński zu ermorden. Dieser Mordanschlag bildete den schwersten politischen Terrorakt in der Geschichte der Dritten Republik und stieß in der Öffentlichkeit auf einhellige Verurteilung. Eine Milderung der oftmals überaus brutalen Sprache der Politiker bewirkte er jedoch nicht. Dennoch konnte damals eine weitere Eskalation der Gewalt vermieden werden.

Ende Oktober 2012 erschien in der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ ein Artikel, in dem darüber berichtet wurde, dass die von der polnischen Staatsanwaltschaft entsandten Sachverständigen auf dem Wrack des bei Smolensk verunglückten Flugzeugs Sprengstoffspuren entdeckt hätten⁹. Laut Jarosław Kaczyński bestätigte dieser Zeitungsartikel die These vom gezielten Attentat. Außerdem sei die Regierung Tusk „mit Sicherheit für diese große Verdunkelung in den Ermittlungen verantwortlich“ und hätte eigentlich „gleich nach der Tragödie zurücktreten sollen, weil sich in ihren Händen alle Instrumente befanden, um die Sicherheit dieses Fluges zu garantieren“¹⁰. In seinem Kommentar zu Kaczyńskis Anschuldigungen, die direkt nach der Veröffentlichung der „Rzeczpospolita“ formuliert wurden, stellte Ministerpräsident Tusk fest, dass es „unzulässig sei, dass der Oppositionsführer unter Hinzuziehung ungenauer Pressematerialien Schlussfolgerungen zieht, die den polnischen Staat verwüsten“. Dabei fügte Tusk hinzu: „Es ist schwierig, sich das öffentliche Leben in Polen vorzustellen, wenn der Oppositionsführer Verbrechenanklagen gegenüber dem eigenen Staat formuliert. (...) Es ist unmöglich, in einem Staat ein Leben mit denjenigen aufzubauen, die Schlussfolgerungen dieser Art formulieren“¹¹.

Zu einem augenfälligen Symbol des sich weiter vertiefenden Konflikts wurden die im Zentrum Warschaus monatlich stattfindenden

⁹ C. Gmyz, *Trotyl na wraku tupolewa (Trinitrotoluol auf dem Wrack der Tupolev)*, „Rzeczpospolita“ vom 30. Oktober 2012.

¹⁰ *Musimy zmierzyć się z prawdą (Wir müssen uns an der Wahrheit messen lassen)*, „Uważam Rze“ vom 12.-18. November 2012.

¹¹ <http://wiadomosci.wp.pl/kat,1342,title,Tusk-nie-sposob-ulozyc-sobie-zycie-w-jednym-panstwie-z-osobami-takimi-jak-Kaczyński,wid,15052784,wiadomosc.html> (letzter Zugriff: 06.10.2020).

Trauermärsche zum Gedenken von Smolensk (bis April 2018 insgesamt 96 Mal veranstaltet). Die nach der Flugzeugkatastrophe von Smolensk im Jahre 2010 eingetretene Spaltung wurde nach der postkommunistischen und der Post-„Solidarność“-Spaltung zu einem weiteren Faktor der Polarisierung von Politik und Gesellschaft in Polen.

Die postliberale Spaltung (seit 2015)

Nach der Übernahme der ungeteilten Regierungsgewalt durch die PiS im Jahre 2015 weiteten sich die politischen Konfliktfelder auf neue Funktionsbereiche des Staates aus, wobei eindeutig auf eine Rhetorik zurückgegriffen wurde, die ihre Wurzeln in der postkommunistischen Spaltung hatte. So wurde im jüngsten Wahlprogramm der PiS von 2019 die Regierungszeit der PO-PSL-Koalition in den Jahren 2007-2015 als eine Zeit eingestuft, in der das „System des späten Postkommunismus“ geherrscht habe. Nach Ansicht seiner Autoren „funktionierte der Postkommunismus unter dem Banner der Solidarność und ließ sich dabei zugleich auf eine scharfe Auseinandersetzung mit der realen Solidarność und der Solidarność-Tradition ein. Dieser Zustand wurde sowohl dadurch erreicht, dass man die Biographien eines erheblichen Teils der Gründer sowie prominenter Aktivisten der PO bemühte, die in irgendeiner Weise aus der Solidarność-Bewegung hervorgegangen waren, als auch dadurch – und das ist das Wichtigste –, dass man sich auf deren historische Anführer mit Lech Wałęsa an der Spitze berief“¹². Jarosław Kaczyński knüpfte auf diese Weise erneut an die ihm ideologisch nach wie vor nahestehende postkommunistische Spaltung ab 1990 an. Angesichts der unübersehbaren Schwäche der SLD, die 2015 nicht einmal den Einzug in den Sejm schaffte, nahm er aber eine Aktualisierung des Begriffs „Postkommunismus“ vor. Dabei versuchte er, unter diesen Begriff nicht nur die PSL (die ihre Wurzeln in der kommunistischen ZSL hatte), sondern auch die PO zu zwängen.

¹² *Polski model państwa dobrobytu. Program PiS 2019 (Das polnische Modell des Wohlfahrtsstaates. Das Programm der PiS von 2019)*, S. 28.

Das wichtigste Bollwerk des „späten Postkommunismus“ sah die Führung der PiS im Verfassungsgericht und den ordentlichen Gerichten mit dem Obersten Gerichtshof an der Spitze. Da sie über eine stabile Mehrheit im Parlament verfügte und sich der Zustimmung des Staatsoberhauptes erfreute, begann die PiS eine Reihe von radikalen, verfassungsmäßig fragwürdigen Gesetzesänderungen vorzunehmen, die auf den grundlegenden Umbau des Justizwesens abzielten. In dessen Mittelpunkt standen personelle Veränderungen im Gerichtswesen. Gegenüber den diesbezüglichen Vorwürfen der Europäischen Kommission stellte die Regierung Mateusz Morawiecki in einer offiziellen Verlautbarung fest: „Ein wesentliches Problem bleibt auch die Tatsache, dass diejenigen Richter, die ihren Ruf in der Vergangenheit durch Verbindungen zum kommunistischen System ruiniert haben, bislang nicht wirklich zur Rechenschaft gezogen wurden. Im Obersten Gerichtshof sitzen nach wie vor Richter, die während des Kriegsrechts, das in Polen in den 1980er Jahren verhängt wurde, Oppositionelle zu langjährigen Haftstrafen verurteilten, weil diese Flugblätter verteilt, Streiks organisiert oder an Straßendemonstrationen teilgenommen haben, sowie Richter, die vor 1989 der kommunistischen Partei angehörten“¹³.

Parallel dazu kam es zu einem tiefgreifenden Wandel im Bereich der Geschichtspolitik. 2016 wurde das Gesetz über das Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) novelliert und in Folge dessen auch die personelle Führung des Instituts ausgewechselt (wobei Historikerkreise auf deren Zusammensetzung nunmehr ohne Einfluss sind). Außerdem wurde der Zuständigkeitsbereich des IPN erheblich erweitert. Die nach 2007 ausgebremsen Maßnahmen zur „Entkommunisierung“ des öffentlichen Raumes wurden nun mit hoher Intensität wiederaufgenommen. Dabei zeigte sich z.B. bei der Wahl der neuen Straßenpatrone die eindeutige Tendenz, das Andenken an Staatspräsident Lech Kaczyński, Anna Walentynowicz und die Mitglieder antikommunistischer Partisanenverbände der unmittelba-

¹³ *Kancelaria Prezesa Rady Ministrów. Biała księga w sprawie reform polskiego wymiaru sprawiedliwości, Warszawa 7 marca 2018r. (Kanzlei des Ministerpräsidenten. Weißbuch zur Reform des polnischen Justizwesens, Warschau 7. März 2018), S. 13.*

ren Nachkriegszeit (sog. „verfemte Soldaten“) besonders zu pflegen. Begleitet wurde dies von weitgehenden personellen Veränderungen in verschiedenen öffentlichen Einrichtungen, die Einfluss auf die historische Bildung der Gesellschaft haben. Das breiteste Echo löste dabei die Entlassung der Direktion des 2017 eröffneten Museums des Zweiten Weltkrieges in Danzig aus, der zur Last gelegt wurde, die Hauptausstellung inhaltlich falsch konzipiert zu haben.

Im Rahmen der Reform des Schulwesens, die darin bestand, das [dreijährige] Gymnasium abzuschaffen und eine acht Klassen umfassende Grundschule sowie ein vierjähriges Lyzeum einzuführen, wurde u.a. die Anzahl der Geschichtsstunden erhöht, wobei besonderer Wert auf die Vermittlung historischen Wissens über das 20. Jahrhundert gelegt wurde. 2017 trat ferner eine Novelle des sog. „Dezubekizacja“-Gesetzes in Kraft, infolge derer die Rentenleistungen für knapp 40.000 ehemalige Beamte kommunistischer Geheimdienste – darunter auch derjenigen Personen, die 1990 positiv überprüft worden waren – gekürzt wurden. Alle diese Maßnahmen in Hinblick auf das Gerichts- und Schulwesen, den Kulturbereich oder die Geschichtspolitik wurden mit der vehementen Kritik an der bisherigen Bilanz der Dritten Republik sowie mit offiziellen Erklärungen zur Notwendigkeit der Herausbildung einer neuen Führungsschicht begründet. Im Oktober 2019 äußerte sich Jarosław Kaczyński bei einer Wahlkampfveranstaltung der PiS in Sosnowiec dazu wie folgt: „Eine neue polnische Machtelite, und ich hoffe, der größere Teil der Kulturelite und anderer Eliten, ist dann nicht mehr für unsere Feinde tätig. Und diejenigen, die weiter für diese tätig sind, werden weiter angeprangert werden“¹⁴.

Die Politik der Regierungen Beata Szydło und Mateusz Morawiecki stieß seitens der Opposition auf eine Welle der Kritik. Dabei wird dieser Politik bis heute vorgeworfen, sich des wiederholten Verfassungsbruchs schuldig gemacht und demokratische Fundamente wie die Unabhängigkeit des Gerichtswesens oder den europafreundli-

¹⁴ <https://dziennikzachodni.pl/jaroslaw-kaczynski-w-sosnowcu-nowa-elita-juz-nie-pracuje-dla-wrogow-ci-ktorzy-pracuja-beda-napietnowani-polska-panstwem/ar/c1-14485621> (letzter Zugriff: 06.10.2020).

chen Kurs der Außenpolitik infrage gestellt zu haben. Trotz zahlreicher, massiver Straßendemonstrationen (insbesondere in den Jahren 2016-2017) und mehrerer Zwischenfälle im Sejm (einschließlich der wochenlangen Blockade des Plenarsaals im Sejm bzw. der Zugänge zum Parlamentsgebäude) blieb eine Eskalation der Gewalt im öffentlichen Raum bislang aus. Die Ermordung des Bürgermeisters von Danzig, Paweł Adamowicz, im Januar 2019, wird zwar von Teilen der Opposition als politisch motivierter Mord interpretiert, die Motive des Täters konnten aber bislang nicht eindeutig geklärt werden. Tatsache bleibt zugleich, dass in den Jahren 2018-2019 in Polen drei wichtige Wahlen (Kommunal-, Europa- und Parlamentswahlen) ohne nennenswerte Störungen durchgeführt wurden. Dies beweist, dass es in Polen immer noch gelingt, die Anwendung physischer Gewalt im öffentlichen Raum weitestgehend zu vermeiden – trotz der zunehmenden Ausweitung der Konflikte, -die seit der Tragödie von Smolensk den üblichen Rahmen politischer Auseinandersetzungen deutlich überschreiten und allmählich den Charakter eines Kalten Krieges annehmen. Es ist kaum einzuschätzen, wie lange dieser Zustand aufrechterhalten werden kann, geschweige denn vorherzusagen, in welche Richtung er sich zukünftig entwickeln wird. Jedenfalls kommt der sich verfestigenden Spaltung in Politik und Gesellschaft eine immense Bedeutung zu, da das gegenwärtige Ausmaß der politischen Polarisierung allmählich die weitere gedeihliche Entwicklung des polnischen Staates bedroht.

AGNIESZKA ŁADA

ZU OFT NEBENEINANDER UND ZU SELTEN MITEINANDER. HERAUSFORDERUNGEN DES DEUTSCH-POLNISCHEN DIALOGS

Polen und Deutsche – heute Nachbarn in einem gemeinsamen Europa, jahrhundertlang aber Feinde – haben nicht erst seit heute ein Problem mit der gegenseitigen Kommunikation. Diese ist – selbstverständlich – durch viele Faktoren bedingt. Zu den wichtigsten gehören gemeinsame, schwierige historische Erfahrung, der Stand des Wissens von- und übereinander, die gegenseitige Wahrnehmung sowie der Einfluss des breit verstandenen Kontextes – des europäischen und internationalen, des politischen und wirtschaftlichen, des kulturellen. Diese Faktoren überlagern sich und beschwören vielfältige Herausforderungen für den deutsch-polnischen Dialog herauf. Im Folgenden wird der Fokus auf einige ausgewählte Aspekte gelegt.

Ungleichheit der Potentiale

Das Erste und Offenkundigste, was sich auf den deutsch-polnischen Dialog auswirkt, ist die Asymmetrie der Potentiale beider Länder.

Angefangen bei der Bevölkerungszahl, der Größe des Territoriums, über die Größe der Volkswirtschaft, den Grad ihrer Entwicklung bis hin zum teilweise daraus resultierenden politischen Potential und zur Bedeutung innerhalb der Europäischen Union – Deutschland ist in diesem Paar dominierend. Zugleich führen das relativ geringe Wissen und Interesse der Deutschen an Polen dazu, dass eine Annäherung dieser Potentiale (etwa betreffend den Entwicklungsstand, die Verfügbarkeit von Technologie, die Qualifizierung der Arbeitskraft in Polen) von breiteren Kreisen in Deutschland nicht entsprechend wahrgenommen wird.

Geschichte im Hintergrund

Eine weitere offensichtliche Herausforderung mit Auswirkung auf den deutsch-polnischen Dialog stellt, wie die Forschungsergebnisse in der Reihe Deutsch-Polnisches Barometer zeigen, der Einfluss der Geschichte auf die gegenseitigen Beziehungen und dadurch auch auf die Kommunikation dar. Das Thema erregt die Gemüter freilich nicht nur wegen der unterschiedlichen Perspektive – des Täters und des Opfers –, sondern auch aufgrund des unterschiedlichen Verständnisses vom Umgang mit der Vergangenheit sowie wegen deren unterschiedlichen Stellenwertes im gesellschaftlichen Bewusstsein in beiden Ländern.

Die erste Ebene, auf der die Unterschiede zu Tage treten, besteht im Narrativ. Die deutsche Erzählung über den Zweiten Weltkrieg wird aus der Perspektive des Holocaust, der Westfront, der westlichen Widerstandsbewegung oder des Krieges mit der Sowjetunion geführt. Polen stellt in diesem Kontext kein Kernthema dar. Die polnische Sicht auf die Geschichte ist dezidiert anders – angefangen mit dem Hinweis, dass der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen Überfall auf Polen begann, über die Hervorhebung des Leidens der Zivilbevölkerung, die Errichtung der deutschen Konzentrationslager für die europäischen Juden in Polen, den einzigartigen Aufbau eines polnischen Untergrundstaates und die unterschiedlichen Formen des Kampfes gegen den Besatzer bis hin zum formalen Sieg über den Nationalsozialismus, der den Polen aber nicht die erhoffte Freiheit brachte.

Diese Ebene wird von einer weiteren überlagert, die mit der anderen auf offenkundige Weise verbunden ist. Die jahrelange zivilgesellschaftliche Ausbildung und Prägung in Deutschland (ursprünglich in Westdeutschland, und dann nach der Wiedervereinigung in Gesamtdeutschland) hat ein Denken hervorgebracht, wonach man Geschichte kennen und daraus Schlussfolgerungen ziehen sollte, die Gedanken aber auf die Zukunft hin ausgerichtet werden müssen. Das Gefühl von Schuld und Scham für die begangenen Taten hat beispielsweise dazu beigetragen, dass die Deutschen distanziert sind, wenn es darum geht, Denkmäler aufzustellen oder Jahrestage in großem Stil zu begehen. In Polen hingegen war das Erinnern an die eigene ruhmreiche Geschichte und die Kämpfe um die polnische Unabhängigkeit schon lange ein zentrales Motiv im Denken über die Vergangenheit; und so ist es bis heute. Zumal es jahrelang – bis zum Sturz der kommunistischen Herrschaft – geradezu untersagt war, zahlreiche Episoden der Geschichte in der Literatur zu thematisieren, in Lehrprogramme aufzunehmen oder ihrer öffentlich zu gedenken.

Mit Blick auf Deutschland, mit dem Polen eine besonders schwierige Vergangenheit verbindet, rückt Geschichte somit umso mehr in den Vordergrund. Unter den Assoziationen polnischer Befragter zum Stichwort Deutschland bilden eben diejenigen Begriffe, die mit der schwierigen deutsch-polnischen Geschichte im Zusammenhang stehen, die anteilig größte Gruppe – auf sie entfallen 30 Prozent aller Assoziationen. In diese Kategorie fallen Formulierungen wie „Verbrecher“, „Besatzer“, „Konzentrationslager“, „Hitler“ (60 Nennungen bei 462 Assoziationen in dieser Gruppe) oder „Weltkrieg“. Auf der deutschen Seite machen demgegenüber historische Assoziationen zum Stichwort „Polen“ oder „die Polen“ – darunter solche aus vergleichsweise jüngerer Zeit (etwa *Solidarność*, Lech Wałęsa, Kommunismus) – gerade einmal sieben Prozent aller genannten Assoziationen aus. Stattdessen dominiert hier die Gruppe von Assoziationen, die mit Tourismus, Urlaub und schönen Landschaften zu tun haben. Auf sie entfallen 29 Prozent aller Assoziationen. Das Nachbarland steht aus Sicht der Deutschen für schöne Landschaften, insbesondere an der Ostsee. Dies bedeutet folglich: Begegnen sich ein „Durchschnittspole“ und ein „Durchschnittsdeutscher“, so

unterscheiden sie sich in ihren Ausgangspunkten bezüglich der Kommunikation und der gegenseitigen Einschätzung.

Ebenso werden bestimmte Formulierungen, Stichworte, Ideen, die im öffentlichen Diskurs oder im Bildungswesen eine Rolle spielen, unterschiedlich aufgefasst. Ein Pole und ein Deutscher, die „Nigdy więcej wojny“ bzw. „Nie wieder Krieg“ sagen, meinen damit etwas gänzlich Verschiedenes. Für die Deutschen bedeutet dies, dass „wir nie wieder solche Verbrechen begehen dürfen“; für die Polen heißt dies: „Wir dürfen nie wieder Opfer werden.“

Das auf der polnischen Seite zu beobachtende Gefühl, Opfer zu sein, sowie das geringe Verständnis der Deutschen für dessen Bedeutung im polnischen Bewusstsein, führen zu weiteren Herausforderungen im gegenseitigen Verständnis. Während die Hälfte der Polen (genau 50%) der Ansicht ist, die ihrerseits im Laufe der Geschichte erfahrenen Leiden seien von der internationalen Öffentlichkeit nicht hinreichend anerkannt worden, findet etwas mehr als die Hälfte der Deutschen (56%), dass eben dies bereits geschehen sei. Eine derartige Einstellung bestärkt die Polen in der Überzeugung von deutscher Ignoranz. Die polnischen Antworten spiegeln wiederum eindrucksvoll die Ängste wider, dass die zur Verteidigung der Unabhängigkeit, aber auch zur Verteidigung anderer Völker erbrachten polnischen Opfer nicht nur nicht gewürdigt, sondern geradezu immer mehr in Vergessenheit geraten.

Berücksichtigt man zusätzlich noch den wichtigen Generationenaspekt, so ist die Herausforderung umso größer. Die ältere Generation der Deutschen lässt eine Ermüdung angesichts der ständigen Erwartungen oder gar Ansprüche seitens der Polen erkennen und fragt dabei: „Wie oft kann man sich denn noch entschuldigen?“ Die jungen Deutschen wiederum gehen davon aus, dass sie keinen Grund haben, sich zu entschuldigen, weil sie nicht für die Schuld ihrer Vorfahren verantwortlich seien. Zudem machen derzeit Menschen mit Migrationshintergrund, die familiär gesehen nicht viel oder gar nichts mit der NS-Zeit zu tun haben, einen wesentlichen Teil der deutschen Bevölkerung aus. Sie sind ebenso wenig bereit, sich für die deutsche Geschichte und die sich daraus ergebenden Erwartungen verantwortlich zu fühlen.

Die vorstehend geschilderten Phänomene kommen deutlich zum Vorschein anlässlich von Diskussionen rund um das Thema Reparationen. Im Sinne des Völkerrechts ist eine Zahlung solcher nicht möglich. Vom moralischen Standpunkt aus gesehen ist hingegen das Gefühl, eine derartige Wiedergutmachung sei nötig, begründet. Das Thema ist unterdessen nicht nur und ausschließlich unter dem Blickwinkel einer polnischen, zuweilen übermäßigen Fokussierung auf die Geschichte und einer negativen Einstellung eines Teils der polnischen Bevölkerung gegenüber den Deutschen als Nation¹ zu deuten. Einerseits wird die Frage der Reparationen benutzt, um Bedürfnisse der polnischen Innenpolitik zu befriedigen. Andererseits liegt ihr die erwähnte Angst der Polen vor einer Relativierung der deutschen Schuld und der oben genannten Nichtanerkennung polnischer Opfer zugrunde. In einer idealen Situation müssten Diskussionen rund um dieses Thema ein gemeinsames Gedenken bewirken und im besonderen Bewusstsein der Zielsetzung sowie mit Respekt vor den Befindlichkeiten des Partners geführt werden. Tatsächlich aber geschieht das genaue Gegenteil; das Thema ist Ursache nicht nur innerer Spaltungen in Polen und in Deutschland, sondern polarisiert auch beide Bevölkerungen. Die negativen Reaktionen der Deutschen auf die von einem Teil polnischer Kreise vertretenen Ansichten weisen ein recht breites Spektrum auf. Sie reichen von Unverständnis bis hin zu Forderungen nach Rückgabe von Stettin oder Breslau. Und in Polen lassen sich ebenfalls extrem gegensätzliche Stimmen vernehmen – von weitreichenden finanziellen Forderungen bis hin zu einer scharfen Kritik an denjenigen, die solche Forderungen stellen.

Nicht vorhandenes gegenseitiges Wissen, die Illusion der Verfügbarkeit und der Nutzung von Informationen über den Nachbarn

Sowohl die Ungleichheiten hinsichtlich des Potentials als auch die historischen Erfahrungen wirken sich auf das gegenseitige Wissen

¹ Im Jahr 2020 bekundeten 13 Prozent der im Rahmen des Deutsch-Polnischen Barometers befragten Polen eine Abneigung gegenüber den Deutschen.

über das Land und die Bevölkerung des Nachbarn aus. Wissensdefizite sind dabei auf beiden Seiten der Grenze festzustellen; die Polen aber wissen über Deutschland und die Deutschen mehr als umgekehrt. Das ist zum einen auf die geschichtliche Notwendigkeit, den „Feind“ kennenzulernen (um sich vor ihm zu schützen), zum anderen auf die polnische Begeisterung für den Westen zurückzuführen. Die Deutschen hingegen sind gerade erst dabei zu entdecken, dass das Land jenseits der Oder interessant sein kann und mehr zu bieten hat als weithin angenommen.

Wie die Ergebnisse des Deutsch-Polnischen Barometers zeigen, ist ein Aufenthalt im je anderen Land für das gegenseitige Kennenlernen und die Verbesserung des Bildes bzw. dessen Anpassung an die Wirklichkeit von entscheidender Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die Meinung der Deutschen über Polen und die Polen. Diejenigen Deutschen, die wenigstens einmal in Polen waren, haben ein besseres Bild vom Nachbarland und beurteilen die polnische Wirklichkeit positiver. Aufgrund des breiteren Netzwerkes an Kontakten der Polen in Deutschland ist diese Tendenz in vergleichbarem Ausmaß in umgekehrter Richtung nicht zu beobachten.

Laut dem Deutsch-Polnischen Barometer 2020 waren nach der Wende von 1989/1990 rund je ein Drittel der befragten Polen und Deutschen (36% bzw. 31%) mindestens einmal im Nachbarland. Gleichzeitig verneinen die Hälfte der Polen und knapp die Hälfte der Deutschen die Frage, ob sie Informationen über das andere Land über eine der folgenden Quellen beziehen: Presse- oder Buchlektüre, Filme, Serien oder Fernsehprogramme über das Nachbarland, Lesen darüber auf Internetportalen oder in sozialen Medien. Dabei geben die Polen am häufigsten an, ihr Wissen über Deutschland aus deutschen Filmen und Serien (31%), Fernsehprogrammen (30%) sowie der Presse (24%) zu beziehen. Bücher deutscher Autoren bzw. Bücher über Deutschland werden von 13 Prozent der befragten Polen gelesen.

Für die Analyse der derzeitigen Herausforderungen im Bereich Kommunikation besonders interessant sind die Veränderungen, die sich während der letzten Jahre eingestellt haben. Die Nutzung genannter Quellen ging in Polen im Vergleich zum Jahr 2000 –

bezüglich Filme, Bücher, Fernsehen und Presse – um mehr als die Hälfte zurück. Dies könnte zum einen darauf zurückzuführen sein, dass solche Formen der Informationsgewinnung insgesamt nur in begrenztem Maße genutzt werden, zum anderen aber auch darauf, dass über Deutschland im Fernsehen oder in der Presse seltener berichtet wird. Letzteres wiederum liegt – nach Ansicht der Herausgeber – an dem zum Teil (gegenüber den Zeiten vor dem EU-Beitritt Polens) vergleichsweise geringen Stellenwert der Beziehungen zu Deutschland sowie an der inzwischen lediglich überschaubaren Zahl polnischer Korrespondenten im westlichen Nachbarland. Die Polen scheinen zudem immer weniger neugierig zu sein auf Deutschland; sie suchen nicht mehr so oft nach Nachrichten über das Nachbarland wie noch vor Jahren – etwa zur Zeit der Transformation bzw. des Beitritts Polens zur Europäischen Union. Diese Meinung wird häufig von Lehrern, Dozenten sowie Experten geäußert, die diesen Trend insbesondere in den Reihen der jüngeren Generation beobachten. Ein geringeres Interesse kann sich auf das Wissensniveau auswirken und dieses wiederum auf die Meinungen darüber, wie das Nachbarland und dessen Politik funktionieren.

Die Hälfte aller befragten Deutschen bekundet, dass sie ihr Wissen über Polen aus Fernsehprogrammen (48%) schöpft (dieser Anteil ist seit Jahren konstant), und mehr als ein Drittel verweist an dieser Stelle auf die Presse (35%). Es handelt sich hier somit um höhere Anteile als auf polnischer Seite. Insbesondere das Zeitunglesen lässt sich mit einem generell betrachtet höheren Anteil an Pressennutzung in Deutschland als in Polen erklären, obwohl dieser auch auf der deutschen Seite in den vergangenen Jahren erheblich gesunken ist. Die Deutschen behaupten hingegen vergleichsweise seltener als umgekehrt die Polen, dass sie auf Filme bzw. Serien aus dem Nachbarland (8%) oder Bücher dortiger Autoren (6%) zurückgreifen. Ebenfalls seltener sind sie in dieser Richtung in den sozialen Medien aktiv. All dies bestätigt die These von dem insgesamt geringeren Interesse und dem geringeren Wissen der Deutschen über die polnische Wirklichkeit und die Kultur als umgekehrt. Besonders deutlich ist hierbei der Rückgang (um die Hälfte!) an Antworten, in denen bejaht wird, man

lese polnische Bücher oder schaue polnische Filme. Diese Tendenz ist sicherlich durch den allgemeinen Leserückgang bedingt. Und doch ist dies aktuell ein interessantes Ergebnis, denn in den letzten Jahren wurde der polnischen Kultur und polnischen Kunstschaffenden recht häufig öffentliche Aufmerksamkeit zuteil (etwa durch den Literaturnobelpreis für Olga Tokarczuk oder die Präsenz polnischer Filme auf der „Berlinale“). Der rückläufige Anteil der Nennungen solcher Informationsquellen zeigt, wie wenig Eliten, die sich für diese Themen interessieren, für die Gesamtheit der Bevölkerung repräsentativ sind. Ein Teil der Befragten ist sich zudem möglicherweise nicht darüber im Klaren, woher der jeweilige Film oder das konkrete Buch stammen, was seinerseits zugleich wiederum die wichtige Information enthält, dass die polnische Kultur bisher nicht tiefer in das deutsche Bewusstsein vorgedrungen ist.

Die vorstehenden Aspekte räumen somit mit einigen Mythen über die gegenseitige Kenntnis auf. Zugleich sind sie aber auch ein wichtiger Hinweis darauf, worauf die Probleme im deutsch-polnischen Dialog beruhen. Die insbesondere auf der polnischen Seite bestehende Überzeugung, dass doch fast jeder Pole bereits einmal in Deutschland gewesen sei (und damit Deutschland kenne), ist falsch. Kreise, Regionen, Milieus, für die Reisen nach Deutschland zum Alltag gehören oder wenigstens etwas Gewöhnliches bzw. „Normales“ darstellen, bilden nicht die Mehrheit der polnischen Bevölkerung. Ähnlich verhält es sich diesbezüglich auf deutscher Seite: Gewiss, viele Deutsche fahren zum Einkaufen nach Polen und nehmen die zahlreichen touristischen Angebote in Anspruch, was nahelegen könnte, dass diese Kontakte allgemein verbreitet sind. Dennoch waren aktuell immer noch nur wenige Berliner je in Polen, obwohl sie lediglich 100 km von dort entfernt leben. Ähnlich verhält es sich in Hinblick auf den relativ geringen Anteil an Polen, die ihr Wissen über Deutschland aus verschiedenen Quellen beziehen, darunter aus herkömmlichen und sozialen Medien, was eine wichtige Information insbesondere für die an den deutsch-polnischen Beziehungen Interessierten sein müsste, d. h. für diejenigen, die auch die gegenseitige Kommunikation beurteilen. Denn sie leben in einer typischen

„Informationsblase“ und sind davon überzeugt, ein bestimmtes Wissen über Deutschland und über die Ereignisse jenseits von Oder und Neiße in Polen sei allgemein verbreitet. Dies ist jedoch tatsächlich nicht der Fall. Der Kurznachrichtendienst Twitter spiegelt nicht das wider, was man im Allgemeinen über Deutschland sagt und denkt, und der Artikel einer deutschen Zeitung von gehobenem Niveau ist kein Beleg dafür, dass das jeweilige Polenbild von der gesamten deutschen Bevölkerung geteilt wird. Dies soll aber keineswegs bedeuten, dass diese Kommunikationskanäle nicht genutzt und gestaltet werden sollen, sind doch in ihnen diejenigen Eliten unterwegs, die in vielen Diskussionen den Ton setzen sollten – und dies häufig auch tun.

In beiden Fällen ist eine breitere Kenntnis des Nachbarlandes und seiner Sprache unter Diplomaten, Journalisten, Beamten oder Lehrern, sprich unter den breit verstandenen Multiplikatoren, natürlich der Vermittlung eines komplexeren Bildes sowie dem gegenseitigen Verständnis förderlich. Denn es herrscht ein Bewusstsein für die Unterschiede auch im Stil vor, in dem miteinander kommuniziert wird. In Stipendien, Studienreisen und Sprachkurse zu investieren, zeitigt somit konkrete mittel- und langfristige Erfolge im Bereich der Wissensverbreitung und der partnerschaftlichen Kommunikation. Hierbei ist die deutsche öffentliche Diplomatie mit den Aktivitäten der Botschaften, Konsulate, politischen Stiftungen und Goethe-Institute weltweit unschlagbar, was sich auf das Ungleichgewicht der Möglichkeiten, Informationen einzuholen, auswirkt. Die Polen sind ihrerseits zugleich nicht in der Lage, anderen [ihr Land] Polen zu erklären. Sie geben sich ebenso davon überzeugt, dass sich andere, vor allem die Deutschen, aufgrund der polnischen Opfer und der polnischen Aufopferungen zwangsläufig für Polen interessieren müssten. Die Deutschen aber interessieren sich generell betrachtet wenig für andere. Die erwähnte Asymmetrie hinsichtlich des Interesses wird somit durch das bescheidenere Angebot für die Deutschen von polnischer Seite, aber zugleich auch durch das nachlassende Interesse der Polen am deutschen Angebot kleiner. Der Raum für das gegenseitige Kommunizieren und Kennenlernen wird aber gleichzeitig nicht vergrößert oder gar vertieft.

Schwache Kenntnisse der Sprache des Nachbarn

Die Kenntnis der Sprache des Nachbarn bzw. Partners spielt eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, einander kennenzulernen und sukzessive einen erfolgreichen Dialog zu gestalten und sich gegenseitig zu verstehen. Auf's Englische auszuweichen ist zwar häufig eine gute Lösung, weil es beiden Seiten gleiche Chancen einräumt, Gedanken mittels einer fremden und nicht in der eigenen Sprache, somit faktisch auf Augenhöhe, zu formulieren. Für die Kommunikation bringt dies aber auch wesentliche Einschränkungen mit sich. Denn die Kenntnis der Sprache hängt mit einem gewissen Wissen über die Kultur, die Tradition sowie die Denkweise des Volkes, das sich dieser bedient, zusammen. Das Bewusstsein für diesen kulturellen Kontext hilft dabei, nicht allein nur die Botschaft sprachlich zu verstehen, sondern diese zudem richtig zu deuten und die eigene Nachricht der Denkart des Gesprächspartners anzupassen.

In den deutsch-polnischen Beziehungen sind im Bereich der Sprachkenntnisse erhebliche Defizite zu verzeichnen. Polen ist zwar das Land, in dem die Gruppe derjenigen, die Deutsch lernen, weltweit am größten ist; öffentlichen Angaben zufolge lernen rund 2,3 Millionen der Polen Deutsch an Schulen, an Universitäten und in Sprachkursen. Doch diese Zahlen sinken. Ursachen diesbezüglich sind der demografische Wandel (eine geringere Anzahl an Schülern), aber auch das sinkende Interesse an den Deutschen und ihrer Sprache. Auch die Zahl derer, die diese Sprache gut und sehr gut beherrschen, sowie der Studenten, die Magisterarbeiten zu Deutschland verfassen und deutschsprachige Literatur verwenden, ist rückläufig. Dies führt dazu, dass das Verständnis der Lage und der Diskussionen im Nachbarland nicht sehr ausgeprägt ist und sich der Dialog schwieriger gestaltet.

Der Stellenwert des Polnischen in Deutschland wiederum ist mit dem des Deutschen in Polen nicht vergleichbar. Die Kenntnis der polnischen Sprache ist in Deutschland eher eine Seltenheit, obgleich das Interesse, sie zu erlernen, langsam steigt. Eine Herausforderung für die Interessierten stellt dabei der geringe Zugang zu Sprachkur-

sen dar. So entsteht eine Abwärtsspirale: Nur wenige erlernen die Sprache, weshalb das Angebot klein ist, und da das Angebot gering ist, wächst der Kreis der Lernenden nicht. Dies hängt auch mit dem bereits erwähnten wenig vorhandenen Wissen und dem geringen Interesse an Polen als Land zusammen. Seit Jahren ist daher folgender Trend deutlich zu erkennen: Während das Interesse für Frankreich und die Kenntnis dieses Nachbarlandes und der französischen Sprache nobilitieren und das Wissen über die französische Kultur zum guten Ton gehört, gilt es nicht als zusätzlicher Vorteil, sich mit Polen zu beschäftigen und sich des Polnischen zu bedienen.

Das Nichtverstehen der Andersartigkeit: polnische Komplexe, deutsche Besserwisserei

Unzureichendes Wissen und andere oben genannte Faktoren bewirken, dass die natürliche „Andersartigkeit“ der beiden Bevölkerungen gegenseitig nicht verstanden wird. Beide Seiten betrachten sich durch ihre je eigenen Brillen: Was im eigenen Land funktioniert, müsste demnach in dem anderen ähnlich funktionieren. Insbesondere in Zeiten einer Vereinfachung der Kommunikation wird mit Blick auf die sozialen Medien und ihre Dynamik keine Anstrengung unternommen, zu verstehen, dass es auch anders sein kann. Deutschland, das in den meisten Beziehungen (nicht nur gegenüber Polen) für gewöhnlich der Stärkere ist, ist besonders häufig der Ansicht, dass allein sein Modell das richtige sei. Nur ungern lässt man hier den Gedanken aufkommen, dass andere recht haben könnten oder ein anderes Modell ebenso effizient funktionieren könne, und dass man dies akzeptieren müsse und nicht versuchen solle, es an das eigene anzupassen.

Eine derartige Einstellung in den deutsch-polnischen Beziehungen resultiert auch – abermals – aus der deutsch-polnischen Geschichte und dem Unterschied in den Potentialen. Die Deutschen, die jahrhundertlang auf die Polen entweder aus der Position des Besatzers oder einer Nation, die in Polen die Implementierung ihrer eigenen

Lösungen unterstützt, blickten, schauen auf die östlichen Nachbarn immer noch ein wenig herab. Eine derart besserwisserische Haltung zeichnet die Deutschen im Übrigen nicht nur gegenüber den Polen aus. Doch die zuletzt Genannten sind eben diejenigen, die an dieser Stelle aus historischen Gründen besonders empfindlich sind und häufig nicht daran glauben, die Deutschen behandelten sie partnerschaftlich.

Polen in Deutschland – ein (zu) geringer Einfluss

Die vielen in Deutschland lebenden Polen und die vielen Menschen polnischer Herkunft, die nach den Türken die zweitgrößte Ausländergruppe in Deutschland stellen, müssten theoretisch dazu beitragen können, das deutsche Unwissen bzw. die deutsche Ignoranz in Bezug auf Polen zu überwinden. Es wird angenommen, dass sich diese Gruppe in der Größenordnung auf etwa zwei Millionen Menschen beläuft, was ein riesiges Potential darstellt, für das „Polentum“ zu werben und dessen Nuancen zu erklären. Der Einfluss der Auslandspolen ist indessen geringer als die daran geknüpften Hoffnungen. Dies hat mehrere Ursachen. Jahrelang versuchten aus Polen kommenden Migranten der polnischen Wirklichkeit zu entfliehen. Sie waren bestrebt, sich nach außen als Deutsche zu geben und schnell zu integrieren. Mit ihrer alten Heimat wollten sie nicht mehr viel zu tun haben. Darüber hinaus gelten die Polen generell betrachtet als eine gut integrierte und der deutschen Sprache mächtige Migrantengruppe und sind in der breiten deutschen Mehrheitsgesellschaft wenig sichtbar. Über längere Zeit übten sie eher schlechter bezahlte und damit weniger stark wahrgenommene Berufe aus, was erneut eine Asymmetrie zwischen den deutschen Eliten und den Polen schuf, die nicht selten über eine ebenso gute Ausbildung verfügten, aber notgedrungen einfache körperliche Tätigkeiten übernahmen. Heute, da zunehmend mehr Polen in Deutschland herausgehobene Experten- und Führungspositionen bekleiden, ändert sich diese Wahrnehmung allmählich, auch wenn diese Entwicklung hauptsächlich vorerst in

Großstädten zu verzeichnen ist. Es kommt aber immer noch vor, dass eine Polin, die in Berlin wohnt, d. h. in einer Stadt, in der die Gruppe gebildeter Polen sehr zahlreich ist, eher darum gebeten wird, eine Reinigungskraft denn einen bekannten polnischen Künstler zu empfehlen. Denn erst seit kurzer Zeit beginnt man, über die polnische Herkunft deutscher Politiker, Kunstschaffender oder Geschäftsleute zu sprechen, aber auch dies wiederum eher im polnischen als im deutschen öffentlichen Raum. Und schließlich ist der Einfluss der Auslandspolen zudem deshalb geringer, weil diese insgesamt nicht selten aus miteinander um Mittel und Aufmerksamkeit rivalisierenden Einzelgruppen bestehen, was die polnische Stimme gegenüber anderen „Communities“ tatsächlich eher schwächt.

Unterschiedlichkeit thematischer Prioritäten

Eine weitere Herausforderung mit Blick auf die Kommunikation stellen die Themen dar, die im Mittelpunkt politischer Debatten stehen. Treiben Polen Sicherheitsfragen, die NATO und Russland um, sind für Deutschland Fragen rund um die Migration, das Klima, die Lage in Syrien oder Afrika wichtig. Abermals ist auch dies deutlich in Meinungsumfragen zu erkennen. Darum gebeten, drei Schwerpunkte aus einer vorgegebenen Liste an Bereichen auszuwählen, in denen Polen und Deutschland zusammenarbeiten sollten, geben in beiden Ländern die zahlenmäßig stärksten Gruppen unter den Befragten an, dass sich eine Kooperation vorrangig auf den Kampf gegen den Terrorismus erstrecken sollte (38% der Polen bzw. 40% den Deutschen). Doch an zweiter und dritter Stelle entscheiden sich die Polen für eine enge Zusammenarbeit zur Stärkung der europäischen Flanke der NATO (30%) sowie die Stärkung der europäischen Verteidigungs- und Außenpolitik (28%) und die Energieunabhängigkeit Europas (28%). Die Deutschen hingegen sehen die Notwendigkeit, im Bereich der europäischen Verteidigungs- und Außenpolitik zusammenzuwirken (35%), gefolgt von einer ehrgeizigen europäischen Politik zur Abwendung der Klimakrise (34%) und einer wirksamen

Migrations- und Asylpolitik (32%). Auf der Liste der Polen hingegen taucht das zuletzt genannte Thema stattdessen erst am Ende auf – mit einem Anteil von gerade einmal 14 Prozent.

Zugleich wird internationalen Themen in der öffentlichen Debatte in Deutschland wesentlich mehr Platz eingeräumt als in Polen. Während die Polen, wie bereits erwähnt, eher der Bereich der Geschichte beschäftigt, stehen für die Deutschen Themen wie auch Maßnahmen in der Europäischen Union im Fokus der Aufmerksamkeit. Die EU stellt für Deutschland ein politisches Projekt dar, das Europa den Frieden garantiert, sowie ein wirtschaftliches Projekt, das der starken deutschen Volkswirtschaft einen internationalen Schutzschirm sichert. Für Polen stellt die EU vor allem ein Instrument dar, mit dem es möglich ist, sämtliche zivilisatorischen und infrastrukturellen Rückstände, die nach dem Zweiten Weltkrieg und in den Jahren des Kommunismus entstanden sind, aufzuholen; außerdem ist sie – jedoch ausschließlich in Verbindung mit der NATO – ein Garant der eigenen Sicherheit.

Die unterschiedliche Priorisierung von Themen wirkt sich nicht nur auf den Inhalt von Reden oder die mediale Berichterstattung und deren Wirkung auf Seiten des Partners aus, sondern auch auf die Zusammenarbeit im Bereich der Organisation von Veranstaltungen und Treffen. Insofern jede der beiden Seiten dabei ihre eigene Agenda durchzusetzen bestrebt ist, doch aus Höflichkeit auch auf thematische Schwerpunkte des Partners Rücksicht nimmt, münden Begegnungen oftmals in oberflächlichen, langatmigen Besprechungen diverser Themenbereiche, ohne dass man sich mit bedeutenden Inhalten, an denen der deutsch-polnische Dialog vielfach scheitert, wirklich auseinandergesetzt hätte.

Zudem halten in Bezug auf diverse Themen auch viele Stereotype und falsche Überzeugungen Einzug. So steht für die Deutschen beispielsweise oftmals im Vordergrund, es seien ihre Unternehmen, die in Polen investierten; was auch stimmt. Doch zugleich ist vielen von ihnen der Umstand nicht bekannt, dass immer mehr polnische Firmen das deutsche Kapital übernehmen und Arbeitsplätze in Deutschland schaffen.

Deutsche Organisiertheit, polnische Emotionalität

Zu den genannten Themen tritt noch der unterschiedliche Kommunikationsstil hinzu. Die stärker emotionale polnische Art und Weise der Kommunikation stößt dabei auf eine sachliche, direkte deutsche Argumentation, und das charakteristische deutsche Hinterfragen und die kritische Herangehensweise an die vorgefundene Wirklichkeit treffen auf eine polnische Sensibilität hinsichtlich der eigenen Einschätzung. Ferner sind die deutsche rhetorische Gewandtheit und die Fähigkeit, zu argumentieren, zu diskutieren und zu polemisieren, zu erwähnen, die von frühen Schuljahren an erworben werden und an deren Entwicklung es im polnischen – auf Hierarchie und enzyklopädischem Wissen basierenden – Bildungssystem mangelt. Die Polen empfinden daher Aussagen der Deutschen oftmals als sehr negativ, als schroff, als geradezu unverfroren, während Deutsche sich durch die polnische Emotionalität und einen Mangel an Konkretem irritiert zeigen.

Ein weiteres Beispiel für Herausforderungen im Bereich der deutsch-polnischen Kommunikation sind unterschiedliche Einstellungen zu Zeit und Flexibilität. Diese sind zwar gelegentlich Gegenstand gegenseitiger Witze, führen aber oftmals ebenso sehr zu Irritationen. Denn wenn beispielsweise die Deutschen gegenüber den Polen die Teilnahme an einem Treffen absagen, zu dem sie eine Einladung erst kurz vor dem eigentlichen Termin erhalten haben, fühlen sich die Polen zuweilen abgewiesen und in ihrer Überzeugung von deutschem Hochmut bestätigt. Erhalten die Deutschen aber keine Antwort von den Polen bezüglich langfristig geplanter Veranstaltungen, sind sie ihrerseits davon überzeugt, dass die Polen die Zusammenarbeit nicht ernst nehmen. Obwohl beide Seiten darüber lachen und zugleich ein wenig den Partner um dessen Einstellung beneiden, werden beide Seiten dadurch letztlich in ihren Stereotypen bestärkt. Und in extremen Fällen, etwa bei Absagen wichtiger politischer Treffen im letzten Augenblick durch die polnische Seite, werden so das Vertrauen und der Wille, weiter miteinander zu kommunizieren, über die Maßen stark beansprucht.

Nicht allein rein deutsch-polnische, sondern generelle Herausforderungen an die Kommunikation im 21. Jahrhundert

Die Besonderheit der deutsch-polnischen Beziehungen wie der Kommunikation im Allgemeinen wird ferner von weiteren Herausforderungen überlagert, die weit über die bilateralen Bereiche hinausgehen. Soziale Medien machen heutzutage eine ungemein schnelle Kommunikation erforderlich, die auf einfachen Botschaften voller Visualisierungen basiert. Es fehlt an Zeit und Platz, auf Einzelheiten einzugehen, auf Nuancen hinzuweisen und differenzierte Meinungen zu präsentieren, was sich aber vielfach rächt, wenn aufseiten des Empfängers Inhalte falsch verstanden werden. Dies wiederum aktiviert Stereotype und gängige Denkschemata, so dass Botschaften verzerrt werden.

Was ist zu tun?

Die Vielfalt, das Ausmaß und die Verwurzelung von Problemen in der deutsch-polnischen Kommunikation führen dazu, dass sich dies weder mit schnellen noch einfachen und einheitlichen Mitteln auflösen lässt. Es sind Maßnahmen notwendig, die von vielen Akteuren auf zahlreichen Ebenen ergriffen werden sollten, die an verschiedene Zielgruppen gerichtet, breit angelegt und auf differenzierte Zeitperspektiven hin zugeschnitten sein müssen. Im Folgenden seien einige Beispiele solch erwünschter Maßnahmen genannt.

Von zentraler Bedeutung bleibt die Förderung von Begegnungen jedweder Art. Denn der unmittelbare Kontakt hat, wie Untersuchungen zeigen, einen entscheidenden Einfluss auf das gegenseitige Verstehen und Vertrauen. Zudem löst ein solcher auch einen multiplikativen Effekt aus. Untersucht man den Einfluss einer Reise ins Nachbarland auf die gegenseitige Wahrnehmung, so sind Besuche von Deutschen in Polen viel effizienter. Deshalb erscheint es insbesondere sinnvoll, deutsche Partner, Touristen, Bekannte und Vertragspartner nach Polen einzuladen. Die Aufgabe sowohl öffentlicher

Organe beider Staaten als auch möglicher Organisationen jedweder Art, die deutsch-polnische Initiativen finanzieren, sollte darin bestehen, derartige Vorhaben zu unterstützen. Die im Rahmen solcher Begegnungen angebotenen Formate sollten zugleich möglichst auf einen Dialog hin ausgerichtet sein, bei dem es sowohl um Fachthemen wie auch um solche Fragen geht, anhand derer aktuelle Phänomene erklärt werden können. Anstelle von Vorträgen hat es sich beispielsweise als zielführender erwiesen, Runde Tische oder Workshops zu veranstalten, und nach einer Filmvorführung etwa lohnt es sich, Zeit einzuplanen für eine weiterführende Diskussion mit allen Beteiligten.

Erfahrungen aus der Zusammenarbeit polnischer und deutscher Städte zeigen, dass ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch über Lösungen, die beide Seiten interessieren (z. B. architektonische oder infrastrukturelle Ansätze, Regeln für die Arbeit von Betreuungseinrichtungen), es möglich macht, partnerschaftliche Beziehungen und eine ebensolche Kommunikation aufzubauen. Der Einfluss der sprichwörtlich „großen“ Politik, von Maßnahmen zentraler Behörden, auf das Gelingen von Kooperation ist dabei sehr begrenzt. Vielmehr werden eben lokale Maßnahmen die Wirkung verstärken und zur Verbesserung der Kommunikation beitragen.

Details wie diese können dazu beitragen, dass Polen und Deutsche immer mehr miteinander und nicht nur nebeneinander leben. Und zugleich darf eines nicht vergessen werden: Bei aller Sorge um Defizite gilt es vor allem anzuerkennen, wie viel bereits im deutsch-polnischen Dialog erreicht werden konnte.

Der vorstehende Text stützt sich auf Ergebnisse aus Untersuchungen der Reihe „Deutsch-Polnisches Barometer“ sowie auf vorläufige Schlussfolgerungen aus dem Projekt „Akteure, Felder, Wege – deutsch-polnische Kommunikation: miteinander und übereinander“ („Aktorzy, obszary, sposoby – komunikacja polsko-niemiecka: ze sobą i o sobie“), das vom Institut für

Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych, ISP) in Warschau und dem Deutschen Polen-Institut in Darmstadt gemeinsam durchgeführt wird. Im Rahmen dieses Vorhabens fanden in beiden Ländern mehrere Dutzend vertiefte Interviews und Gespräche statt mit Vertretern aus Politik, Diplomatie, Medien, Organisationen und Einrichtungen, die sich für die deutsch-polnischen Beziehungen einsetzen und die deutsch-polnische Kommunikation gestalten bzw. beobachten. Eine vollständige Ausarbeitung der Schlussfolgerungen ist auf den folgenden Internetseiten abrufbar: „www.isp.org.pl“ und „www.deutsches-polen-institut.de“, dort insbesondere in den nachstehend aufgeführten Beiträgen:

J. Kucharczyk, A. Łada, Nachbarschaft mit Geschichte: Blicke über Grenzen. Deutsch-Polnisches Barometer 2020, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, Deutsches Polen-Institut, Warschau – Darmstadt 2020.

W. Czachur, P. O. Loew, A. Łada: Das dynamische (Un-)Gleichgewicht. Wie die Deutschen und Polen miteinander und übereinander kommunizieren, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Deutsches Polen-Institut, Warschau – Darmstadt 2020.

ANNA KUDAREWSKA, ROBERT ŻUREK

KREISAU ALS ORT DES DIALOGS. ERBE UND HERAUSFORDERUNG

Das Erbe

Die in Kreisau zu besichtigende Ausstellung „Mut und Versöhnung“, die von den deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert erzählt, hinterlässt bei vielen Besuchern einen tiefen Eindruck. Sie führt durch ein Labyrinth, dessen Wände aus riesigen rostfarbenen Stahlplatten bestehen. Gezeigt werden an diesen einzelne, meist dramatische Ereignisse der deutsch-polnischen Geschichte. Das Labyrinth steht dabei für die Mäander einer Feindschaft, aus denen der Besucher einen Ausweg finden muss – ähnlich wie die Polen und die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Am meisten beeindruckt uns an diesem Ort immer wieder die Stelle, an der das Labyrinth endet und in eine Verständigungs- und Versöhnungszone übergeht. Aus der Beklemmung der durch die Stahlwände eng gewundenen Pfade geht es hinaus – hin in einen weiten, offenen Bereich. Dieser Kontrast führt den fundamentalen Wert des Dialogs sehr anschaulich vor Augen. Es ist gerade der Dialog, das Gespräch miteinander, das uns in die Lage versetzt, Konflikte, Feindschaften und Spaltungen zu überwinden und aus der Beengtheit der eigenen Vorurteile und Beschränkungen auszubrechen. Erst dadurch

sind wir in die Lage versetzt, uns daranmachen zu können, gemeinsam eine gute, vielversprechende Zukunft zu gestalten.

Die Geschichte der deutsch-polnischen Verständigung gibt Hoffnung und ermutigt zum Dialog, ist doch eine größere Feindschaft als die, die Polen und Deutsche nach dem Alptraum des Zweiten Weltkriegs voneinander trennte, kaum vorstellbar. Deutsche brachten Polen an den Rand der biologischen und kulturellen Vernichtung. Aber noch lange nach Ende des Zweiten Weltkriegs waren sie nicht bereit, ihre Schuld anzuerkennen; vielmehr glaubten sie geradezu, sie seien Opfer des polnischen Chauvinismus, der sie eines erheblichen Teils ihres Landes beraubt habe. Die Leiden, die sie durch Polen erfahren hatten, verstellten ihnen die Sicht auf die eigene Schuld und Verantwortung, obwohl sich das Ausmaß beider Phänomene nicht einmal vergleichen lässt.

Wie lässt sich da der Gegensatz überwinden, wenn das Unrechtsgefühl und der Schmerz über den eignen Verlust ein Ausmaß erreichen, das wir uns heute überhaupt nur schwer vorstellen können? Wenn sich beide Seiten gleichzeitig als Opfer begreifen? Wenn die gegenseitige Feindschaft über viele Jahrzehnte hinweg über ganze Generationen gewachsen und zu einem wesentlichen Teil der polnischen und deutschen Identität geworden ist? Wenn es an elementarem Vertrauen und an Kompromissbereitschaft fehlt? Und wenn – auch dies dürfen wir nicht außer Acht lassen – die Voraussetzungen für die Suche nach Verständigung extrem ungünstig waren, weil Europa durch den Eisernen Vorhang getrennt war, in Polen und in der DDR die Kommunisten an der Macht waren und dabei von unten unternommene Versuche, Kontakte zu knüpfen, unterbunden wurden und die politische Klasse in Westdeutschland antipolnische Einstellungen ihrer Wähler begrüßte?

Die Lage schien hoffnungslos zu sein. Und dennoch gelang es Polen und Deutschen, einen Ausweg zu finden, aus dem Teufelskreis der Feindschaft auszubrechen, freundschaftliche Beziehungen aufzunehmen und eine strategische Partnerschaft aufzubauen. Den Schlüssel zu dieser geradezu kopernikanischen Wende in den gegenseitigen Beziehungen bildeten dabei Begegnung und Dialog.

Ein – und dies sei hier ausdrücklich erwähnt – ungemein mühsamer Dialog, der beiden Seiten enorm viel Geduld abverlangte und sich über Jahrzehnte hinzog. Doch schließlich aber wurde er von einem historischen Erfolg gekrönt, um den uns viele andere Völker beneiden, die selbst mit einer konfliktbelasteten Vergangenheit ringen.

Hinzuweisen lohnt es sich in diesem Kontext darauf, dass die letzte Szene in der Kreisauer Ausstellung nicht vom Geist des Triumphalismus durchtränkt ist. Anstelle von Fanfaren und Selbstzufriedenheit findet sich hier stattdessen ein Aufruf zum Dialog. Denn gute Beziehungen bedürfen der kontinuierlichen Pflege. Darüber hinaus – oder vielmehr vor allen Dingen – braucht es eine Verantwortungsgemeinschaft, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden zu können. Und eine solche Verantwortungsgemeinschaft, in deren Kreis im Geiste der Solidarität möglichst günstige Lösungen für uns alle ausgearbeitet werden, wird gerade geschmiedet im geduldigen Dialog.

Für diesen – auf die Gestaltung einer guten Zukunft hin ausgerichteten – Dialog steht symbolisch im letzten Teil der Ausstellung der runde Tisch. Und gewiss weist er ein charakteristisches, ungewöhnliches Detail auf. Denn das Rund der Tischplatte ist durchgeschnitten – und so ergeben sich vier Lücken, als ob jemand darauf ein unsichtbares Kreuz gelegt hätte. Angespielt wird damit auf einen anderen Aspekt des dialogischen Erbes: das Wirken des Kreisauer Kreises.

Diese überaus originäre deutsche Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus während des Zweiten Weltkriegs, die vom damaligen Besitzer des hiesigen Guts, Helmut James von Moltke, mitbegründet wurde, konzentrierte sich in ihrer Tätigkeit darauf, eine neue Ordnung für das künftige, von der nationalsozialistischen Herrschaft befreite Nachkriegsdeutschland zu entwerfen. Die Früchte dieses Prozesses bestanden in umfangreichen Dokumenten, in denen die Ursachen für das Scheitern der deutschen Demokratie diagnostiziert und ein Programm der in Zukunft durchzuführenden Reformen des politischen und wirtschaftlichen Systems sowie des Bildungswesens dargelegt sind. Zugleich formulierten die Mitglieder des Kreisauer Kreises darin auch die Vision eines demokratischen Deutschlands in einem geeinten Europa aus.

Die Begründer des Kreises kamen zu dem Schluss, dass es angesichts einer solch starken Emanation des Bösen – des Nationalsozialismus – unabdingbar ist, die Kräfte zu bündeln und eine Art Koalition der Menschen guten Willens zu schmieden. Sie waren davon überzeugt, dass sich eine bessere Zukunft nur gemeinsam aufbauen lässt, indem man alte Ressentiments und Konflikte überwindet. Zur Zusammenarbeit luden sie deshalb Vertreter verschiedener, miteinander verfeindeter Gruppen ein – Konservative, Arbeiteraktivisten, Christdemokraten, Sozialisten, Protestanten und Katholiken. In Zeiten, in denen all diese Milieus zueinander in Konflikt standen, stellte der Versuch, ein solches Dialogforum zu schaffen, einen bemerkenswerten Schritt dar. Und zu einem informellen Erkennungszeichen der Gruppe wurde das Kreuz (das Zeichen des Christentums), das in einen Kreis (das Symbol der Sozialdemokratie) eingefügt war. Die Zeichen dieser – damals sich feindlich gegenüberstehenden – weltanschaulichen Milieus miteinander zu verschmelzen, glich dem Versuch, Feuer und Wasser miteinander zu verbinden. Aber gerade dies brachte zum Ausdruck, worauf der Kreis ausgerichtet war: den Dialog und die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg.

Der Kreis wurde aufgedeckt, ein Teil seiner Mitglieder, darunter Helmut James von Moltke, wurde hingerichtet. Als Gruppe erreichten sie – scheinbar – nichts. Sie hinterließen uns freilich eine wertvolle Inspiration – zu Umsicht und Mut, zur zivilgesellschaftlichen Verantwortung und zum Zusammenwirken für eine gemeinsame Sache, allen Unterschieden zum Trotz.

Den Weg des Dialogs und der Zusammenarbeit ungeachtet aller Spaltungen – ähnlich dem, den die Kreisauer gewählt hatten – beschritten später diejenigen Gruppen antikommunistischer Opposition in den Ostblockländern, die wesentlich zur friedlichen Transformation Ende der 1980er Jahre, Anfang der 1990er Jahre beitrugen. Die Offenheit gegenüber sehr unterschiedlichen Milieus und der Geist der Zusammenarbeit über Grenzen hinweg zeichnete u. a. die tschechoslowakische Charta 77 oder die Initiative für Frieden und Menschenrechte in der DDR sowie in Polen das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter

(KOR) oder die Polnische Unabhängigkeitsallianz (PPN), insbesondere die „Solidarność“, aus.

Heute denkt man selten daran, welche wichtige Rolle für die Entwicklung der antikommunistischen Opposition in Ostmitteleuropa Begegnung und grenzüberschreitender Dialog spielten. Kaum jemand weiß, dass der berühmte Essay von Václav Havel, „Die Macht der Machtlosen“, für einen polnischen Untergrundverlag entstand, oder dass „Gedanken zum Handlungsprogramm“ von Jacek Kuroń seinerzeit eine Art Pflichtlektüre in den Reihen der DDR-Opposition war. Wir erinnern uns nicht an die Begegnungen und Gespräche polnischer und tschechoslowakischer Oppositioneller auf Berggrenzpfeifen oder an die häufigen Besuche ungarischer Dissidenten in Polen. Wir denken nicht daran. Und daher wissen wir deren Einfluss auf die Formierung der Opposition und die Überwindung des Systems nicht zu schätzen.

Und hier kommen wir zu einem dritten Aspekt des dialogischen Erbes von Kreisau: den grenzüberschreitenden Kontakten von Oppositionellen aus Polen und der DDR, die von Deutschen aus der Bundesrepublik unterstützt wurden. Ihr gemeinsamer Widerstand gegen die kommunistische Diktatur fand, wie es im Leitbild unserer Stiftung heißt, seinen Ausdruck „auch in einem unabhängigen deutsch-polnischen Dialog“. Es war eben dieser Dialog, der die Entstehung des neuen Kreisaus möglich machte und damit ein Projekt in Gang setzte, das inzwischen seit dreißig Jahren eine praktische Schule des Dialogs und der Zusammenarbeit über Grenzen hinweg darstellt. Denn die Stiftung wird nicht nur von Polen und Deutschen, sondern auch von Menschen verschiedener Weltanschauungen und unterschiedlicher politischer Orientierungen mitgeprägt.

Die Herausforderung

Um dieses Erbe zu bewahren und weiterzugeben, und um es insbesondere erfolgreich zum Aufbau einer Kultur des Dialogs und der Verständigung zu nutzen, sehen wir uns innerhalb der Stiftung in

der Pflicht, immer nach neuen Definitionen, Wegen und Strategien zu suchen, auf dass der Dialog tiefgründig und authentisch bleibt und sich praktisch auf den Wandel der Welt, in der wir leben, auswirkt.

Als diejenigen, die Jahr für Jahr mit tausenden jungen Menschen aus Polen und Deutschland arbeiten, die im Rahmen des internationalen Jugendaustauschs nach Kreisau kommen, stehen wir vor der ständigen Herausforderung, eine bestimmte idealistische Vorstellung in Bildungspraxis umzuwandeln. Wir müssen die Welt, neue Konflikte, gesellschaftliche und politische Herausforderungen stets im Auge behalten und dementsprechend unsere Methoden anpassen und neue Rollen übernehmen. Vor allem aber müssen wir zugleich dafür Sorge tragen, dass Dialog kein abstrakter Begriff, keine Schilderung historischer Entwicklungen bleibt, die sich auf der Ebene von Staaten oder ganzer Gemeinschaften abspielen, sondern dass dieser zu einem Element der Haltung gegenüber anderen Mitmenschen wird und in dieser Weise täglich konkret zwischen Personen, die in Kreisau zusammenkommen, praktiziert wird.

Unsere Rolle verstehen wir dabei mehrdimensional. Die erste Dimension ist die Vermittlung von Dialogkenntnissen im historischen Kontext unter Ausnutzung des reichhaltigen Erbes von Kreisau. Dies äußert sich in der Präsentation und Miteinbeziehung historischer Beispiele, um auf diese Weise heute zu dialogfördernden Aktivitäten anzuregen und ein derartiges Engagement zu befördern. Beim Dialog in Kreisau handelt es sich um eine durch die Geschichte dieses Ortes vermittelte Begegnung von Menschen. So laden wir dazu ein, diese gemeinsam zu entdecken und daraus Inspiration zu ziehen.

Die zweite Dimension umfasst die Suche nach Beispielen aus aller Welt, auch außerhalb europäischer Bezüge, und das fortgesetzte Bestreben, diese aufzuzeigen. Wir lassen uns dabei von der in Südafrika entstandenen Konzeption der „Deep Democracy“ inspirieren (die davon ausgeht, dass im Zuge eines Dialogs alle Stimmen repräsentiert und gehört werden müssen, insbesondere die Stimmen marginalisierter, benachteiligter und ausgegrenzter Gruppen und Personen). Wir schöpfen aus der in Israel erarbeiteten „Betzavta“-

Methode (die darauf ausgerichtet ist, mit Dilemmata und Konflikten als unausweichlichen Bestandteilen des Prozesses der Suche nach demokratischen Lösungen in der jeweiligen Gemeinschaft zu arbeiten). Wir nutzen die in Großbritannien konzipierte Methode philosophischer Überlegungen für Kinder („P4C“) sowie die Lehre des brasilianischen Pädagogen Paulo Freire von der dialogischen Bildung. Wir führen an Schulen und Kindergärten das Programm „Schulen des Dialogs“ ein, das aus dem niederländischen Programm „Vreedzame School“ übernommen und adaptiert wurde. Wir erforschen Möglichkeiten, in sehr schwierigen Situationen zerstrittener Gemeinschaften zurechtzukommen. Und wir versuchen, diese an unsere Bedürfnisse und Kapazitäten anzupassen und sie mit anderen Edukatorinnen und Edukatoren zu teilen.

Die dritte Dimension unserer Tätigkeit besteht darin, jungen Menschen Kompetenzen zu vermitteln, die sie brauchen, um einen Dialog führen zu können. Der Aufbau künftiger Gemeinschaften hängt hauptsächlich von deren Fähigkeit ab, konstruktiv Ideen und Meinungen auszutauschen, aufmerksam und mit Neugier zuzuhören, zugleich den Status quo zu hinterfragen und sich eines kritischen Denkens zu bedienen (immer öfter auch gekoppelt mit der Fähigkeit, bewusst mit elektronischen Medien umgehen und Social-Media-Portale nutzen zu können, die tatsächlich voller Fake News und von verschiedenen Algorithmen abhängig sind, was uns in „Informationsblasen“ drängt und somit zu einem Anstieg der Polarisierung beiträgt).

Eine wichtige Fähigkeit – neben vielen weiteren, die mit interpersoneller Kommunikation verknüpft sind – besteht darin, ein Bewusstsein zu schaffen für die Rolle der Sprache in der Kommunikation und bei der Meinungsbildung und Prägung unseres Weltbildes. Und ein sehr wichtiger Aspekt des Dialogs, bei dem wir die Freiheit des Anderen wahren, ist es, in der täglichen Praxis die wertende und etikettierende Sprache so umzuwandeln, dass sie eine Achtsamkeit gegenüber der Vielfalt zum Ausdruck bringt. Folglich gilt es, die „Du-Botschaft“ (die häufig in einem anklagenden Ton formuliert ist, bei dem die Verantwortung für die eigenen Worte, Emotionen, Bedürfnisse und Taten vermieden wird, was wiederum einen ein-

fachen Weg darstellt, Spannungen herbeizuführen und Konflikte zu verschärfen) durch die „Ich-Botschaft“ zu ersetzen (mit der Beziehungen aufgebaut werden – unter Bezugnahme auf eigene Emotionen und in Übernahme von Verantwortung für sich selbst und den Gesprächsverlauf).

Darüber hinaus sind neben den Kompetenzen, die wir auf diese Weise entwickeln wollen, für uns auch Einstellungen wichtig. Und eine der wichtigsten unter ihnen ist aus der Sicht des Erbes von Kreisau der Mut – vor allem auch der Mut zum Dialog. Der heutige Dialog muss nicht unbedingt von solchem Schmerz und solchem Leid gekennzeichnet sein, wie es die Pioniere der deutsch-polnischen Versöhnung erfuhren, die zuweilen als Volksverräter desavouiert und aus ihren Gemeinschaften ausgeschlossen wurden. Aber auch heute ist die Aufnahme eines Dialogs mit vielfältigen Unannehmlichkeiten und einem Unbehagen verbunden. Und hier tritt der Mut, den Dialog aufzunehmen, auf den Plan. Zum einen der Mut, die Zone der eigenen Überzeugungen zu verlassen und sich gegenüber der Welt der Werte des Anderen zu öffnen. Der Dialog kann unsere Wahrnehmung der Welt, unsere Identität, unsere Beziehungen zu Mitmenschen verändern; darauf muss man gefasst sein. Zum anderen geht es auch um den Mut, sich der eigenen Gruppe entgegenzustellen, nach Verständigung mit denjenigen Menschen zu suchen, die als Feinde angesehen werden. Dies kann die Befürworter des Dialogs der Gefahr aussetzen, mit Vorwürfen konfrontiert, ja sogar marginalisiert und ausgegrenzt zu werden. Und es geht schließlich auch um Mut, mit dem Schmerz umzugehen, der die Interaktion mit Andersdenkenden und andere Werte vertretenden Menschen bisweilen begleitet. Denn wir gehen davon aus, dass es bei der Vermittlung von Dialogkompetenzen nicht darauf ankommt, Menschen zu oberflächlichen Verhaltensweisen zu ermutigen, um sie freundlich und höflicher untereinander zu stimmen, sondern eher darum, in ihnen Toleranz zu wecken bzw. zu stärken gegenüber harten, schwer verständlichen Worten, die sie zu hören bekommen werden, wenn andere von ihrem Recht Gebrauch machen, ihren eigenen Überzeugungen Ausdruck zu verleihen.

Die vierte Dimension, die nicht vergessen werden darf, bezieht sich auf die Etablierung des dialogischen Lernens als Bildungspraxis. Bei der Arbeit mit Jugendlichen, die an internationalen Austauschprogrammen oder anderen Bildungsprojekten teilnehmen, stehen gerade die jungen Menschen im Mittelpunkt des Bildungsprozesses. Sie sind somit ein Subjekt der Erkenntnis, und die Edukatorinnen und Edukatoren nehmen eine dialogische Haltung ein, die es erlaubt, Beziehungen zwischen ihnen aufzubauen. Dies führt zu einer spezifischen Art der Teilnahme, der Präsenz und des Engagements auf Grundlage des Gesprächs. Die Edukatorinnen und Edukatoren fungieren an dieser Stelle als Veranstalter eines dialogbasierten Lernens. Sie denken nicht darüber nach, was sie jungen Menschen vermitteln sollen, sondern vielmehr darüber, welches Problem sie den Jugendlichen zur Analyse und zur Lösung vorgeben sollen; ein Problem, das ihnen zu einem besseren Verständnis verhilft und sie befähigt, den Versuch zu unternehmen, die sie umgebende Wirklichkeit zu verändern. Der Prozess des dialogischen Lernens hat dabei einen zweiseitigen Charakter: Die Edukatorinnen und Edukatoren teilen ihre Werte, die Werte von Kreisau, mit und werden zugleich mit den von den Jugendlichen geteilten Werten beschenkt. In der von uns angestrebten dialogischen Beziehung beeinflussen alle Subjekte einander, sie prägen sich gegenseitig und bedingen ihre Existenz – Kreisau wäre nicht das, was es ist, ohne eine den Ort selbst mitgestaltende Jugend. Um aber gerade auch dafür zu sorgen, bemühen sich die Edukatorinnen und Edukatoren darum, in diesem Prozess möglichst viele unterschiedliche Sichtweisen, darunter auch die weniger offensichtlichen, die bisweilen nicht wahrgenommen, verschwiegen oder bewusst von der Mehrheit ausgeblendet werden, zu berücksichtigen. Diese Vorgehensweise führt zum gemeinsamen Teilen der Macht, die sonst meist in den Händen von Erwachsenen bleibt, zu Wechselbeziehungen, zu Partnerschaft und schließlich zu einer Teilhabe und zur Übernahme von Verantwortung für den Dialog und dessen Ergebnisse durch die Jugendlichen.

Die fünfte Dimension besteht darin, einen Raum zu schaffen für den Dialog außerhalb des Bildungsrahmens – für einen freien

Gedankenaustausch außerhalb des Workshopbereichs, abends, inmitten eines sehr informellen Klimas, das aber zunächst einmal entstehen muss. Diesem Zweck dienen die ersten Stunden des Aufenthalts junger Menschen in Kreisau, die Integration, der langsame Aufbau einer neuen Gruppe, die sich nicht mehr nur aus Personen zusammensetzt, die sich von der Schule her kennen, sondern auch aus Leuten aus einem fremden Land, mit anderem kulturellen Hintergrund, die anderen Glaubens sind, die andere politische Anschauungen vertreten – denn ein Dialog muss mit der Begegnung und dem Knüpfen von Banden einhergehen. Es sind eben diese Bande, die den Raum zwischen Workshops, Ausflügen, Vorträgen ausfüllen, die eine wahrhaft menschliche Dimension offenbaren und den Auftakt bilden zu einer anderen Qualität des Dialogs. Zu Beginn einer jeden Jugendbegegnung einen Gruppenvertrag zu vereinbaren, der die Wertschätzung für die persönliche Würde aller Veranstaltungsteilnehmer beinhaltet, erlaubt es, Akzeptanz zu erfahren und für eine emotionale Geborgenheit im Dialog zu sorgen. Bindung führt zu Vertrauen, zum Glauben an die gute Absicht, dass die andere Seite auch an dem Gesprächsprozess teilnehmen möchte und auch ihr daran gelegen ist, die Welt gemeinsam zu entdecken.

Und schließlich die letzte Dimension; auch hier geht es darum, den Dialog im Umfeld der Stiftung vorzuleben – mit unterstützenden Organisationen, gesellschaftlichen Partnern und solchen in der Regierung, mit der lokalen Gemeinschaft, mit denjenigen, die unsere Tätigkeit kritisch beurteilen. Ein gutes Beispiel zu geben für offene Kommunikation, für den Aufbau einer Kultur der Verständigung und der Zusammenarbeit in einem sehr differenzierten Umfeld, in dem verschiedene, mitunter widersprüchliche Bedürfnisse und Interessen aufeinanderprallen, in einem Raum, der uns nicht immer wohlgesonnen ist, bedeutet für uns, danach zu streben, den Dialog zu institutionalisieren und die vergessenen Skripte der Zusammenarbeit wiederherzustellen, bei denen es sich einst um den Kreisauer Kreis, die „Solidarność“ oder den Runden Tisch handelte.

Die Stiftung – reich aufgrund des Erbes der deutsch-polnischen Versöhnung, des Kreisauer Kreises, der Gruppen der antikommunistischen

nistischen Opposition, die allesamt einen ähnlichen Weg beschritten, und schließlich ob ihrer eigenen Geschichte – schafft unverändert einen einzigartigen Raum, der „von der Vielfalt der Menschen, die sich hier begegnen, und von deren Bereitschaft, einander zuzuhören, lebt“ (so das Leitbild der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung). Diesen Raum erweitert und vertieft die Stiftung, indem sie aus dem Fundus moderner Bildungsmethoden – zugunsten des Dialogs und zu dessen Praktizierung im Alltag – schöpft. Sie schafft und entwickelt damit eine reale Alternative zur Logik der Spaltungen und Konflikte, die gegenwärtig unsere gesellschaftlichen und internationalen Beziehungen zu verwüsten droht.

CAROLIN WENZEL

DIALOG, POLARISIERUNG UND ANTIDISKRIMINIERUNG. EINE REFLEXION UND ERFAHRUNGEN AUS DER BILDUNGSARBEIT DER KREISAU-INITIATIVE E.V.

Zum Kern der Arbeit der Kreisau-Initiative¹ gehört die Begegnung von Menschen mit unterschiedlichen sozialen, ökonomischen, kulturellen oder religiösen Hintergründen und das Bestreben, diese gemeinsam in einen vertieften Austausch über gesellschaftlich und politisch relevante Themen zu bringen. Dies realisieren die Mitarbeiter*innen der Kreisau-Initiative seit mehr als dreißig Jahren in drei Themenbereichen (*Zeitgeschichte und Menschenrechte, Inklusion und Sozial-ökologische Transformation*) und mittels unterschiedlicher Methoden. Im Rahmen der Bildungsaktivitäten kommen Menschen zusammen, die sich in ihrem sonstigen Alltag wohl niemals begegnen würden, geschweige denn, sich derart intensiv miteinander auseinandersetzen könnten. Daher gehört nicht nur die Begegnung, sondern auch der Dialog zum Kern der Arbeit.

¹ Die Kreisau-Initiative wurde 1989 von Ost- und Westberliner/-innen gegründet, um den Aufbau und die Arbeit einer internationalen Begegnungsstätte in Kreisau/Krzyżowa (Polen) zu unterstützen. Seitdem organisiert der Verein Jugendbegegnungen, Workshops, Tagungen und Seminare für unterschiedliche Zielgruppen. Weitere Informationen hierzu unter: <https://www.kreisau.de>.

Dialog und „Dialogkreis“ als Methode der vertieften Verständigung

Dialog wird allgemein verstanden als ein Gespräch zwischen zwei oder mehr Menschen, das auf Verständnis, Empathie und einem Sich-Aufeinander-Einstellen beruht. Dies klingt ein wenig idealisiert, denn wir alle wissen, dass Dialog nicht nur aus aufeinander abgestimmten Reden besteht, sondern auch aus Gegenreden, sprich Meinungsaustausch, sowie daraus, dass gegebenenfalls auch polarisierende Ansichten thematisiert werden. Dennoch spielt sich Dialog im Gegensatz zu einer Diskussion oder einer Debatte eher auf einer persönlichen Ebene ab, insofern er doch auch immer auf gegenseitige Verständigung abzielt. Doch trotz dieses edlen Ziels sind Konflikte naturgemäß Bestandteil des Dialogs, und sie können diesen im besten Fall auch sogar noch befruchten.

Die Kreisau-Initiative arbeitet seit einigen Jahren mit der Methode „Dialogkreis“ (englischer Originaltitel: „Restorative Circles“²), bei der der persönliche Austausch, d. h. der Grundgedanke des Dialogs, im Mittelpunkt steht. Die Dialogkreise haben ihren Ursprung in Traditionen der indigenen Bevölkerung Nordamerikas. Sie stellen eine althergebrachte Methode dar, die bei diesen verwendet wurde, um Konflikte in Gemeinschaften zu lösen. Heutzutage werden Dialogkreise in sehr verschiedenen Kontexten angewandt, mit viel Erfolg bereits seit Jahrzehnten im Justizwesen in den USA, Kanada und Südafrika. In diesem Zusammenhang ist auch die Rede von „Restorative Justice“ (zu Deutsch: Wiederherstellung von Gerechtigkeit bzw. Wiedergutmachung), einer Form der Konflikttransformation. Diese zielt darauf ab, Täter, Opfer und andere Beteiligte einer Gemeinschaft zusammenzubringen. Ziel ist dabei die Wiedergutmachung materieller und immaterieller Schäden und die Wiederherstellung von sozialen Beziehungen (für weitere Informationen hierzu siehe u. a.: <http://www.euforumrj.org>).

² Mehr Informationen zu den Elementen und dem Ablauf dieser Methode in: *Circle Keeper's Handbook*, Kay Pranis, abrufbar unter: <https://www.edutopia.org/sites/default/files/resources/stw-glenview-circles-keeper-handbook.pdf> (zuletzt aufgerufen am 17.11.2020).

Vor einiger Zeit führte die Kreisau-Initiative e.V. das Projekt „360° Europa – Europa wird rundgemacht!“ (internationaler Projekttitel: „Restorative Circles for Citizens in Europe“³) durch. Das Projekt stellte einen neuen Ansatz dar, um auf das Bedürfnis vieler Menschen einzugehen, über Meinungsgrenzen hinweg miteinander kommunizieren zu können. Das übergreifende Thema war der Euroskeptizismus. Menschen, die sich als Pro- oder Antieuropäer*innen verstehen, wurden in einem konstruktiven Dialog zusammengebracht. Dabei spielte die Einbeziehung von Emotionen, die im Zusammenhang mit dem Thema bei vielen Menschen geweckt wurden und diesbezügliche Diskussionen vielfach bestimmten, eine herausragende Rolle. Dominic Barter, der selbst Dialogkreise moderiert, beschreibt die Methode daher folgendermaßen: „Man betritt den Kreis als Mensch und lässt seine Rolle zuhause. Man kommt freiwillig, mit der Absicht, Verantwortung für das Geschehene und das Kommende zu übernehmen.“ So werden im Dialogkreis alle Hierarchien aufgehoben, so dass ein Dialog auf Augenhöhe möglich wird.

Grundlegende Elemente und der Ablauf eines Dialogkreises

Der Ablauf eines Dialogkreises folgt immer denselben Regeln: Er beginnt mit einer Eröffnungszeremonie, die das Vorlesen eines passenden Zitats, einer Kurzgeschichte, eines Gedichts, das Hören eines Liedes, eine kleine Übung oder ähnliches beinhalten kann. Anschließend findet ein Gespräch über persönliche und gesellschaftliche Werte statt, die die Teilnehmer als wichtig erachten. Diese Werte werden in die Mitte des Kreises, zum so genannten „Centerpiece“ (zu Deutsch: Mittelpunkt oder Kernstück) gelegt, das ein Feuer symbolisiert, um das alle herumsitzen. Im Folgenden einigen sich die Teilnehmer auf Grund-

³ Das Projekt wurde gefördert im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ der Europäischen Kommission. Im Rahmen einer zweijährigen Partnerschaft fanden insgesamt über 50 Dialogkreise in Deutschland, Dänemark, Griechenland, Italien und Ungarn mit ca. 360 Teilnehmern statt. Weitere Informationen hierzu unter: <https://circlespaceurope.org/>; die Dialogkreise in Deutschland wurden kofinanziert durch die Bundeszentrale für politische Bildung.

prinzipien des Umgangs miteinander. Danach beginnt das Gespräch über das eigentliche Thema. Dafür wird ein so genanntes „Talkingpiece“, ein Gegenstand, den der bzw. die Sprechende in der Hand hält, herumgegeben. Die einfache Regel lautet, dass nur die Person sprechen darf, die das „Talkingpiece“ in der Hand hält. Sie hat das Privileg zu sprechen, worüber und so lange sie will. Jedoch ist niemand gezwungen zu sprechen, d. h. das „Talkingpiece“ kann auch einfach an die nächste Person weitergegeben werden. Alle anderen haben das Privileg, uneingeschränkt zuhören zu können. Die*der Moderator*in des Dialogkreises ist lediglich Impulsgeber*in. Und die Verantwortung für das, was im Dialogkreis besprochen wird, wird von allen gleichermaßen getragen. Ein besonders wichtiger Grundsatz des Dialogkreises ist die Balance im Ablauf. Ein Dialogkreis besteht aus den folgenden Komponenten: dem Kennenlernen bzw. sich miteinander vertraut machen, dem Aufbau von Beziehungen, dem Besprechen von Themen und der Entwicklung konkreter Aktionspläne für die Zukunft. Alle Komponenten sind gleichwertig und ihnen sollte von allen Beteiligten die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt werden. Nur wenn zwischen ihnen eine Balance gehalten wird, kann der Dialogkreis erfolgreich verlaufen.

Dabei unterliegen die Dialogkreise keinem festen Programm oder Zeitplan. Es gibt lediglich einen Beginn und ein Ende. Auf welche Art und Weise die Zeit dazwischen gestaltet wird, hängt ganz allein von den Teilnehmern selbst ab. Bisher umfassten die Themen, die von den Teilnehmern des Projekts selbst ausgewählt wurden, eine ganze Bandbreite – beginnend mit Bedrohungen der EU von außen, über Europäische Werte, Europa als Elitenprojekt, die Migrationspolitik der EU, bis hin zur Friedenssicherung innerhalb der Europäischen Union.

Erfahrungen mit dem Dialogkreis

Wenn Menschen sich auf diese Art begegnen mit dem Ziel, ein bestimmtes Thema, in unserem Fall das Thema EU und Europa, zu besprechen, bekommt ein Gespräch regelmäßig eine ganz eigene Dynamik. Im Vordergrund der Methode steht es dabei, den Men-

schen hinter der vordergründigen Meinung kennenzulernen – mit seiner Geschichte, seinen Gefühlen und seinen Emotionen. Hin-gegen geht es nicht darum, aus einem*r Antieuropäer*in eine*n überzeugte*n Europäer*in zu machen, sondern vielmehr um ein gegenseitiges Verstehen bzw. darum, eine gewisse Empathie für-einander zu entwickeln. So wurden auf diese Weise Menschen, die sich im Alltag nur selten begegnen, zusammengebracht. Ein Teilnehmer etwa sagte im Verlauf eines Dialogkreises zu einem anderen: „Menschen wie dich habe ich sonst nur aus dem Fernsehen gekannt.“ Diese Aussage stellt viel mehr ein positives Erstaunen und eine Erkenntnis dar, als eine Abwertung. Viele Teilnehmer*innen konnten am Ende übereinander sagen, dass sie nicht unbedingt die Meinung des anderen teilen, sich nun aber als Menschen wahrnehmen können und mögen.

Emotionen, die Diskussionen um Europa und die EU vielerorts bestimmen, lassen sich mit Hilfe dieser Methode steuern und reflektieren. Dies ergibt sich ganz natürlich durch den Umstand, dass immer nur gesprochen werden darf, wenn jemand das so genannte „Talkingpiece“ in der Hand hat. Somit kann nicht unmittelbar und spontan auf das Gesagte einer Person reagiert werden, sondern es muss abgewartet werden, bis man selbst an der Reihe ist. In dieser Zeit kühlen Emotionen häufig runter und Gedanken werden strukturiert. Durch das aufmerksame Zuhören, das die Methode unterstützt, werden eigene Aussagen und das je eigene Verhalten durch andere Mitglieder des Kreises reflektiert. Teilnehmer der Dialogkreise gaben die Rückmeldung, diese Methode habe es ihnen ermöglicht, sich selbst zu reflektieren und Reflexion anderer zu erfahren.

Mittels dieser Methode gelingt es außerdem allen Beteiligten regelmäßig, auch jene, die sich andernfalls in Diskussionen zurückhielten, zu integrieren. Im Wege dieses Vorgehens werden alle Stimmen hörbar. Alle Hierarchien im Kreis sind aufgehoben. Akademiker*innen, Rentner*innen, Arbeitslose, politische Aktivist*innen, Parteimitglieder, Migrant*innen – alle begegnen sich auf Augenhöhe und haben dasselbe Recht, selbst zu sprechen und Gehör zu finden. Teilnehmer*innen stellten dabei als besonderes Merkmal der Methode ebenfalls eine Ent-

schleunigung des Gesprächsverlaufs heraus, die teilweise sogar meditative Komponenten enthalte.

Im Grunde ist jeder bzw. jede für diese Methode geeignet. Bei der Umsetzung allerdings ist darauf zu achten, dass mit der steigenden Anzahl von Menschen im Dialogkreis sich auch die Wartezeit erhöht, bis jede*r Teilnehmer*in eigene Redezeit zugewiesen bekommt. Dies kann mitunter dem Einzelnen viel Geduld abverlangen. Darüber hinaus ist der Dialogkreis eine Methode, die auf Sprache basiert. Wichtig ist es daher, eine gemeinsame Sprache, der alle mächtig sind, für den gesamten Kreis festzulegen. Im Zweifel gilt es deshalb in diesem Kontext eventuell auch die Möglichkeit einer Übersetzung oder eine andere Art von Unterstützung (etwa für Gehörlose) in Anspruch zu nehmen.

Seit den ersten Erfahrungen mit der Methode im Jahr 2017 hat diese Einzug gehalten in die unterschiedlichen Bildungsformate der Kreisau-Initiative. Der Dialogkreis ist zu einer bewährten Methode bei internationalen Jugendbegegnungen geworden, um Teilnehmer*innen die Möglichkeit eines vertieften Austauschs zu geben, der durchaus auch konfliktreich verlaufen kann und darf. Mögliche Konfliktfelder, insbesondere politischer Art, die in den letzten Jahren nicht weniger geworden sind und mehr und mehr auch direkt das Leben von Jugendlichen betreffen, dürfen bei Jugendbegegnungen nicht unter den Teppich gekehrt werden. Ein Austausch ist nur dann sinnvoll, wenn auch schmerzhaft Themen, die auf einer gemeinsamen konfliktreichen Vergangenheit oder auch Gegenwart beruhen, zum Ausdruck gebracht werden dürfen. Der Mikrokosmos internationaler Jugendbegegnung spiegelt dabei nur gesamtgesellschaftliche Problemlagen wider. Jedoch besteht in diesem Rahmen die Möglichkeit, unmittelbar in einen persönlichen Austausch miteinander einzusteigen.

Polarisierung im Netz: aktuelle Herausforderungen angesichts der COVID-19-Pandemie

Die COVID-19-Pandemie hat uns in den vergangenen Monaten schmerzhaft vor Augen geführt, wie schwierig es sein kann, wenn

auf soziale Kontakte und die allseits gewohnte Reisefreiheit von einem Moment auf den anderen verzichtet werden muss. Der Dialog – mithin der Kern der Arbeit der Kreisau-Initiative sowie seiner europäischen Partner, wie gleichfalls auch der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung – wurde von einem auf den anderen Tag ausgehebelt. Grenzen, die in Europa seit langem keine Rolle mehr gespielt haben, wurden wieder zu tatsächlichen, physischen Barrieren zwischen Menschen. Die Länder schotteten sich ab; jedes versuchte für sich, mit den Herausforderungen der Pandemie umzugehen. Die vielfach gepriesene europäische Solidarität war nur schwer zu erkennen. Und leider ist diese Entwicklung bis zum jetzigen Zeitpunkt auch noch nicht abgeschlossen.

Die Akteur*innen der internationalen Bildungsarbeit stehen somit nach wie vor unverändert vor der großen Herausforderung, sicherzustellen, wie Begegnung, Austausch und Dialog auch in diesen Zeiten weiterhin stattfinden kann. Als praktisches Mittel hat sich inzwischen das Ausweichen auf Bildungsformate erwiesen, die im virtuellen Raum stattfinden. So treffen sich Teilnehmer*innen im Rahmen von Online-Seminaren auf bekannten Videoplattformen und kommunizieren heute mehr denn je über Soziale Medien. Die ganz persönliche Begegnung, die in internationalen Bildungsformaten und auch in der beschriebenen Methode des Dialogkreises eine so essentielle Rolle spielt, lässt sich allerdings mittels digitaler Medien nur schwer ersetzen. Denn der Dialog gleicht hier doch eher einer Debatte oder Diskussion, weil das menschliche Bindemittel fehlt. Doch die neue Entwicklung hat nicht nur Negatives offenbart, sondern sie hat zugleich auch viele Chancen und Potentiale für die Bildungsarbeit aufgezeigt. So können mit Hilfe digitaler Medien Menschen an Programmen partizipieren, die ihnen aufgrund mangelnder Ressourcen und Mobilität sonst verwehrt geblieben wären. Und es können digitale Medien auch dazu beitragen, Bildungsprogramme nachhaltiger zu gestalten.

Dennoch kann auch die Pandemie nicht lange über gesellschaftliche Problemlagen hinwegtäuschen. Hitzige, in Teilen hasserfüllte und menschenverachtende Beiträge zu Diskussionen haben auch

Eingang gefunden in die virtuelle Welt. Insbesondere Jugendliche sind dort mit einer Fülle von Aussagen, (Fehl-)Informationen und Verschwörungstheorien konfrontiert, die sie selbst nur schwer zu filtern bzw. angemessen einzuordnen in der Lage sind. Folglich begreifen wir auch dies, das Feld der Medienpädagogik und der digitalen Zivilcourage, als einen Schwerpunkt, der aus keinem Bildungsformat mehr wegzudenken ist. Jugendliche wie auch Erwachsene sind darauf angewiesen, Werkzeuge an die Hand zu bekommen, die ihnen zwischen Informationen und so genannten „Fake News“ zu unterscheiden helfen; dies soll ihnen ermöglichen, sich ein eigenes Bild zu machen und einen eigenen Standpunkt etablieren zu können. Darüber hinaus spielt die Antidiskriminierungsarbeit – im Netz wie im realen Leben – eine herausragende Rolle. Wie etwa lässt sich umgehen mit Phänomenen wie „Cyber Mobbing“ oder „Hate Speech“? Wie kann man Menschen verteidigen? Und an wen werde ich mich wenden können, falls ich selbst zum Opfer werden sollte?

All diese Themen rund um Dialog, Polarisierung und Antidiskriminierung, die auch schon vor der Pandemie eine Rolle gespielt haben, scheinen nun einen regelrechten Aufschwung erfahren zu haben. In Krisenzeiten treten, was auch die aktuelle Situation beweist, manche Problemlagen wie durch ein Brennglas betrachtet nur noch deutlicher in Erscheinung. Mit viel Kreativität und Motivation sowie im Bewusstsein, dass Verständigungsarbeit wichtiger ist denn je, verfolgen wir somit fortgesetzt unsere Ziele und halten fest an dem Prinzip, wonach Begegnung und Austausch von Menschen die Grundlage bilden für eine solidarische und demokratische Gesellschaft.

SARAH REINKE

BEGEGNUNG – DIALOG – VERÄNDERUNG. AUS DEN ERFAHRUNGEN DER STIFTUNG ADAM VON TROTT, IMSHAUSEN E.V.

1990 im ehemaligen Konzentrationslager Majdanek bei Lublin in Polen – wir sind eine Gruppe Jugendlicher, ein Mädchen aus England, 16 junge Leute aus Polen und ich als einzige Deutsche. Im Arbeits- und Vernichtungslager Majdanek wurden zwischen 1941 und 1944 78.000 Menschen ermordet. Die Krematorien sind teils erhalten, genauso wie die Baracken und das riesige Gelände selbst. Kurz nach der Öffnung in Osteuropa repräsentiere ich in dieser Gruppe „die Deutschen“ an sich. Die jungen Polinnen und Polen erklären mir, welche Verbrechen die Deutschen während des Krieges in Majdanek begangen haben. Ich denke an die Filme über die Befreiung der KZs, die wir in der Schule gesehen haben, aber auch an den Unterricht über den Holocaust und die Jugendbücher, die ich gelesen hatte, sowie an das KZ Natzweiler-Struthof im Elsass, das wir als Schulklasse besucht hatten. Ich bin überzeugt, doch einiges zu wissen. Doch hier in Majdanek ist alles anders. Ich fühle mich allein und verantwortlich, ich bin unsicher. Als 17-Jährige war ich also das erste Mal in Polen, genauer in Lublin, im Rahmen eines internationalen Workcamps. Diese Erfahrung, die Tausende Jugendliche, welche zu Workcamps und internationalen Begegnungen ins Ausland fahren, bis heute teilen, war auch eine prägende Lektion in Sachen Dialog. Doch wie entsteht in einer solchen Situation ein Dialog? Wie kann

eine solche Erfahrung langfristig das eigene Verhalten auch in anderen Kontexten positiv prägen?

In diesem Text will ich über die Frage nachdenken, ob und wie durch Dialog Veränderung entstehen kann. Dazu gehört die Definition des Begriffs „Dialog“: Der Unterschied zwischen Diskussion (lat. *discutere*: zerteilen, zerlegen) und Dialog (gr. *dia*: durch, *logos*: Wort) ist ja gerade, dass in der Diskussion etwas auseinandergenommen, in Einzelteilen beleuchtet wird, während es in einem Dialog darum geht, sich zu beteiligen und miteinander zu denken, Dinge zusammenzubringen. Als Voraussetzungen für einen wirklichen Dialog gelten weiter der Respekt und die Offenheit für das Gegenüber. Am einfachsten kann ein Dialog nicht über eine Sachfrage, sondern über etwas geführt werden, was einen tatsächlich bewegt, was auf einer persönlichen Erfahrung und weniger auf Sachwissen beruht. So ein Dialog stärkt die Beteiligten, denn sie sind gleichberechtigt, erfahren für ihre Äußerungen Wertschätzung und erleben, dass das Gegenüber sie anhört und auch, dass sie selbst in der Lage sind, aktiv zuzuhören.

Besonders einleuchtend erscheint mir in diesem Zusammenhang Martin Bubers Überlegung zum dialogischen Prinzip: Am „Du“ formt sich das „Ich“ – Der Mensch bildet seine Identität in der Beziehung zu allem, was ihn umgibt. Die Begegnung mit einem menschlichen Gegenüber ermöglicht das Finden der eigenen Persönlichkeit. In meinem Eingangsbeispiel, der Konfrontation mit fremdem Leid, für das wir als Deutsche historisch die Verantwortung tragen, war ein gemeinsames Trauern mit den Polinnen und Polen möglich – aber nur, weil vorher schon eine Begegnung stattfand: Wir waren aus unterschiedlichen Orten in Polen, aus England und Deutschland nach Lublin gereist, um dort gemeinsam eine alte Kirche zu renovieren. Neben der Arbeit machten wir Ausflüge, wir unterhielten uns über Sprachgrenzen hinweg, gemeinsam wurden die Mahlzeiten zubereitet und eingenommen. Diese Art von Begegnung, die Neugier aufeinander, das Interesse, einander kennen- und verstehen zu lernen, bereitete den Boden für Dialog und Verständnis. In dieser Offenheit und Intensität ist das vielleicht typisch für internationale Jugendbegegnungen. Erst im letzten Jahr hießen wir in der Stiftung

Adam von Trott, Imshausen e.V.¹ zehn junge Menschen aus sechs unterschiedlichen Ländern in einem Workcamp willkommen. Sie machten ähnliche Erfahrungen im Kontakt und Dialog wie ich vor 30 Jahren: Auch, wenn man nicht dieselbe Sprache spricht, auch wenn man aus ganz unterschiedlichen Ländern kommt, wenn man nicht derselben Religion oder Kultur angehört, ist es möglich Freundschaften zu schließen und gegenseitiges Verstehen zu erleben.

Es gibt im Arbeitsalltag eines außerschulischen Lernortes wie der Stiftung Adam von Trott, Imshausen e.V. jedoch auch ganz andere Erfahrungen, die eher von Sprachlosigkeit und Polarisierung geprägt sind. Über ein Aussteigerprogramm für Menschen aus der rechten Szene sollte ein junger Berufsschüler auf unserem Grundstück einige Tage gemeinnützige Arbeit ableisten. Er war in der Schule durch antisemitisches, fremdenfeindliches und gewalttätiges Verhalten aufgefallen. Es kam zu einer Anklage und einem Urteil. Nun stand er vor mir. Sein Betreuer hatte ausdrücklich gefordert, er solle bei uns etwas über den Nationalsozialismus erfahren. Eine übliche Führung, wie wir sie hier für Besuchergruppen anbieten, kam nicht in Frage. Ich versuchte mit ihm in einen Dialog zu treten und herauszufinden, mit wem ich es zu tun hatte. Ich berichtete ein wenig über Adam von Trott. Doch es kam kein Echo, gar keine Reaktion. Der junge Mann sah auf einen fernen Punkt im Raum, der offenbar nichts mit mir und meinem Anliegen zu tun hatte. Ich erreichte ihn nicht. Auch unser fröhlicher Gärtner drang nicht zu ihm durch. Manchmal begegne ich ihm jetzt im Vorortzug. Wenn ich grüßen will, schaut er weg. Ich habe keine gemeinsame Sprache gefunden. Auch die praktische Arbeit bot keine Möglichkeit, mit ihm in Kontakt zu kommen. Die Arbeitsstunden auf unserem Gelände – ein Misserfolg. Die Voraussetzungen für Verstehen und Dialog fehlten – kein Interesse, keine Offenheit, eine hierarchische Gesprächssituation. Für diese Zielgruppe braucht es eine andere Herangehensweise. Dies zeigen auch aktuelle Umfragen sowie die Erfahrungen anderer Lernorte und wissenschaftliche Studien.

¹ <https://stiftung-adam-von-trott.de/>

Die wissenschaftlichen Untersuchungen haben sich besonders vor dem Hintergrund der Wahlerfolge der AfD, dem Entstehen von Pegida und anderen rechten Gruppierungen mit der Frage der politischen Bildung und deren Wirkungen beschäftigt. Eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung² unter dem Titel „Wer hat, dem wird gegeben“, kam zum Ergebnis, dass Berufsschüler dem Staat und den Parteien kritisch gegenüberstehen und in der Tendenz eher zu autoritären Strukturen neigen als Schülerinnen und Schüler anderer Schulformen. In derselben Studie gaben Berufsschüler zu 33% an, die Demokratie eher weniger gut zu finden oder keine Meinung zu dem Thema zu haben. Bei den Berufsfachschülern lag dieser Anteil sogar bei 67%. Dagegen hielten 91% der befragten Gymnasiasten die Demokratie für eine gute Staatsform. Gymnasiasten erhalten jedoch auch deutlich mehr Politikunterricht, fahren zu außerschulischen Lernorten und haben im Elternhaus Gelegenheit, über Politik zu diskutieren. Dies fehlt in den oben genannten, wenig erreichten Zielgruppen. In diese Zielgruppe lässt sich die Anfrage eines Geschichtslehrers aus einer Haupt- und Realschule einordnen: Im Klassenchat werde mit „Heil Hitler“ begrüßt, „Jude“ sei ein gängiges Schimpfwort auf dem Schulhof, Hakenkreuze finde man immer wieder an der Fassade der Schule. Ob die Stiftung Adam von Trott nicht einen Workshop anbieten könne. Doch die Aufarbeitung solcher Strukturen, für die es in den vergangenen Jahren eine wachsende Anzahl an Beispielen gibt³, kann nicht in einem eintägigen Workshop bearbeitet werden. Hier muss systemisch analysiert, es müssen Gespräche mit dem Lehrerkollegium, mit der Schulleitung und teilweise auch mit den Eltern geführt werden. Ein Beispiel für eine solche längerfristige Begleitung ist das Programm „AntiAnti“ des Jüdischen Museums Frankfurt. „Das Programm ist auf ein halbes Jahr angelegt. In einem Schulhalbjahr werden jeweils sechs Workshops an unterschiedlichen Lernorten durchgeführt, die anstatt des Schulunterrichts stattfinden. In den Workshops sensibilisieren wir Jugendliche für Migrationsbewegungen und Diversi-

² <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/15466.pdf> (letzter Zugriff: 06.10.2020).

³ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw17-antisemitismus-502770> (letzter Zugriff: 06.10.2020).

tät. Wichtig ist uns auch die Vermittlung von Wissen über Unterschiede und Gemeinsamkeiten der drei monotheistischen Religionen. Die vielfältigen pädagogischen Methoden sprechen vor allem die emotionalen Positionen und Haltungen der Schüler*innen an.⁴

Seit einigen Jahren bieten auch Gedenkstätten neben den Tagesworkshops längerfristige Programme an. Die Fördergeldgeber reagieren gleichfalls – es geht nicht mehr nur um Quantität, also um eine möglichst hohe Anzahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern an kurzen Führungen und Workshops, sondern um die nachhaltige und messbare Wirksamkeit der Arbeit an außerschulischen Lernorten. Dies hat, neben dem Fokus auf die bislang weniger gut erreichten Zielgruppen, einen vielfältigen Hintergrund: Die letzten Zeitzeugen verschwinden und mit ihnen die Möglichkeit, deren eigene historische Erfahrung authentisch zu teilen. Unsere Gesellschaft ist eine Migrationsgesellschaft. Wie können auch außerschulische Lernorte wie Gedenkstätten oder Erinnerungsorte dazu beitragen, das von Navid Kermani formulierte Ziel der Verantwortungsgemeinschaft, nämlich Auschwitz nicht nur als Menschheitsverbrechen, sondern als eigene Geschichte (...) zu begreifen⁵? Diese Fragen stellen die Lernorte und das pädagogische Personal dort wiederum vor neue Aufgaben: Vertrauen und eine tragfähige Beziehung müssen aufgebaut, die Motivation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über ein halbes Jahr gehalten werden. Dialogfähigkeit, Methodensicherheit und Wertschätzung für Jugendliche müssen sich im eigenen Verhalten ausdrücken. Diese längerfristige Begleitung der Schülerinnen und Schüler ist gerade im Hinblick auf das Erlernen von Methoden der gleichberechtigten Gesprächsführung, des Dialogs und für das Ausprobieren im geschützten Raum des außerschulischen Lernorts eine große Chance. Hier können die Pädagoginnen und Pädagogen auf Störungen reagieren, Grenzen setzen, wenn Teilnehmerinnen

⁴ <https://www.juedischesmuseum.de/vernetzen/beitrag/detail/antianti-frankfurt-gegen-antisemitismus/> (letzter Zugriff: 06.10.2020).

⁵ <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/auschwitz-morgen-navid-kermani-ueber-die-zukunft-der-erinnerung-15094667-p5.html> (letzter Zugriff: 06.10.2020).

oder Teilnehmer sich rassistisch oder menschenfeindlich äußern und so auch für die Lehrkräfte eine Orientierung geben. Denn einige Lehrerinnen und Lehrer haben uns berichtet, wie verunsichert sie im Umgang zum Beispiel mit Antisemitismus im Unterricht sind. Das Erlernen des Dialogs stärkt dabei die jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer und auch die Lehrkräfte, die in diesem Prozess gleichfalls Lernende sind. An außerschulischen Lernorten haben auch sie die Möglichkeit, ihre Rolle und ihre Gesprächsführung zu hinterfragen und neu in den Kontakt mit den Schülerinnen und Schülern zu gehen. Daher bietet das Setting des außerschulischen Lernorts eine wichtige Ergänzung zum Demokratielernen in der Schule⁶.

Die Stiftung Adam von Trott, Imshausen e.V. ist ein außerschulischer Lernort, gleichzeitig aber auch ein Erinnerungsort an den Widerstandskämpfer Adam von Trott. Unterschiedliche Menschen interessieren sich für die Frage des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Studierende, kirchliche Gruppen, Vereine und andere veranstalten hier Tagungen oder wünschen sich eine Führung durch das denkmalgeschützte Herrenhaus. Ich will von einer Begebenheit aus dem Jahr 2019 berichten, die mittlerweile recht typisch für derartige Orte ist:

Ein Anrufer bittet um einen Besichtigungstermin. Was sein Hintergrund sei, will ich wissen. Er spreche für eine politisch interessierte Gruppe aus Berlin. Man wolle einige Tage in unserer Gegend verbringen und sich einiges hier anschauen. Das hörte sich erst einmal nicht verdächtig an, also luden wir die Gruppe ein. Nach dem Besuch rief meine Kollegin, die die Führung gemacht hatte, aufgewühlt an: „Die AfD war in Imshausen!“ Dies, so meine Kollegin, habe sie erst nach mehrmaliger Nachfrage bestätigt bekommen. Ganz ähnliches berichten Kolleginnen und Kollegen von anderen Erinnerungsorten und Gedenkstätten⁷. Seit Jahren versuchen rechte Kräfte gerade das

⁶ https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/Bilder/Wissen/Fachliteratur_und_Arbeitshilfen/Thema_Praeventionsarbeit_in_der_Praxis/Projektbericht-BMFSFJ-Demokratiefoerderung_im_Jugendalter-end.pdf (letzter Zugriff: 06.10.2020).

⁷ <https://taz.de/Rechte-an-Gedenkstaette/!5643427/>, <https://www.ndr.de/kultur/Rechtsextreme-provozieren-in-KZ-Gedenkstaetten,gedenken276.html> (letzter Zugriff: 06.10.2020).

Thema Widerstand zu vereinnahmen⁸. Auch unsere Gruppe bestand darauf, dass Adam von Trott doch ein Nationalist, ein stolzer Deutscher gewesen sei. Seine Heimatverbundenheit würde das doch zeigen. Meine Kollegin reagierte klug: Nach einigen Worten zu Adam von Trott, seiner internationalen Ausrichtung, seinem großen Interesse an der Sozialdemokratie, an der britischen Labour-Partei sowie an Werten wie Offenheit und Toleranz, lenkte sie die Aufmerksamkeit auf Adam von Trotts Schwester Vera. Denn Vera von Trott errichtete unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Herrenhaus in Imshausen eine Zufluchtsstätte für Flüchtlinge und Vertriebene, insbesondere für Kinder, die ihre Eltern verloren hatten. Zeitweise lebten hier bis zu 50 Kinder. Bis heute kommen Besucherinnen und Besucher und berichten, sie hätten in dieser Zeit im alten Herrenhaus gelebt. Wenn wir sie durch das 1791 erbaute Haus führen, kommt ihnen alles kleiner vor als sie es mit ihren Kinderaugen vor so vielen Jahren gesehen hatten. Auf so eine Geschichte war die AfD-Gruppe nicht gefasst, schnell verlor sie das Interesse. In diesem Kontakt ging es nicht um Dialog. Die Gruppe kam mit einer vorgefertigten Meinung und wollte sich diese bestätigen lassen. Auch meine Kollegin war nicht auf Verstehen aus. Sie wollte dem vorgefertigten Bild über Adam von Trott ein anderes entgegensetzen und ablenken oder abwehren.

Diese Erfahrung führte in unserem Verein zu der Frage: Soll man und wie kann man mit Rechten sprechen? Wie kann man die Zivilgesellschaft so stärken, dass kein „luftleerer Raum“ entsteht, der menschenfeindliche Aussagen und gewaltsame Übergriffe erst ermöglicht? Zu diesen Fragen luden wir die Politikwissenschaftlerin Anne Mehrer als Referentin zu einem der monatlich stattfindenden „Imshäuser Gespräche“ ein. Als erfahrene Beraterin beim Verein Miteinander e.V.⁹ in Halle fand sie differenzierte Antworten auf unsere Fragen. Nur speziell geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten mit der

⁸ https://stiftung-adam-von-trott.de/tools/news-detail-1?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=194&cHash=32315c1d1d01926d7b7caded03e17b38 (letzter Zugriff: 06.10.2020).

⁹ <https://www.miteinander-ev.de/> (letzter Zugriff: 06.10.2020).

Führungsebene der AfD sprechen, denn diese sei ihrerseits trainiert und instruiert. Daher plädierte Frau Mehrer dafür, den bekannten „Kadern“ aus diesem Spektrum kein öffentliches Forum auf Veranstaltungen oder in Medien zu geben. Auch im Juli 2020 wird diese Frage anhand des Sommerinterviews des RBB mit AfD-Rechtsaußen Andreas Kalbitz diskutiert¹⁰. Soll man Personen wie Kalbitz ein Forum geben und wie könnten Journalistinnen und Journalisten das Interview so gestalten, dass eine Selbstdarstellung, wie in diesem Fall von Kalbitz angestrebt, eben nicht funktioniert¹¹? Mehrer forderte, dass Diskussionen mit Nachbarinnen und Nachbarn, in den Schulen, in Vereinen und Dörfern geführt werden sollten. Die Besucherinnen und Besucher des Vortrags einigten sich darauf, dass es bei diesen Diskussionen keinen „dialogischen Imperativ“ geben dürfe: Man müsse nicht zwangsläufig immer mit allen reden. Denn wichtig sei nicht das Miteinander-Reden um des bloßen Miteinander-Redens willen. Das Bearbeiten „besorgter Bürger“ binde so viele Kräfte, dass für die Debatte über wirklich wichtige Fragen kaum noch Raum bleibt. Schnell finde man im Gespräch heraus, ob eine Offenheit zu einem wirklichen Austausch beim jeweiligen Gegenüber da ist.

Denn es gibt wichtige Grundvoraussetzungen für den Dialog, die oftmals gar nicht gegeben sind, sondern die gelernt werden müssen. Der erste Schritt ist, dass wir selbst als Lernende auftreten und nicht mit vorgefertigten Meinungen und festen Bildern in ein Gespräch gehen. Daher steht am Anfang vieler Lerneinheiten an außerschulischen Lernorten auch der Impuls, dass jeder und jede bei sich beginnt, so zum Beispiel mit der Frage: Was ist für dich Heimat? Was ist für dich fremd? Vielfach werden Familiengeschichten, Fragen der Herkunft, der Verknüpfung von eigenem Schicksal, Wohnort, anderen Familien oder Fragen der eigenen Lebenserfahrung visualisiert, damit sich jeder und jede verorten und sich seiner selbst ver-

¹⁰ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/andreas-kalbitz-im-rbb-fernsehen-buehne-frei-fuer-den-feind-der-demokratie-a-d9813a0c-984d-4dd8-8c04-56f827b9a6d0> (letzter Zugriff: 06.10.2020).

¹¹ <https://www.radioeins.de/archiv/podcast/medienmagazin.html> (letzter Zugriff: 06.10.2020).

gewissern kann. Gute Erfahrung haben die Kolleginnen und Kollegen der Kreisau Initiative e.V. mit der Methode der *Entangled History* gemacht¹²: Sie zeigt, wie Familiengeschichten über Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte über nationale Grenzen hinweg miteinander verflochten und verbunden sind. Die Geschichte des Holocaust oder des Zweiten Weltkriegs wird von unterschiedlichen Perspektiven her beleuchtet, je nach der Familiengeschichte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Schnell kann man in der praktischen Arbeit eine Brücke zur Gegenwart, zu ausgegrenzten Gruppen, zu aktuellen Kriegen, zu Erfahrungen von Rassismus schlagen und sich so über Länder-, Religions- und Kulturgrenzen hinweg mit Familien und Geschichten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer verbinden. Auf dieser Basis – im Wissen umeinander und im Verständnis der jeweiligen Schicksale – werden Dialog und in einem weiteren Schritt gemeinsame thematische Arbeit und Veränderung möglich.

Eine wichtige Frage habe ich bislang nicht beleuchtet: An unserem Lernort arbeiten wir im direkten Kontakt mit Besucherinnen und Besuchern, mit Schülerinnen und Schülern. Das Internet als Ort der „Echokammern“ und Polarisierung, der „Blasen“, spielt nur mittelbar eine Rolle. Hier sehen wir es als unsere Aufgabe an, Medienkompetenz zu vermitteln, die Frage nach der Verantwortung und den Folgen des eigenen Handels in den sozialen Medien zu bearbeiten und als Verein immer stärker als politische Stimme auch in den sozialen Medien wahrgenommen zu werden. Die zukünftige außerschulische, historisch-politische Bildungsarbeit muss diesen Bereich der Digitalisierung der Lebenswelt gerade vieler Jugendlicher und die Frage, wie hier Dialoge geführt werden können, sicher mehr in den Blick nehmen.

Schließen möchte ich mit einem Gedanken an Martin Buber, mit dem man formulieren könnte, dass wir jeden Tag aufs Neue als Verantwortliche an außerschulischen Lernorten und Gedenkstätten oder auch als Bürgerinnen und Bürger in Situationen gestellt sind, auf die wir mit unserem Denken, Handeln und Lassen antworten. Wir geben

¹² <https://www.kreisau.de/en/projects/contemporary-history-human-rights/histoire-croisee-entangled-history/> (letzter Zugriff: 06.10.2020).

nicht alle eine bestimmte Antwort, sondern wir sind alle Antwortende. Somit umfasst das dialogische Prinzip auch den Austausch über unsere jeweiligen Antworten. Den Dialog führen wir im Wissen darum, dass wir uns nicht immer einigen werden können.

KRISTINA TONN

LASST UNS REDEN, WIRKLICH REDEN!

„Eine der aufrichtigsten Arten von Respekt ist, anderen tatsächlich zuzuhören.“ Dieses Zitat von Bryant McGill prägt mich und meine Arbeit als Referentin in der Erwachsenenbildung zutiefst und stellt zugleich einen Anspruch an mich selbst dar. Als Referentin für ethische Bildung in den deutschen Streitkräften ist gelungene und konstruktive Kommunikation für mich die Basis, die diverse Meinungen und Haltungen zulässt und den Raum öffnet für kritischen Dialog. Im Folgenden möchte ich Ihnen meine Tätigkeit am Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften vorstellen und – zusätzlich – anhand eines Workshops darstellen, was für mich gelungene Kommunikation ausmacht und welche Herausforderungen ich dabei sehe.

Zebis / Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften in Deutschland. Was tun wir?

Das Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften, zebis, ist eine Einrichtung zur ethischen Bildung in den deutschen Streitkräften. Es wurde 2010 in Hamburg für die Bundeswehr im Auftrag des Katholischen Militärbischofs gegründet. Rechtsträger ist die Katho-

lische Soldatenseelsorge, eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Katholische Soldatenseelsorge ist Teil der Kurie des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr.

Als kirchlicher Bildungspartner der Bundeswehr fördert zebis die ethische Kompetenz von Soldaten bei aktuellen ethischen Fragen: Wie kann man bei Einsätzen in schwierigen Situationen eine gute Entscheidung treffen? Welchen Werten ist man verpflichtet? Wie kann man nach einer Extremerfahrung über das Erlebte nachdenken und damit umgehen? Dies sind Beispiele für Fragen ethischer Natur, die sich Soldaten und Soldatinnen stellen.

Das zebis steht für einen intensiven Austausch zwischen Bundeswehr, Gesellschaft, Kirche, Politik und Öffentlichkeit. Mit bundesweiten Veranstaltungen und einem internationalen E-Journal eröffnet das zebis den Dialog zwischen Gesellschaft und soldatischer Lebenswelt.

In der Friedens- und Militäretik entwickelt es Weiterbildungsformate für Seelsorger und Soldaten, insbesondere militärische Führungskräfte. Auf wissenschaftlichem Gebiet arbeitet das zebis mit nationalen und internationalen Kooperationspartnern sowie zivilen und militärischen Forschungseinrichtungen zusammen.

Warum konstruktive Kommunikation so wichtig und gleichzeitig so schwierig ist

Offene und konstruktive Kommunikation, die unterschiedliche Meinungen aushält und ins Gespräch bringt, stellt einen wesentlichen Teil unserer Arbeit dar. Ethische Bildung für Soldaten kann nur gelingen, wenn rein instruktives Belehrungsverhalten vermieden und stattdessen ein auf Austausch, Kommunikation und Diskussion angelegter Unterricht mit zielgruppenspezifischer Methodenvielfalt und umfangreichem Lehrmaterial geboten wird.

Kommunikation gelingt, wenn man den Erfahrungshorizont des Gesprächspartners im Blick hat und, so banal es klingen mag, mit Zuhören beginnt. Und damit wären wir bei der ersten Hürde gelungener Kommunikation: achtsames Zuhören.

Sei offen für das, was Du hörst, ohne es sofort zu bewerten. Das ist einfacher gesagt als getan. Wenn wir miteinander kommunizieren, kann es viele Störfaktoren geben. Wir sind abgelenkt, stimmen einer Meinung vielleicht nicht zu, können daher nicht offen zuhören und nehmen automatisch eine Abwehrhaltung ein. Häufig hören wir zu, um zu antworten, dem Anderen die eigene Meinung mitzuteilen, und nicht um (erst einmal) wahrzunehmen und zu verstehen. Vielleicht unterbrechen wir unser Gegenüber oder reagieren – ohne uns dessen bewusst zu sein – über Mimik und Gestik, bevor wir überhaupt ein Wort gesagt haben. Unser Gesprächspartner bemerkt dies jedoch auf jeden Fall, fühlt sich nicht ernst genommen und reagiert eventuell verletzt. Damit erzeugen wir eine von Abwehrhaltung geprägte Atmosphäre, in der Missverständnisse aufkommen.

Dem Gesprächspartner Raum zu geben, in Ruhe und ohne Unterbrechung seine Meinung darlegen zu können, ist die gegenseitige Voraussetzung von gelungener Kommunikation. Dies setzt beim Zuhörer jedoch voraus, dass er zum einen in dem Moment präsent und nicht abgelenkt ist, und dass er es aushält, andere Meinungen als die eigene mindestens anzuhören. In einer Debatte ist es gerade der schnelle Austausch von Argumenten, die aufeinander eingehen, der eine Diskussion sowohl lebendig als auch Streitbar werden lässt.

Kommunikation funktioniert nur wechselseitig, sie braucht ein Gegenüber. Und Kommunikation, die über die reine Bestätigung der eigenen Meinung hinausgehen soll, braucht ein kritisches Gegenüber. Dabei ist der Respekt beim Zuhören ebenso wechselseitig: so wie mein Gesprächspartner zu Recht – besonders im Unterrichtsgeschehen – erwartet, dass ich ihm zuhöre, so darf ich diesen Respekt ebenso erwarten. Denn erst der Austausch von Argumenten und Begründungen sowie das Hinterfragen der eigenen Haltung macht ein Gespräch zu einer Diskussion.

„Das wird man doch mal sagen dürfen!“ oder „Wir haben doch Meinungsfreiheit!“ sind nur einige Zitate, die immer wieder fallen – auch in meinen Seminaren. Wollen wir andere Meinungen tatsächlich hören

oder möchten wir (eigentlich) nur die Bestätigung unserer Ansichten? Eng damit zusammenhängend ist die Frage, ob wir uns einer offenen Diskussion stellen möchten – dies setzt schließlich voraus, dass wir auch selbstkritisch unsere eigene Meinung in den Blick nehmen.

Meinungspluralismus prägt und gestaltet unseren Alltag — sei es in der Familie, im Freundeskreis, im Beruf oder in der Politik – und das ist gut so. Pluralismus ist aus modernen demokratischen Gesellschaften nicht wegzudenken. Denn durch ihn können unterschiedliche Lebensstile, Interessen und Meinungen gelebt werden. Diese sind jedoch nicht immer in Einklang zu bringen und führen daher unter Umständen zu Konflikten. Auf den Einwand: „Das wird man doch noch sagen dürfen!“ kann man mit: „Dem wird man doch widersprechen dürfen.“ reagieren und schon sind wir mitten in einer Debatte. Konstruktiv ist diese dann, wenn in ihr nicht nur Meinungen unversöhnlich gegenüberstehen, sondern wenn auf allen Seiten zumindest die Offenheit besteht, die andere Meinung anzuhören und jeder sich selbst und seine eigene Haltung und Argumentationskette kritisch hinterfragt. Dadurch kann ein gemeinsamer Lern- und Erfahrungsprozess entstehen. Dabei können wir viel über unsere Gesprächspartner erfahren: Warum hat jemand eine bestimmte Haltung? Welche Erfahrungen haben ihn geprägt? Woher bezieht er seine Informationen und wie schlüssig sind die Argumente?

Diese Form des Austauschs ist nicht nur intensiv und lehrreich – mir persönlich macht er Spaß. Diskursive Seminare sind sowohl für den Leitenden als auch für die Teilnehmer interessanter und lehrreicher und ermöglichen ein gemeinsames Wachsen.

Ein Beispiel aus der Praxis: Internationaler Workshop für Berufs-offiziere aus Frankreich, Polen und Deutschland

Im Folgenden möchte ich ein Beispiel meiner Arbeit vorstellen, in der gelungene und kontroverse Kommunikation über sensible Themen der Erinnerungsarbeit die Hauptrolle spielt.

Einmal im Jahr veranstaltet das zebis, zusammen mit der Maximilian-Kolbe-Stiftung¹ einen „*Internationalen Workshop für Berufsoffiziere zum Umgang mit der gewaltbelasteten Vergangenheit von Auschwitz*“. Der Workshop findet jeweils eine Woche lang am Zentrum für Dialog und Gebet² in Oświęcim³, Polen, statt – 2019 bereits zum achten Mal⁴. Zu diesem Workshop werden insgesamt 30 Berufsoffiziere aus Polen, Frankreich und Deutschland eingeladen mit dem Ziel, in der Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Bedeutung von Auschwitz in einen gemeinsamen Dialog und Lernprozess zu treten über den Umgang mit Gewalterfahrungen und ihren Folgen, und um auf diese Weise zu einer dem ethischen Ernst von Gewaltanwendung angemessenen Reflektion zu gelangen.

¹ Die Maximilian-Kolbe-Stiftung wurde 2007 mit der Zustimmung der Polnischen und der Deutschen Bischofskonferenz von der Mitgliederversammlung des Maximilian-Kolbe-Werks gegründet. Die Maximilian-Kolbe-Stiftung verfolgt das Ziel, Initiativen zu begründen und zu fördern, die Menschen auf dem Weg der Versöhnung in Europa zusammenführen, damit über nationale Begrenzungen hinweg Weggemeinschaften der Versöhnung entstehen, die die persönliche Begegnung in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen und sich durch eine Solidarität auszeichnen, in der alle Beteiligten Gebende und Nehmende, Schenkende und Beschenkte sind.

² Das Zentrum für Information, Begegnung, Dialog, Erziehung und Gebet in Oświęcim entstand im Jahr 1992. Es ist eine Einrichtung der katholischen Kirche, die der Krakauer Erzbischof Franciszek Kardinal Macharski mit Unterstützung anderer Bischöfe aus ganz Europa und in Absprache mit Vertretern jüdischer Organisationen errichtete. Das Anliegen des Zentrums für Dialog und Gebet ist es, in der Nähe des ehemaligen Stammlagers in Auschwitz einen Ort für all diejenigen zu schaffen, die betroffen sind von dem, was dort geschehen ist. Eingeladen ist jeder, unabhängig von seiner religiösen Orientierung, um hier Zeit für Besinnung, Begegnung, Lernen und Gebet zu haben. Das Zentrum soll helfen, die Opfer zu ehren und eine Welt des gegenseitigen Respekts, der Versöhnung und des Friedens zu gestalten.

³ Die Gedenkstätte des ehemaligen Stammlagers Auschwitz und des ehemaligen deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau befindet sich in der südpolnische Stadt Oświęcim. Am 4. September 1939 wurde die Stadt von der deutschen Wehrmacht besetzt und von den Deutschen in Auschwitz umbenannt. Im Oktober 1939 wurden Oświęcim und seine Umgebung unmittelbar dem damaligen Deutschen Reich einverleibt.

⁴ 2020 musste der Workshop aufgrund der Corona-Epidemie abgesagt werden.

Warum ein solcher Workshop?

Die Erinnerung an Auschwitz, den Holocaust sowie den Zweiten Weltkrieg gehört zum Kernbestand der gesellschaftlichen Identitäten in Europa. Alle drei Nationen – Frankreich, Polen und Deutschland – waren Teil des Gewaltgeschehens und von seinen Auswirkungen massiv betroffen: Deutschland als Aggressor und Auslöser des Zweiten Weltkriegs sowie Urheber und Täter der nationalsozialistischen Verbrechen. Frankreich und Polen als Kriegspartei und –gewinner, vor allem aber auch als Opfer und Leidtragende der deutschen Besatzung und des verbrecherischen nationalsozialistischen Unrechtregimes – dies gilt insbesondere für Polen.

Dass die Erinnerung an Auschwitz zum Kernbestand der gesellschaftlichen Identitäten in Europa gehört, darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Erinnerungen an das Geschehen in den jeweiligen Ländern verschieden, bisweilen sogar konträr sind. Vieles von dem, was in Auschwitz geschah, lebt in den spannungreichen Erinnerungen an das, wofür Auschwitz steht, fort. Auschwitz prägt und belastet unsere Gegenwart.

Dabei leben die durch die massiven Gewalterfahrungen erzeugten Spannungen in der Unterschiedlichkeit der Erinnerung an Auschwitz fort. Diese Gewaltprägungen gilt es zu verstehen und daraus zu lernen. Dazu bedarf es eines respektvollen, gegenseitigen Zuhörens und Anerkennens der jeweiligen Geschichte. Nur so können die Unterschiedlichkeiten perspektivisch überwunden und die Voraussetzungen für einen gemeinsamen Lern- und Dialogprozess geschaffen werden, in den die Unterschiede eingehen können, ohne aufgehoben zu werden.

Genau diesen Herausforderungen stellt sich der Internationale Workshop für Offiziere im Zentrum für Dialog und Gebet in Oświęcim. Er will dazu beitragen, indem er die Teilnehmenden einlädt, sowohl gemeinsam die mit Auschwitz verbundenen Erfahrungen zu vergegenwärtigen als auch die Verschiedenheit der Perspektiven sowie Erfahrungs- und Deutungskontexte, die die Teilnehmenden mitbringen, zu reflektieren und darüber in einen Dialog einzutreten.

Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf die spezifischen Herausforderungen militärischer Erinnerungskultur im Umgang mit Gewalterfahrung gerichtet. Soldaten tragen in besonderer Weise Verantwortung für den Umgang mit Gewaltmitteln, da sie als Teil ihres soldatischen Dienstes Gewalt ausüben dürfen. Zugleich sehen sie sich in besonderer Weise den Wirkungen von Gewalt ausgesetzt. Gerade für Soldaten offenbart sich im Umgang mit Gewalterlebnissen eine eigentümliche Spannung: Auf der einen Seite besitzen sie die Möglichkeit und die Legitimation, selbst Gewalt auszuüben. Auf der anderen Seite sind Soldaten ebenso Opfer von Gewalt, wenn sie zum Ziel feindlicher Angriffe werden. Die Auseinandersetzung mit Gewalt – sowohl aus ihrer aktiven als auch aus ihrer passiven Perspektive – gehört somit wesentlich zur Ausformung einer soldatischen Identität dazu.

Außerdem wird im Workshop in einer vergleichenden Annäherung an die Thematik dargelegt, wie sich die Erinnerung an Auschwitz und den Zweiten Weltkrieg in Frankreich, Polen und Deutschland entwickelt hat. Diese Sichtweisen auf den Umgang mit der Verschiedenheit von Erinnerungen machen deutlich, wie sehr erinnerungspolitische Prozesse und Narrative als gesellschaftliche Versuche der Bewältigung von gravierenden Gewalterfahrungen zu verstehen sind und wie stark die daraus erwachsenden Identitäten die Beziehungen der Gesellschaften und Nationen zueinander prägen.

„Jede Nation bildet ihre eigenen historischen Deutungen und Mythen, die sie ihren Mitgliedern als kollektives Gedächtnis weitergibt oder zumindest weiterzugeben versucht. Ein und dasselbe historische Ereignis wird in verschiedenen Ländern, von verschiedenen Standpunkten und von verschiedenen Gruppen völlig unterschiedlich interpretiert.“⁵

Diese unterschiedlichen Erinnerungen und Narrative sind zugleich Spannung, Herausforderung und Vorteil des Workshops: Ein polnischer Soldat, dessen Vorfahren sehr wahrscheinlich unter Deutschen gelitten haben, gegebenenfalls sogar in diesem Konzentrationslager

⁵ S. Altmeyer, R. Boschki, „Sicher herauslösen aus der Sprache, die hier gilt“ (Imre Kertész) in: M. Ebner (Hg.), „Erinnerungslernen unter den Bedingungen öffentlicher Gedenkkultur“, Neukirchner Verlag 2008, S. 381-409, 303.

oder einem anderen inhaftiert waren, ist anders berührt und betroffen als ein deutscher Soldat, dessen Vorfahren das Dritte Reich erlebt und vielleicht im NS-Regime mitgewirkt haben. In diesem Workshop arbeiten Nachfahren von Nationen miteinander, die während des Zweiten Weltkriegs Täter, Opfer und Sieger waren – und damit Feinde oder Verbündete. Heute, mehr als 70 Jahre später, eilen sie sowohl ihr Beruf als Soldat als auch aufgrund dieses Berufs zugleich gemeinsame Einsatzerfahrungen. Alle drei Nationen – Frankreich, Polen und Deutschland – sind als Armeen in internationalen Einsätzen aktiv; dies sogar häufig gemeinsam.

Der Workshop sieht sich dem Anspruch verpflichtet, einen offenen Dialogprozess trotz und gerade wegen des hoch sensiblen Themas in Gang zu setzen: Wie kann in der Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Bedeutung von Auschwitz ein gemeinsamer Lernprozess entstehen? Was kann getan werden, um die Wiederkehr solcher Gräueltaten zu verhindern?

Authentische Erinnerung als Fundament für eine tragfähige Versöhnung, so Thomas Hoppe⁶, sollte drei Zwecken dienen: Die Politik durch Gewalt belasteter Staaten sollte mit dem Ziel, ein höheres Maß an Gerechtigkeit zu erreichen, derart ausgestaltet werden, dass das kollektive Erinnern nicht durch einen selektiven Umgang mit historischen Tatsachen geprägt ist. Darüber hinaus sollte das authentische Erinnern immer einer wiederherstellenden Gerechtigkeit dienen. Auf diese Weise soll die Würde der Opfer ein Stück weit wiederaufgerichtet werden, indem den Opfern eine Stimme gegeben wird und sie im öffentlichen Raum und im öffentlichen Diskurs zu Wort kommen.

Der dritte von Thomas Hoppe benannte Punkt ist besonders relevant für den Workshop mit Soldaten aus den drei Nationen: Authentisches Erinnern soll immer die Wiederholung solcher Gewalterfahrungen verhindern. Neben vielen anderen Aufarbeitungsprozessen und Versöhnungsinitiativen in allen Bereichen eines Staates, sowohl institutionell als auch individuell, gehören dazu auch Bildungsprozesse. Das Seminar

⁶ T. Hoppe, „Authentische Erinnerung – Fundament für tragfähige Versöhnung“, in: *OST-WEST. Europäische Perspektiven. Schwerpunkt: Gewalterfahrungen. Wege zur Versöhnung*, 2 (2018), S. 82-89, 87.

bietet den Teilnehmern, den Organisatoren sowie den Referenten den Raum, über die eigenen Handlungsspielräume – in diesem Fall ganz besonders im beruflichen Handlungsspielraum von Soldaten – nachzudenken, sensibel zu machen und in einen offenen Austausch einzutreten, der die Erfahrungen des Anderen mit aufnimmt.

Dabei geht es im Seminar darum, den Teilnehmern Wissen über das Geschehen und die Zusammenhänge anzubieten, Empathie für die Opfer zu stiften, den Bezug zu ihrer heutigen Lebenswelt herzustellen und vor allem eine offene Diskussion zu befördern. Dazu gehört zunächst einmal zuzuhören, den anderen Erfahrungen und Erinnerungsmustern Raum zu bieten, und aushalten zu können, dass diese sich national unterscheiden. Die Erfahrungen im Rahmen der Workshops der vergangenen Jahre zeigen, dass es möglich und gewünscht ist, in sehr offenen und teilweise kontroversen Diskussionen Themen von verschiedenen Seiten zu beleuchten und auf diese Weise Verständnis zu wecken für Unterschiede in der Wahrnehmung und der Bewertung der Geschichte in den drei Kulturen.

Durch die Schaffung von Gesprächs- und Diskussionsmöglichkeiten mit Fachleuten verschiedenster Disziplinen und Betroffenen können Soldaten ihre eigenen Erfahrungen in den Austausch einbringen. Dabei geht es immer wieder um drei Dimensionen: das Wissen, die Reflexion und den Dialog. Wissen darüber, was an diesem Ort in Zeiten des NS-Regimes passiert ist und warum. Reflexion im Sinne einer Selbstreflexion über Wirkungs- und Systemzusammenhänge und das eigene Verhalten: Wie hätte ich mich damals verhalten? Hätte ich den Mut aufgebracht, Widerstand zu leisten oder den Opfern zu helfen? Wäre auch ich Teil des Systems geworden? Und wie verhalte ich mich heute? Will ich hinsehen und welche Werte sind wichtig für mich?

Soldaten sind von dieser Debatte und den damit verbundenen Fragen direkt betroffen und möchten selbst Antworten auf diese Fragen erhalten oder entwickeln. Damit sind wir automatisch bei der letzten Dimension, dem Dialog. Dieser erhält durch die Internationalität zusätzlich noch besondere Relevanz. Einem ethischen Diskurs gleich, kommen unterschiedliche Wertungen und Narrative zur Sprache, zum Austausch, oder sie stehen sich konfrontativ gegenüber. In der

Auseinandersetzung, im gemeinsamen Suchen nach Antworten, im Abwägen und in der Begründung der eigenen Stellungnahme und Bewertung erfolgt sodann die Wertebildung.

Das Stammlager Auschwitz sowie das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau stehen neben den unfassbaren Verbrechen außerdem für die Vernichtung von Beziehungen – unter Menschen, von Staaten untereinander und von Menschen und Gruppen zu Staaten, insbesondere zu Deutschland. Die Gedenk- und Versöhnungsarbeit an diesem Ort diene und dient daher zugleich der Heilung von Beziehungen und dem Wunsch nach gemeinsamer Gestaltung von Zukunft.

Gerade in der heutigen Zeit, in der sich rechtspopulistische Tendenzen bis hin zu offen autoritären Politikkonzepten erneut Geltung verschaffen, scheint es noch wichtiger zu sein, sich Zeit für den Austausch miteinander zu nehmen. Erinnerungskultur stellt einen wichtigen Teil dieses Austausches dar, aber eben nur einen Teil. Darüber hinaus ist es wichtig, von der Erinnerung ausgehend weiter in einen konstruktiven und möglicherweise auch kritischen Dialog einzutreten. Denn nur ein reger, gegenseitiger Kontakt ermöglicht eine bewusste Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und damit die Übernahme von Verantwortung in der Gegenwart und in der Zukunft.

Ein internationaler Workshop für Berufsoffiziere in Auschwitz, der einen gemeinsamen Lernprozess über den Umgang mit Gewalterfahrungen und ihren Folgen anstoßen möchte und so die ethische Reflexion über die Verhinderung von und den Umgang mit Gewalt voranbringen möchte, fördert Kommunikation. Und die Offenheit und Engagiertheit, mit der die Kommunikation in all den Jahren stattgefunden hat, zeigt, dass diese Arbeit nach wie vor – besonders im Hinblick auf die aktuelle politische Entwicklung in Europa und in der Welt – wichtig ist und nie aufhören sollte.

Fazit

„Kommunikation macht lernfähig, ein Leben lang“, so beschreibt der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr, Dr.

Franz-Josef Overbeck, die Bedeutung von Kommunikation. Und sie macht nicht nur lernfähig, sie ist außerdem eine Notwendigkeit in jeder Art von Beziehung – im persönlichen, gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Kontext. Kommunikation gelingt, wenn man den Erfahrungshorizont des Gesprächspartners mit in den Blick nimmt. Dabei gilt es, eine Sprache zu finden, die offen und angemessen gegenüber den Erfahrungen des Anderen ist und zugleich nicht in gegenseitigen Belehrungen mündet.

EDWARD SKUBISZ

WARUM KÖNNEN EMPATHIE UND MITGEFÜHL EIN WEGWEISER SEIN IM GESELLSCHAFTLICHEN DIALOG?

Können die Begriffe „Empathie“ und „Mitgefühl“ (Englisch: „compassion“) in einer polarisierten Kultur helfen, den Weg des Dialogs zu beschreiten? Beim Versuch der Beantwortung dieser Frage bieten sich unterschiedlichste Quellen als Inspiration an. Ich persönlich finde eine solche in den Schriften von vier Breslauer Theologen: der lutherischen Pastoren Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) und Katharina Staritz (1903-1953), der Philosophin und späteren Karmelitin Edith Stein (1891-1942), sowie des Rabbiners Benno Jacob (1862-1945). Alle diese Zeugnisse enthalten nicht nur interessante – in ihrem intellektuellen Gehalt auch Nichtgläubige ansprechende – Überlegungen über Religion und zwischenmenschliche Beziehungen. Auch die Tatsache, dass sie in sehr schwierigen Zeiten verfasst wurden, verleiht ihnen zusätzlich besonderes Gewicht.

Jeder dieser Theologen war, insbesondere in den Jahren 1933 bis 1945, in seinem persönlichen und beruflichen Leben konfrontiert mit einer polarisierten Kultur und Religion; in Breslau, in Deutschland und in ganz Europa mit einer ungeordneten und todbringenden Denkweise mit Bezug auf Volk und Glauben (etwa in der Form

der nationalsozialistischen Idee des *Deutschen Christen*). Jeder von ihnen bekam dies schmerzlich zu spüren, als das nationalsozialistische Deutschland 1933 ein neues Abkommen, das Reichskonkordat, schloss, in dem hervorgehoben wurde, dass die römisch-katholische Kirche in Deutschland eine dem Reich untergeordnete Kirche sei, was parallel auch auf die deutsche evangelische Kirche zutreffen sollte. Zur selben Zeit verwirklichte General Franco in der spanischen römisch-katholischen Kirche den nationalen Katholizismus in Spanien, und in Italien wurde auf Grundlage des Konkordats von 1929 zwischen Mussolini und Papst Pius XI. die römisch-katholische Konfession zur Staatsreligion erhoben.

Die Losung „Teile und herrsche“ ist uns bekannt; nach ihr verfuhr Hitler wie auch andere, ihm ähnliche Anführer. In Zeiten einer tiefen kulturellen Krise erfanden sie alle einen Gegner und mobilisierten unter häufiger Verwendung des Begriffs des Glaubens Kräfte, um die Kultur ihrer eigenen Kontrolle zu unterwerfen. Es ist offenkundig, dass eine derartige Herangehensweise nicht zu einer wirklichen Analyse der real bestehenden Krisen und deren richtiger Lösung führte. Im Gegenteil, das Wesen dieser Krisen wurde verdunkelt, und sie selbst wurden verschärft. Jemanden zum Sündenbock zu erklären („zum Feind“ unserer Identität; im nationalsozialistischen Deutschland waren dies damals die Juden, heute sind es meist Flüchtlinge, Feministen und Menschen aus dem Kreise von LGBT), ist hingegen ein Phänomen, das klar und deutlich belegt, dass Religion mitunter als ein Instrument betrachtet wird, mittels dessen eine Politik der Spaltung betrieben werden soll.

Bonhoeffer, Stein, Jacob und Staritz vereinte, bei allen Unterschieden, ein gemeinsamer Nenner: Sie alle besaßen die Zivilcourage, sich einer solchen Denkweise und der Ausnutzung der Religion als Instrument einer Politik des Hasses entgegenzustellen, eben wegen ihrer engen Beziehung zu Gott und damit verbunden ihres Engagements und ihrer Solidarität mit dem anderen. In Zeiten, in denen eine immer stärkere Polarisierung zu verspüren ist, können sie uns daher den Weg weisen. Folgen wir ihnen, so suchen wir nach Möglichkeiten, wie Dialog auch heute zu gestalten ist.

Religion und Religionskritik – theologische Herausforderungen im Bereich Kultur

Ich habe oben auf den religiösen Aspekt der Polarisierung hingewiesen, den wir erkennen können, wenn wir das Phänomen der Erschaffung eines Sündenbocks näher betrachten. Polarisierung und Gruppendenken führen zu einem Feind-Denken, zur Fokussierung auf einen Feind, den es zu beseitigen gilt, um die Identität der eigenen Gruppe zu sichern. Dabei handelt es sich um ein allgemeines Phänomen. Zu jeder Zeit tappten Menschen, auch religiöse Gruppen, in diese Falle hinein; und sie tun es heute noch.

Bonhoeffer, Stein, Jacob und Staritz ist dies aufgefallen. Deshalb gibt es auch die aus den Kreisen der Gläubigen hervorgegangene Religionskritik, mit anderen Worten: eine kritische Theologie (die bereits aus der Bibel bekannt ist – aus der Geschichte vom goldenen Kalb, aus der kritischen Einstellung der Propheten zum Opfer oder von der Anprangerung der priesterlichen Heuchelei durch Jesus). In der christlichen Theologie ist sie auch bekannt als Konzeption der *Ecclesia semper reformanda*, der Kirche als Institution, die sich immer mit der Frage konfrontiert sieht, ob sie im Dienste der Erlösung der Menschen wirkt oder nur beschäftigt ist mit sich selbst und der eigenen Macht.

Deshalb betrifft die Religionskritik – und dies ist eine Aufgabe für Religionsgemeinschaften, daran zu erinnern – auch jeden Menschen und jede Institution, die absolute Macht mit einem gewissen „religiösen“ Element (einer „religiösen“ Anknüpfung) oder auch ohne dieses (diese) übernimmt. Hier gilt es festzustellen, dass es dabei nicht einfach darum geht, Fehler zu benennen, sondern die Stimme derer zu vernehmen, die als Sündenböcke in Angst leben.

In säkularisierter Form sehen wir eine solche Sündenbocktheologie in einer Denkweise, die verborgen ist in der von Regierenden vorgebrachten Argumentation sowie im Mechanismus vom Teilen und Herrschen der NS-Zeit. Nicht zufällig warnte der katholische Priester Józef Tischner häufig vor einer „totalitären Sakrologie“, als er von der Versuchung Abrahams (Soll er seinen Sohn töten?) als einer

Versuchung des Totalitarismus sprach.¹ Eine solche Denkart beendet jeden Dialog innerhalb von Religion und Kultur (aber auch in der Politik, im Bildungswesen usw.). Doch es gibt eine Alternative: mitfühlend und in kritischem Glauben zu handeln. Der belgische Philosoph Marc De Kesel stellt in diesem Zusammenhang zurecht die Frage nach dem Fundament dieser Kritik.² Und an dieser Stelle ist es, wie ich glaube, sinnvoll, das Nachdenken über Empathie und Mitgefühl als Grundlage einer Kritik zu entwickeln: Es gilt vor allem, auf die Stimme derjenigen Menschen zu hören, die in Furcht leben. Und dabei diese Perspektive als die grundlegende einzunehmen.

Empathie und Mitgefühl

Edith Stein wirft in ihrer Arbeit folgende Frage auf: „(...) was gibt uns die Möglichkeit, den fremden Leib als einen lebendigen Leib mit eigenen Empfindungen zu erkennen, und wie kann ich mit dieser anderen Person kommunizieren?“³ Unter anderem auf eigenen Erfahrungen als Krankenschwester an der Front des Ersten Weltkrieges aufbauend, konnte sie in ihrer Dissertation darlegen, dass Empathie über die Selbstwahrnehmung hinausgehe und erlaube, die Schranken der Individualität zu überschreiten. „So wird die Einfühlung als Fundament intersubjektiver Erfahrung Bedingung der Möglichkeit einer Erkenntnis der existierenden Außenwelt“.

Der niederländische Theologe Henri Nouwen wird – so kann man, wie ich glaube, sagen – diesen Begriff von Empathie erweitern. Seiner Ansicht nach ist es etwas Intimes und zugleich auch etwas Soziales, wenn er vom Bewusstsein des Heimkehrens, der Rückkehr zu Gott – zu Gott, der in jedem Menschen lebt – spricht.⁴ Es geht um die Erkenntnis, dass Gott als Vater oder Mutter, der/die uns vergibt, in uns „wohnt“. Wir

¹ J. Tischner, *Rekolekcje Paryski*, Kraków 2013; J. Tischner, J. Żakowski, *Tischner czyta Katechizm*, Kraków 1996, S. 176.

² Vgl. online unter: https://marcdekesel.weebly.com/uploads/2/4/4/4/24446416/religion_as_critique_def.pdf. (letzter Zugriff: 06.10.2020).

³ E. Stein, *Zum Problem der Einfühlung*, Freiburg 2008, S. 72.

⁴ H. Nouwen, *Powrót syna marnotrawnego*, Poznań 1992.

haben diese Barmherzigkeit „in uns“. Nouwen schreibt auch von einer Stelle in uns selbst, an der „Angst und Hass nicht mehr überdauern können“.⁵ Dadurch können wir „verstehen, wie wir uns für den Kampf um Gerechtigkeit und Frieden in der Welt einsetzen können“, denn „Mitgefühl ist eine Eigenschaft des Herzens, die es Menschen unterschiedlichen Alters mit unterschiedlichem Lebensstil möglich macht, zusammenzukommen und eine Gemeinschaft zu bilden.“⁶ Deshalb zog Nouwen bei „Daybreak“, unweit von Toronto, in der Gemeinschaft „l'Arche“ bei Menschen mit geistiger Behinderung ein.

Empathie und Mitgefühl sind, wie ich überzeugt bin, Begriffe, die sich ergänzen. Dadurch können wir auch die in den Texten von Stein, Staritz, Jacob und Bonhoeffer steckende Brisanz bzw. Kraft aktualisieren und sie gar als kritische und heilsame Begriffe benutzen, die auch in unseren Zeiten relevant sind. Ich werde versuchen, dies näher zu beleuchten, indem ich Texte der englischen Religionswissenschaftlerin Karen Armstrong, der amerikanischen Philosophin Martha Nussbaum und des holländischen Journalisten Rutger Bregman bespreche.

Anmerkungen zum Begriff Mitgefühl

Karen Armstrong zeigt in ihrem Buch „Twelve Steps to a Compassionate Life“⁷ auf, dass Mitgefühl in jeder Religion präsent ist, denn jede Religion kennt die goldene Regel: „Behandle den anderen so, wie du behandelt werden willst.“ Sie betont dies, weil verschiedene Glaubenssysteme bzw. die Religion als solche mit Hass und Gewalt assoziiert werden, derer sich viele Menschen schuldig machten. Die Autorin weist darauf hin (wie ich meine, den Breslauer Theologen folgend), dass Religion zu einem gerechten Leben und zu einer transzendenten Gegenwart der Barmherzigkeit in diesem sowie in jedem Menschen aufruft.

⁵ Idem, *Bidden met ikonen*, Heeswijk 2018, S. 26 f. (Eigenübersetzung).

⁶ H. Nouwen, W. Gaffney, *Course of Life and Fulfillment*, Garden City NY 2005, S. 73.

⁷ K. Armstrong, *Twelve Steps to a Compassionate Life*, New York 2010; vgl. online unter: <https://charterforcompassion.org/12-steps-compassion-booklet> (letzter Zugriff: 06.10.2020).

Und das steht wiederum zum Religionsmissbrauch in Widerspruch, wogegen auch Bonhoeffer und andere protestierten.

Im ersten Kapitel ihres Buchs fasst Karen Armstrong die Diskussion darüber zusammen, ob der Mensch von Natur aus gut oder böse sei. So betrachteten manche den Homo sapiens aus einer anderen Perspektive als der religiösen, z. B. vom Standpunkt des wissenschaftlichen Positivismus (Evolutionstheorie) oder des Neoliberalismus (Kapitalismus) aus, und sähen den Menschen als ein selbstsüchtiges Wesen, das ausschließlich darauf ausgerichtet sei, die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Sich selbst den Biologen anschließend macht Armstrong auf den dem Menschen innewohnenden Überlebensinstinkt aufmerksam: Wir müssen essen, kämpfen, fliehen und uns vermehren; so sind wir „programmiert“. Bei der Evolution einzelliger Wesen, über Kriechtiere, Säugetiere, bis hin zum Homo sapiens, wurde ein anderes Programm entwickelt (an einer anderen Stelle unseres Gehirns), was uns die natürliche Fähigkeit verliehen hat, gefühlvoll zu sein und für andere zu sorgen. Im Gegensatz zu den meisten Tieren, kümmern sich die Säugetiere um ihren Nachwuchs. Insbesondere bei Menschen gibt es die natürliche Fähigkeit, an andere zu denken und emotionale Entscheidungen zu treffen: Wir sprechen hierbei von Emotionen und der Fähigkeit, empathisch und mitfühlend zu sein.

Auch Martha Nussbaum setzt sich in ihrem Buch „*Oplevingen van het Denken*“ (Gedankenumbrüche. Intelligenz der Gefühle; Übersetzung des Autors) mit dem Thema des Mitfühlens auseinander.⁸ Von Arbeiten solcher Psychologen wie Winnicott ausgehend beschreibt Nussbaum die Bedeutung von Kunst und Literatur für Erwachsene, aber auch die von Erzählungen und Spielen für Kinder (aus pädagogischer und psychologischer Sicht) und wie sich diese auf die Entwicklung von Empathie und Mitgefühl auswirken.⁹

In diesem Kontext sei das folgende Zitat angeführt: „Narrative Kunstwerke (...), Geschichtenerzählen und das narrative Spiel sind notwendig, damit ein Kind das Gefühl, allein zu sein, das Gefühl der Innenwelt

⁸ M. Nussbaum, *Oplevingen van het denken. Over de menselijke emoties*, Amsterdam 2004.

⁹ Vgl. O. Tokarczuk, *Czuffy narrator*, Stockholm 2019, online unter: <https://www.nobelprize.org/prizes/literature/2018/tokarczuk/lecture/> (letzter Zugriff: 06.10.2020).

entwickeln kann. Seine Fähigkeit, allein zu sein (wenn sich jemand um das Kind einen Augenblick lang nicht kümmert), wird von der Fähigkeit unterstützt, sich die Gegenwart des betreuenden Objekts vorzustellen, wenn dieses nicht zugegen ist, und mit dieser Gegenwart und Abwesenheit mittels Spielzeugen zu spielen, die die Funktion eines »Übergangsobjekts« erfüllen¹⁰ (Übersetzung des Autors).

Nussbaum verweist auf die Wichtigkeit von Literatur und Kunst, Theater und Musik, aber auch auf die Bedeutung von Kreativität und Spiel, die eben von Literatur und Kunst stimuliert werden. Diese machen es möglich, sich in eine andere Person einzufühlen; sie erlauben es, die eigene Innenwelt und ein unabhängiges Denken sowie Handeln zu entwickeln – ohne den Verlust und das Unglück durch spaltendes Denken und hasserfülltes Handeln abzureagieren.

Rutger Bregman wiederum weist in seinem, in der holländischen Internetzeitung „De Correspondent“ veröffentlichten Artikel auf die heikle Verbindung zwischen Empathie und Mitgefühl hin. Ähnlich wie Armstrong bezieht er sich auf empirische Forschungsarbeiten, aus denen hervorgeht, dass Menschen von Natur aus gut sind und einander helfen wollen. Über viele interessante, wichtige Details hinaus, die er anhand empirisch psychologischer Untersuchungen benennt, deren Wiedergabe aber an dieser Stelle zu weit führte, gibt Bregman insbesondere zu bedenken, dass Menschen einander natürlich wohlwollend gegenüberstehen. Dies aber sei der Fall, wenn es sich dabei um Personen aus der je eigenen Gruppe handele. Die Fähigkeit, gegenüber einem Mitmenschen emphatisch zu sein, sei häufig auf Personen innerhalb der eigenen Gruppe beschränkt.

Würden wir uns etwa in Menschen in braunen und blauen Hemden aufteilen, würden die Braunen bald, ohne sich dessen bewusst zu sein, denken, sie seien besser als die Blauen; und umgekehrt. Bregman knüpft dabei an den Film „Blue Eyed“ (*Blauäugig*) an – die Aufzeichnung eines Experiments der amerikanischen Lehrerin Jane Elliott aus dem Jahr 1968. Jane Elliott erzählte ihrer Klasse, es gebe eine Substanz, Melanin, die bewirke, dass Menschen, die über sie

¹⁰ Martha Nussbaum, ebd., S. 207 f.

verfügen, intelligenter und besser seien als Menschen, die sie nicht hätten. Sie fügte hinzu, dass nur Menschen mit braunen Augen Melanin hätten, weshalb sie auch von blauäugigen Menschen mit größerem Respekt behandelt werden sollten, sich anders kleiden sollten usw. Die Schüler begannen schnell daran zu glauben. Der Mensch kann von Natur aus gut sein, so die zugrundeliegende Aussage, ist aber von Natur aus zugleich xenophob.

Und hier kommen wir an den Punkt, an dem es um die Polarisierung und das Denken in den Kategorien „Wir“ und „Sie“ geht. Wenn nämlich – wie Bregman und Elliott deutlich machen – autoritär darüber entschieden wird, dass die Braunen unter uns besser sind als die Blauen, werden sich die Braunen besser verhalten als die Blauen, und die Blauen schlechter. So funktioniert das. Und vielleicht ist die Empathie allzu beschränkt, um einen derartigen Mechanismus zu durchbrechen.

In seinem Artikel macht Bregman auf weitere Grenzen unserer Empathie aufmerksam, ohne deren Bedeutung per se zu schmälern. So verweist er darauf, dass Empathie aufgrund der allzu großen Anzahl Leidender menschlich begrenzt ist. Wir können uns das Leiden eines anderen vorstellen. Aber auch das Leiden Tausender? Sind wir in einer Gruppe und eine/r von uns ist krank, und wissen wir, dass ein teures Medikament ihr/ihm helfen könnte: Werden wir gerne zu unserer Briefftasche greifen? Was, wenn wir uns zwischen zwei oder drei Kranken entscheiden und dabei unsere begrenzten Ressourcen bedenken müssen? Das Leiden in meiner Familie, meiner Nachbarschaft, meinem Umfeld ist spürbarer als das Leiden so vieler Opfer von Unfällen, Kriegen oder Naturkatastrophen, die wir täglich im Fernsehen zu sehen bekommen. Hierbei stoßen wir an die Grenzen unserer Empathie: Ich kann mich nicht in das Leiden so vieler Menschen hineinfühlen.

Im Gegensatz zum Begriff der Empathie geht das Mitgefühl an dieser Stelle vielleicht einen Schritt weiter. Es handelt sich dabei nicht um das Fühlen und Teilen des Leidens anderer Menschen (darin sind wir beschränkt), es handelt sich somit nicht um Mitleid (bzw. nicht nur um Mitleid und nicht nur um etwas gegenüber Menschen aus der eigenen Gruppe), sondern um den Willen, das Leiden anderer wahrzunehmen und entsprechend zu handeln. Schauen wir uns profes-

sionelle Pfleger, Krankenschwestern und Ärzte an. Würden sie sich wie Patienten fühlen, wären sie schon bald ausgebrannt. Vielleicht lässt sich insoweit Mitfühlen als Empathie aus Distanz umschreiben.

Strategie – drei Beispiele

1. Karen Armstrong und die „Charta der Anteilnahme“

Im Jahr 2009 lud Karen Armstrong Menschen verschiedener Religionen aus der ganzen Welt dazu ein, gemeinsam eine „Charta der Anteilnahme“ (*Charter for Compassion*) als eine Erklärung über das Mitfühlen, das einen elementaren Bestandteil einer jeden Religion ausmacht, sowie als eine Erklärung gegen den Religionsmissbrauch zu erarbeiten. Die Charta wurde 2009 verabschiedet und an sechzig verschiedenen Orten der Welt angenommen: in Synagogen, Moscheen, Kirchen und Tempeln, aber auch in weltlichen Presseclubs und Opernhäusern. Seitdem entwickeln weltweit kleine und große Gruppen, Schulen und Pfarrgemeinden, und sogar 68 Städte Maßnahmen, mit denen verschiedene Aspekte dieser *Charta* konkretisiert werden. Dies bedeutet, dass Menschen in der ganzen Welt die Grenzen der Polarisierung überwinden. Sie tun dies in konkreten Maßnahmen in verschiedenen Bereichen. Eine Übersicht über dieses eindrucksvolle Phänomen findet sich im Internet auf der folgenden Website: <https://charterforcompassion.org>.

Charta der Anteilnahme:

Im Kern aller religiösen, ethischen und spirituellen Traditionen befindet sich das Prinzip der Anteilnahme aus Nächstenliebe. Es fordert uns auf, andere so zu behandeln, wie wir uns das für uns selbst wünschen. Es ist die Barmherzigkeit, die uns unermüdlich dazu auffordert, das Leiden unserer Mitmenschen zu erleichtern, und, statt uns selbst, unsere Mitmenschen zum Mittelpunkt unserer Welt zu machen. Sie fordert uns dazu auf, die unantastbare Würde jedes einzelnen Menschen zu ehren und, ohne Ausnahme, jeden mit absoluter Gerechtigkeit, Gleichheit und Respekt zu behandeln.

Zudem ist es absolut zu unterlassen, anderen im öffentlichen wie privaten Leben Leid zuzufügen. So etwas verleugnet unsere gemeinsame Menschlichkeit, aus Bosheit, Chauvinismus oder Selbstinteresse gewalttätig zu handeln oder zu sprechen, andere auszunutzen oder ihnen ihre Grundrechte zu verweigern, und Hass durch Erniedrigung anderer hervorzurufen. Wir erkennen an, dass wir nicht in der Lage waren, barmherzig zu leben, und dass manche unter uns im Namen von Religion die Summe des menschlichen Elends vergrößert haben.

Wir rufen daher alle Männer und Frauen auf,

- *die Anteilnahme wieder in den Mittelpunkt von Moral und Religion zu stellen,*
- *zum alten Prinzip zurückzukehren, dass jede Auslegung der Schriften, die Gewalt, Hass und Missachtung lehrt, nichtig ist,*
- *dafür zu sorgen, dass unsere Jugend sorgfältig und respektvoll über andere Traditionen, Religionen und Kulturen informiert wird,*
- *eine positive Einstellung zu kulturellen und religiösen Unterschieden zu fördern,*
- *ein informiertes Mitgefühl mit dem Leiden aller Menschen zu pflegen, auch mit denjenigen, die als Feinde gelten.*

Wir müssen die barmherzige Nächstenliebe dringend zur klaren, leuchtenden und dynamischen Kraft in unserer polarisierten Welt machen. Verwurzelt in dem festen Willen, die Selbstsucht zu überwinden, kann die Barmherzigkeit politische, dogmatische, ideologische und religiöse Mauern einreißen. Geboren aus unserer gegenseitigen Abhängigkeit voneinander ist die Barmherzigkeit wichtig für alle menschlichen Beziehungen und eine erfüllte Menschheit. Sie ist der Pfad der Erleuchtung und unverzichtbar für eine gerechte Wirtschaft und eine friedvolle Weltgemeinschaft.

In ihrem Buch „Twelve Steps to a Compassionate Life“ geht Karen Armstrong auf die zwölf Schritte für ein mitfühlendes Leben näher ein. Dies gilt sowohl für Individuen als auch die gesamte Bevölkerung (ungeachtet ihrer Größe). Die Strategie dieser zwölf Schritte zum Mitfühlen wird in zwölf Kapiteln vorgestellt:

- **Erster Schritt: Lerne das Mitgefühl kennen**
- **Zweiter Schritt: Schau dir deine eigene Welt an**

- Dritter Schritt: Mitgefühl für sich
- Vierter Schritt: Empathie
- Fünfter Schritt: Achtsamkeit
- Sechster Schritt: Handeln
- Siebter Schritt: Wie wenig wir wissen
- Achter Schritt: Wie sollten wir miteinander sprechen?
- Neunter Schritt: Sorge um alle
- Zehnter Schritt: Wissen
- Elfter Schritt: Anerkennung
- Zwölfter Schritt: Liebe deine Feinde

Ich denke, wir sollten das Buch nicht nur ins Polnische übersetzen, sondern auch Treffen veranstalten, bei denen wir über diesen Text sprechen. Das gemeinsame Lesen, nicht nur mit Theologen, und das Gespräch sind, wie ich finde, in unseren Zeiten einer gespannten Polarisierung überaus sinnvoll.

Und um auf die Maßnahmen rund um die „Charta der Anteilnahme“ zurückzukommen: Es liegt mir darüber hinaus auch daran, z. B. mit Schülern verschiedener Schulen Kurzfilme zu machen (nach dem Vorbild von „Memory Walk“ des Anne Frank Haus), und zwar über konkrete Beispiele des Mitfühlens, die in normalen Situation praktiziert werden. Ich denke hierbei an täglich von Menschen verrichtete Tätigkeiten. Dies könnte die Arbeit in Krankenhäusern oder bei Organisationen wie „Ostoja“ (Refugium), „Towarzystwo pomocy im. św. Brata Alberta“ (St. Bruder Albert’s Hilfsverein), „Fundacja Arka Noego“ (Stiftung Arche Noah), aber auch in Fabriken, Schulen, Behörden und Firmen sein. Es geht somit nicht nur um die „diakonische“ Tätigkeit, sondern auch um den Umgang mit dem Anderen in unterschiedlichen Situationen.

2. Die irische Bürgerversammlung (*Citizens' Assembly*)

Irland ist ein Land, in dem einige ernste gesellschaftliche Probleme lange nicht gelöst wurden und viele Spannungen verursachten. Den Politikern gelang es nicht, einen Konsens in der Abtreibungsfrage zu erzielen,

und die Fragen zu einer Reihe von Themen, etwa dazu, wie man mit der ökologischen Gefahr oder mit dem demografischen Problem umgehen solle, führten zu einer wachsenden Polarisierung der Gesellschaft.

Im Bestreben, diese Lage zu ändern, wurden im Jahr 2016 neunundneunzig ausgeloste Personen dazu eingeladen, verschiedene Themen zu erörtern und legislative Schlussfolgerungen für das Parlament (für die Kammern des Oireachtas) zu formulieren. Menschen, die einander nicht kannten und sehr unterschiedliche Meinungen vertraten, kamen an mehreren Wochenenden in kleinen Gruppen zusammen. Sie lernten sich kennen, wurden zunehmend aufgeschlossener gegenüber anderen Standpunkten, erzählten sich eigene Geschichten und teilten ihre Erfahrungen zu den Problemen, die sie zu besprechen hatten. Sie hörten einander zu, erfuhren von ihren Ängsten, ihren Sorgen, ihrem Schmerz und den damit verbundenen Erfahrungen. Anschließend formulierten sie als eine Gemeinschaft (fortgesetzt bis heute) Vorschläge zur Lösung gemeinsamer Probleme. So wurden in Irland die strengen Abtreibungsbestimmungen geändert und gleichgeschlechtliche Ehen legalisiert.

Im Bericht über die erste Versammlung zum Thema Abtreibung fand sich folgende Passage: „Zusammenfassend [ist Folgendes festzuhalten]: Es war ein sehr schwieriges Thema. Wir versuchten damit zurechtzukommen, indem wir uns der Methode des Mitfühlens bedienten. Es sollte keine Vorwürfe gegenüber *Pro Choice* oder Niedergeschlagenheit wegen *Pro Life* geben. Es wurde uns klar, dass Irland nach vorn geht, dass ein Wandel nötig ist, und dass die Zusammenarbeit für diesen Wandel – und nicht das Gegeneinander – auch die Kammern des Oireachtas betrifft“¹¹ (Übersetzung des Autos).

Dieses Beispiel gilt nicht nur für das Thema Abtreibung, es zeigt aber, wie eine demokratische Gemeinschaft vorgehen sollte. Eine solche Bürgerversammlung (so im Laufe der Zeit die Bezeichnung für diese 99 Bürgervertreter) experimentiert mit einer neuen Form der Demokratie, die sehr benötigt wird. Derartige Erfahrungen gibt es

¹¹ Vgl. online unter: www.citizensassembly.ie/en/The-Eighth-Amendment-of-the-Constitution/Final-Report-on-the-Eighth-Amendment-of-the-Constitution/Final-Report-incl-App-Annex-AD.pdf, S. 25 (letzter Zugriff: 06.10.2020).

nicht nur in Irland. Erfolgreich endende, manchmal auch weniger erfolgreich verlaufende Versuche wurden auch in anderen Ländern, z. B. in Kanada und Spanien, unternommen.¹²

3. Die „Vreedzame School“ in den Niederlanden

Als drittes Beispiel für Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Begriff Mitfühlen lässt sich das holländische Bildungsprogramm für Vor- und Grundschulen nennen.

In den Niederlanden gibt es seit 21 Jahren eine Friedensschule – die „Vreedzame School“. Bei dieser handelt es sich nicht um eine Schule im eigentlichen Sinn, sondern um ein Programm, das von jeder Schule umgesetzt werden kann. Das Programm wurde im Bezirk Overvecht von Utrecht an verschiedenen öffentlichen, katholischen und protestantischen Grundschulen (für Kinder im Alter von 4 bis 12 Jahren) konzipiert. Utrecht-Overvecht ist ein Bezirk, der von Vertretern zahlreicher Minderheiten bewohnt wird, was die kulturelle Integration erschwerte. Zum Teil aus diesem Grund hatten die Schulen den Eindruck, dass Schüler sich nicht sicher fühlten. Es gab unter ihnen Aggression, und es fehlte an gegenseitigem Respekt; es war schwierig, Vertrauen zwischen Schülern und Lehrern sowie zwischen Eltern und Lehrern aufzubauen. Das damalige Lehrerfortbildungszentrum der Gemeinde Utrecht (zu jener Zeit die „CED Groep“) erarbeitete ein Schulprogramm: „De Vreedzame School“, das teilweise auf Erfahrungen und Ideen des polnischen Pädagogen Janusz Korczak basiert.¹³

Seit seiner Einführung, d. h. seit seinem Start im Jahr 1999 (in Utrecht), wird es stets nachgebessert. In Anlehnung an dieses Programm realisieren über 1.000 Schulen (von insgesamt 6.000 Grundschulen in den Niederlanden) eine systematische und langfristige zivilgesellschaftliche Bildung, zu der es in jeder Klasse eine Unterrichtsstunde pro Woche über das ganze Schuljahr gibt.

¹² Mehr dazu online, etwa unter: www.allhandsondoc.com (letzter Zugriff: 06.10.2020).

¹³ Vgl. online unter: www.devreedzame.school.

Im Rahmen dieser Veranstaltungen machen sich die Schüler (häufig aus verschiedenen Kultur- und Religionskreisen stammend) Gedanken über ihre eigenen Emotionen und Handlungen. Diese Themen werden anschließend auch in anderen Unterrichten weiter besprochen. So werden die Schüler von ausgebildeten Lehrern angeleitet und lernen kontinuierlich, wie sie Verantwortung für ihr Handeln übernehmen können – sowohl individuell als auch in Gruppen. Konkret bedeutet dies: Die Kinder lernen, wie sie sich in Konfliktsituationen verhalten sollen, wie sie eine freundliche und sichere Atmosphäre in der Klasse schaffen, wie man miteinander kommuniziert. Es geht dabei darum, sich gegenseitig zuzuhören und ein Klima der Wertschätzung und des Vertrauens zu fördern, in dem jeder seine Befürchtungen zum Ausdruck bringen kann. Dadurch handeln die Klasse und die gesamte Schule als eine demokratische Gemeinschaft – eine mitfühlende Gemeinschaft.

Abschließend sei an dieser Stelle erwähnt, dass in Polen dieses Programm zurzeit von der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung entwickelt wird.

Fazit

Die vorstehend aufgeführten Beispiele zeigen, dass sich in einer polarisierten Kultur etwas unternehmen lässt, um den Dialog tatsächlich zu fördern. Wichtig ist es, nicht nur die Geschichte der Religionskritik und die Entwicklung der Konzeption des Mitfühlens zu erforschen, sondern vor allem Mitfühlen zu praktizieren. Dazu bedarf es aber mehr kluger und systematischer Aktivitäten, die einen möglichst breiten Empfängerkreis erreichen. Hierbei können wiederum die Arbeit an Schulen, mit Lehrern und Schülern im Jugendalter, sowie die Zusammenarbeit mit Glaubensgemeinschaften nicht bedeutsam genug eingeschätzt werden. Denn eben in diesen Einrichtungen werden Haltungen entwickelt, die in hohem Maße darüber entscheiden, was das Fundament unseres gesellschaftlichen Lebens ausmacht.

ANNA GRACZYK-OSOWSKA

TEILHABE VON KINDERN UND JUGENDLICHEN AM SCHULLEBEN

Kinder sind von Natur aus Expertinnen und Experten in den sie genuin betreffenden Dingen. Wer, wenn nicht sie, sollte also an Entscheidungen über deren Gemeinschaft – die Schule – beteiligt sein? Ich benutze hier absichtlich das Pronomen „deren“, denn die Schule ist für die Kinder da. Und so sollten wir – die Erwachsenen – lernen, sie auch wahrzunehmen und nicht umgekehrt. Es sind die Kinder, die selbstverständlich im Dialog mit ihren Eltern und der Lehrerschaft entscheidenden Einfluss darauf haben sollten, wie die Schule konkret aussieht und welche Regeln darin gelten. Für viele Schulen (Eltern, Lehrer, Pädagogen) ist eine derartige Herangehensweise revolutionär. Dabei ist sie in kleinen Schritten umsetzbar und auch notwendig, um junge Menschen erfahren zu lassen, dass ihre Meinung wichtig ist. Die Teilhabe am Klassen- und Schulleben ist ein wichtiger Prozess, in dem man erfährt, gesehen und gehört zu werden, ein Prozess, in dem man lernt, miteinander ins Gespräch zu kommen und zu gemeinsamen Lösungen zu gelangen, ein Prozess, in dem man schrittweise Verantwortung übernimmt und soziale Kompetenzen erwirbt.

Bei den von mir durchgeführten Schulungen für Lehrer und Schuldirektoren zu den Grundlagen der Teilhabe an der Schule bitte

ich diese darum, Maßnahmen, Projekte, Programme und Aktionen zu nennen, die – nach Überzeugung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Schulung – einen partizipatorischen, sprich inklusiven Charakter haben und dazu einladen, verbindliche Entscheidungen über das Klassen- und Schulleben zu treffen. Es stellt sich dabei heraus, dass derartige Maßnahmen im Prinzip überhaupt nicht ergriffen werden oder – gemäß dem Modell der Partizipationsleiter von Roger A. Hart – lediglich auf den untersten Stufen stattfinden, d. h. in solchen Bereichen, in denen wir es mit einem rein scheinbaren Engagement zu tun haben.

In der Schule machen wir Folgendes am häufigsten:

- Wir manipulieren: Die Erwachsenen nutzen die Jugendlichen dazu, ihre eigenen Projekte zu unterstützen, tun aber so, als ob diese von den Jugendlichen inspiriert worden seien.
- Wir dekorieren: Die Jugendlichen helfen lediglich dabei mit, Initiativen der Erwachsenen zu verwirklichen.
- Wir täuschen die Teilhabe vor: Die Jugendlichen haben de facto nur einen geringen oder gar keinen Einfluss darauf, ob und wie sie am Schulleben teilhaben.

Erwähnt seien in diesem Zusammenhang vor allem Schulfeste und sämtliche Maßnahmen, die von der Lehrerschaft konzipiert werden, wie z.B. Feste, Wettbewerbe, Thementage, Discoabende, die Auswahl von Themen für die Schulzeitung und manchmal auch Maßnahmen, die alleine von der Schüler selbstverwaltung unternommen werden sollten.

Natürlich gibt es auch (wenn auch wesentlich seltener) Partizipationsformen, bei denen die Jugendlichen in größerem Maße in das Schulleben einbezogen werden. Diese Formen tragen zwar weniger dazu bei, das Ausmaß der Teilhabe zu erhöhen, sind dafür aber transparenter und fairer, d. h.:

- Aufgaben werden den Jugendlichen zugeteilt, und sie werden darüber informiert, wie und warum sie in das jeweilige Projekt eingebunden werden.

- Entscheidungen werden von den Erwachsenen getroffen, allerdings nach Rücksprache mit den Jugendlichen.
- Maßnahmen werden von den Erwachsenen initiiert, Entscheidungen werden aber gemeinsam mit den Jugendlichen getroffen.

Aber was würde passieren, wenn man höhere Stufen der Partizipation wählen würde:

- Initiative und Leitung seitens der Jugendlichen?
- Initiative seitens der Jugendlichen, mit den Erwachsenen partnerschaftlich getroffene Entscheidungen?

Sind wir bereit und offen dafür, Partner in einem von den Jugendlichen inspirierten Entscheidungsfindungsprozess zu sein? Wenn nicht, dann ist es sinnvoll, sich auf eine solche Rolle vorzubereiten, denn eine derartige Umstellung wird der gesamten Schulgemeinschaft unzählige Vorteile bringen. Doch womit anfangen?

Gute Praktiken, die man nutzen sollte

Die Schülerselbstverwaltung könnte ein wunderbares Beratungsgremium für die Schule sein. Wie aus meinen Schulungsgesprächen und den Erfahrungen meiner Arbeit an Schulen hervorgeht, ist sie es aber zumeist leider nicht. Selbst wenn sie das Glück hat, unter der Aufsicht eines aufgeschlossenen, engagierten Betreuers (ich kenne auch solche!) zu stehen, übernimmt die neue Schülerselbstverwaltung jedoch normalerweise das gleiche Maßnahmenpaket, das in der jeweiligen Einrichtung auch zuvor bereits jahrelang umgesetzt wurde. Die Schülerselbstverwaltung hat also keinen eigenen Spielraum, neue Maßnahmen in die Wege zu leiten, die sich aus den aktuellen Erfordernissen der Schule ergeben. Der Einfluss der Schüler beschränkt sich eigentlich nur darauf, bei den Wahlen zur Schülerselbstverwaltung abzustimmen. Und mit eben diesem rudimentären Demokratiebild verlassen die jungen Menschen später ihre Schulen. Die Schüler haben daher im Grunde über

die Schülerselbstverwaltung so gut wie keinen Einfluss auf die in der Schule getroffenen Entscheidungen.

Warum ist das so? Warum schafft die Schule keine Felder des Dialogs mit denjenigen, ohne die es sie gar nicht gibt? Warum hält sie keine Rücksprache mit den Schülern, warum baut sie nicht auf deren Expertenwissen auf, warum fragt sie nicht nach deren Bedürfnissen und Ideen und schafft keinen Raum für deren Umsetzung? Vielleicht lautet die Antwort auf diese Fragen wie folgt: Weil die Schule nicht weiß, wie sie das konkret tun soll.

Mein Tipp wäre deshalb die Bildung einer Jugendjury.

Diese Maßnahme haben wir am Verbund Allgemeinbildender Schulen Nr. 1 in Stettin (*Zespół Szkół Ogólnokształcących nr 1 w Szczecinie*) umgesetzt. Das Prinzip war dabei recht einfach. Die Schülerselbstverwaltung bekam finanzielle Mittel, die sie autonom zu verteilen hatte. Am Anfang waren es 2.000 Złoty [d. h. knapp 500 €]. Der Haushalt konnte dann aber (unschätzbarer Effekt der Inklusion!) vom Elternbeirat mit weiteren Mitteln aufgestockt werden. Voraussetzung war nur, dass es sich dabei um Gelder handelte, die für die gesamte Schulgemeinschaft bestimmt waren, wobei die zu ergreifenden Maßnahmen deren Gemeinwohl dienen mussten und nicht von den der Selbstverwaltung angehörenden Schülern selbst umgesetzt werden durften. Die Schülerselbstverwaltung sollte – so die Leitidee – eine unabhängige Institution der Bewilligung von Zuschüssen werden. Ihre Aufgabe sollte darin bestehen, die Geschäftsordnung, die Form der von den Nutznießern einzureichenden Anträge sowie die Regeln für die Punktvergabe, Umsetzungsfristen, Höhe der Zuschüsse und die Art und Weise der finanziellen bzw. inhaltlichen Berichterstattung festzulegen, und dann auch für die jeweiligen Maßnahmen zu werben. Das klingt zunächst alles sehr formell. Im Wesentlichen ging es aber nur darum, klare Rahmenbedingungen für die Bewilligung und Abrechnung eines Zuschusses zu schaffen. Und so ist es auch gekommen. Wir, die Erwachsenen, haben dabei nur dafür Sorge getragen, dass das Prozedere möglichst einfach blieb. Mit zusätzlichen Veranstaltungen und Schulungen haben wir zudem die Kommunikation innerhalb der Schülerselbstverwaltung unterstützt.

Die von der Schüler selbstverwaltung erarbeiteten Unterlagen wurden in einer für die Jugendlichen eingängigen Sprache verfasst. Die Regeln, nach denen die Punkte für einen Antrag vergeben wurden, waren klar verständlich. Das Antragsformular enthielt Felder, in die eingetragen werden sollte, welches Projekt die Schüler verwirklichen wollten, welche Motive dahinterstanden und wie viel sie dafür auszugeben beabsichtigten. Außerdem konnte die beantragte Maßnahme ggf. hinsichtlich des sich für die gesamte Schulgemeinschaft ergebenden Wertes zusätzlich begründet werden. Die Reaktion der Schüler fiel überaus positiv aus: Zahlreiche Anträge gingen ein (selbst wenn nicht alle von ihnen damals bearbeitet werden konnten) und bildeten zugleich ein wertvolles Kompendium hinsichtlich der Bedürfnisse und Ideen der Schüler. Ausgewählte Maßnahmen wurden durchgeführt und abgerechnet.

Die Schüler selbstverwaltung erhielt somit eine neue Aufgabe, die ihr einen festen Rückhalt in der organisatorischen Struktur der Schule gab und darüber hinaus das Wissen um deren konkreten Bedürfnisse erweiterte. Diese Aufgabe ging mit der Übertragung von Verantwortung einher und verlangte Redlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und kontinuierliche Kommunikation. Die Schüler wiederum erhielten so die Möglichkeit, realen Einfluss auf die Geschicke ihrer Schule zu nehmen. Niemandem entstanden dadurch Nachteile, und viele haben davon sicherlich profitiert. Ich denke dabei in erster Linie an diejenigen Schüler und Schülerinnen, mit denen ich das große Vergnügen hatte, zusammenzuarbeiten und sie beim Prozess ihrer Entfaltung und des erwachenden Gefühls der eigenen Stärke und Handlungsmacht (*agency*) zu begleiten. Die *agency* dieser Schüler gelangte eben an der Schule zur Verwirklichung. Dank dieser Erfahrung begann die Schulleitung, die Schüler als echte Dialogpartner wahrzunehmen.

Das Beispiel kommt von oben

Man kann von den Lehrern und Direktoren schwerlich erwarten, dass sie Freiräume für Teilhabe der Schüler schaffen, wenn sie selbst

nicht über diese Freiräume verfügen. Ich möchte an dieser Stelle auf ein ernstes Problem hinweisen, das von Mitarbeitern des Bildungswesens, die an Schulungen zur Teilhabe teilnehmen, gemeldet wird.

So bemerken die Lehrer zu Recht, dass es gewissermaßen zu ihren Pflichten gehört, zu manipulieren, zu dekorieren – d. h. bestimmte Fassaden zu kreieren – und die Jugendlichen davon zu überreden, bei Veranstaltungen mitzumachen, für die ein einzelner Lehrer verantwortlich ist. Verantwortlich ist er aber dafür nicht deshalb, weil er es so wollte, die Idee dazu hatte oder es mit den Schülern so besprach. Er ist verantwortlich, weil der Schulmaßnahmenplan mit ihm nicht vorab diskutiert wurde, weil er keinen Einfluss auf dessen Gestalt hatte. Er erhielt keine Möglichkeit, seine Ideen einfließen zu lassen oder ein alternatives Feedback abzugeben. So setzt der Lehrer in der Klasse – ob er will oder nicht – ein von oben aufgezwungenes Programm um und wird dabei zu dem, wozu auch die Schüler wurden, die zur Umsetzung der jeweiligen Maßnahme „benutzt“ wurden – zu einem willfährigen Instrument in den Händen der Schulleitung.

Die Direktoren wiederum betonen, dass auch sie keinen Einfluss auf die durchzuführenden Maßnahmen haben. Manche für das beginnende Schuljahr geplante Veranstaltungen gehen auf vorgegebene Programme zurück, manche auf nicht hinterfragte Zielvorgaben. Es stellt sich die Frage, warum das so ist. Hinter dieser gängigen Praxis stehen mitunter bestimmte Schultraditionen, manche Vorgaben entstehen auf den Druck von Eltern usw. Zudem verfügen die Direktoren über ein bestimmtes Budget (für Instandsetzungen, Umbau Baumaßnahmen und die materielle Ausstattung der Schule), für dessen Realisierung sie von der lokalen Selbstverwaltung zur Rechenschaft gezogen werden. Sie bekommen die gesamte Last der Verantwortung für die Schule zu spüren. Die Frage ist aber, was hier unter „Schule“ zu verstehen ist. Ist sie nur ein Gebäude, eine Einrichtung oder vielleicht auch eine Gemeinschaft von Menschen? Diese Gemeinschaft könnte gemeinsam vielfältige Entscheidungen darüber treffen, was mit welchem finanziellen Aufwand an der Schule gemacht wird. Die Last der Verantwortung würde dann nicht auf

den Schultern eines Einzelnen ruhen, sondern auf viele Mitglieder der Schulgemeinschaft verteilt werden, denen es am Erfolg der beschlossenen Maßnahmen gelegen wäre - und zwar aus dem einfachen Grund, dass diese von ihnen stammen.

Es lohnt sich somit, Kinder und Jugendliche danach zu fragen, was sie konkret brauchen. Wie stellen sie sich z. B. den Spielplatz vor? Man kann diesen doch gemeinsam mit ihnen entwerfen oder ggf. einen Architekten einladen, der die Ideen der Kinder auf Papier bringt. Und die Kinder später dazu einladen, den Spielplatz gemeinsam aufzubauen, dort Blumen zu pflanzen, etwas zu bemalen. Ich kenne Beispiele solcher Spielplätze und ich weiß, dass sie a) etwas ganz Besonderes sind, b) mit den Händen der ganzen Gemeinschaft vor Ort gepflegt werden und c) die Kinder darauf spielen wollen, weil es ihre eigenen Spielplätze sind. Dasselbe gilt für das äußere Erscheinungsbild von Klassenzimmern, Schulfluren und allen anderen schulischen Räumen.

Ein weiteres interessantes Beispiel, bei dem die Schüler einbezogen werden sollten, ist das Schulmenü. Warum entscheiden lediglich Erwachsene darüber, was die Kinder in der Mittagspause zu essen bekommen? Warum kann man diese nicht selbst danach fragen? Z.B. danach, welches der ihnen servierten Menüs ihnen am besten schmeckt. Es gibt doch so viele Formen, selbst den jüngsten Schülern entsprechende Fragen zu stellen! Anschließend wäre es sinnvoll, sie dazu einzuladen, sich über ihre Vorschläge zu unterhalten. Natürlich geht es hier nicht darum, die Kinder alles selbst machen zu lassen. Wichtig ist vielmehr ein fruchtbarer gegenseitiger Dialog. Es lohnt sich, zum Gespräch unter den Schülern jemanden einzuladen, der sich mit gesunder Ernährung befasst, z.B. eine Köchin/einen Koch, oder auch jemanden, der für die Finanzierung der Mahlzeiten an der Schule zuständig ist bzw. interessierte Eltern. Machen wir aus solchen Beratungen eine offene Bildungsveranstaltung mit Überblickscharakter. Es gibt immer eine Möglichkeit. Man kann immer zusammenkommen. Fragen wir zu Beginn diejenigen, die den Dialog aufnehmen wollen. Mit der Zeit werden immer mehr Menschen dazu stoßen.

Dabei taucht immer wieder die Frage auf: Woher soll man das Geld für all diese Initiativen nehmen?

- Man kann die Lehrer, Eltern, Schüler oder den Schulrat dazu einladen, bei der Erstellung des Haushaltsplans mitzuwirken, bevor dieser an die zuständige lokale Selbstverwaltung weitergeleitet wird. Vielleicht werden sich bei dieser Gelegenheit auch Ideen für andere Finanzierungsmöglichkeiten ergeben?
- Die Teilnahme und das Engagement eines breiteren Personenkreises führen normalerweise dazu, dass sich die beteiligten Menschen mitverantwortlich fühlen. Daher entscheiden sie sich nicht nur dafür, etwas finanziell zu unterstützen, sondern investieren ggf. auch ihre freie Zeit und individuellen Fähigkeiten in die Umsetzung gemeinsamer Initiativen.
- Durch die Öffnung der Schule gegenüber den Schülern öffnen sich diese auch gegenüber ihren Eltern. Unter diesen gibt es Vertreter von NGOs lokale Unternehmer, Medienleute usw. Ist es da nicht sinnvoll, von deren Wissen und Möglichkeiten zu profitieren?
- Eine demokratischere Schule bedeutet z. B. weniger weggeworfenes Essen, gepflegtere Spielplätze und Schulräume - und damit finanzielle Einsparungen.

Als Fazit und Denkanstoß für weiterführende Überlegungen seien im Folgenden konkrete Formen der demokratischen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum genannt:

- Repräsentative Formen – Parlamente oder andere Organisationen als Interessenvertretungen einer bestimmten Gruppe, z.B. Kinder- und Jugendparlamente, Jugendräte, Schülerselbstverwaltungen.
- Offene Formen – freiwillige, regelmäßige Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, z.B. offene Jugendtreffen, Arbeitsgruppen oder Runde Tische.
- Projektformen – zeitlich befristete Maßnahmen im Rahmen eines bestimmten Themas/Vorhabens, z.B. Zukunftsworkshops,

Forschungsspaziergänge, Wettbewerbe sowie von Kindern und Jugendlichen formulierte Empfehlungen.

- Formen, bei denen die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertreten werden – Kinder- und Jugendbüros, Ausschüsse und Beratungsgremien unter der Leitung von Kindern und Jugendlichen. Zu den Aufgaben solcher Organisationen gehört es, die Bedürfnisse junger Menschen zu prüfen sowie deren Meinungen zu evaluieren bzw. gegenüber anderen Institutionen und Beratungsgremien zu vertreten.
- Formen zur Unterstützung von Informationsaustausch und Kommunikation – z.B. Beschwerde- und Antragskasten, Ideenkasten, Umfragen, Fragebögen, visuelle Evaluationsformen.
- Selbstorganisationen – Initiativen von Kindern und Jugendlichen, die eigenständig umgesetzt werden und keiner pädagogischen Unterstützung bedürfen.

Erfolgsfaktoren für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am Schulleben

- Das Expertenwissen von Kindern und Jugendlichen kann in Bezug auf deren soziales Umfeld und deren Bedürfnisse erfolgreich genutzt werden.
- Die Methoden der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen hängen von der Dauer des Entscheidungsfindungsprozesses und den dabei erörterten Themen, aber auch von der jeweiligen Altersgruppe und dem Milieukontext ab. Wichtig ist dabei, möglichst vielfältige Methoden zu wählen und an die vorab genannten Kriterien anzupassen.
- Auf die Meinungen von Kindern und Jugendlichen Rücksicht nehmen. Gemeinsam vorgeschlagene und konzipierte Lösungen umsetzen. Ein Gefühl der Mitverantwortung und der eigenen Handlungsmacht (*agency*) schaffen.
- Für transparente Strukturen bei der Entscheidungsfindung in der Erwachsenenengruppe sorgen.

- Die Sprache bei allen zu ergreifenden Maßnahmen an die jeweilige Adressatengruppe anpassen, dabei Kindersprache in Erwachsenensprache übersetzen (und umgekehrt).

(vgl. Handbuch zur Partizipation, Berlin 2011, Senatsverwaltung und Stadtentwicklung. Die Jugendjury wurde vom Verein POLITES an die Rahmenbedingungen an polnischen Schulen angepasst, inspiriert wurde die Jury aber von den vom Städtepartner Stettin e.V. / Stowarzyszenie Partnerstwa Miast Szczecin Berlin erläuterten Maßnahmen.)

DIE AUTOREN

Prof. Dr. Antoni Dudek

Politikwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft und Verwaltung der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität in Warschau

Anna Graczyk-Osowska

Edukatoren, Trainerin und Animatorin gesellschaftlicher und internationaler Aktivitäten

Dr. Andrzej Krajewski

Historiker, Publizist und Journalist

Anna Kudarewska

Edukatoren, Programmdirektorin, Leiterin der Internationalen Jugendbegegnungsstätte der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung

Dr. Agnieszka Łada

Politikwissenschaftlerin, Stellvertretende Direktorin des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt sowie Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung

Sarah Reinke

Historikerin mit Schwerpunkt Osteuropa, Geschäftsführerin bei der Stiftung Adam von Trott, Imshausen e.V.

Edward Skubisz

Theologe, Trainer, Gründer der Stiftung Haus des Friedens, arbeitet zusammen mit der Anne-Frank-Stiftung (Amsterdam) und mit der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung

Kristina Tonn

Projektleiterin und wissenschaftliche Referentin beim Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften – zebis

Carolin Wenzel

Edukatoren, Spezialistin für Programmfragen bei der Kreisau-Initiative e.V.

Dr. Robert Žurek

Historiker, Theologe, Geschäftsführer sowie Vorstandsmitglied der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung